D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 92
Oktober '77 DM 1,80

KALKAR – Ein politischer Erfolg in düsteren Zeiten

Wieder einmal sind bei den Auseinandersetzungen um den Bau eines Kernkraftwerkes gesellschaftliche Entwicklungstendenzen gewissermaßen im aktuellen Vorgriff sichtbar geworden. Die Ereignisse vor und während der Großdemonstration gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar haben Strukturen des autoritären Staates hervortreten lassen, die den Einsatz des staatlichen Gewaltapparates in Wyhl, Brokdorf und Grohnde in den Schatten stellen. Der Begriff "friedliche Demonstration" hat in Kalkar eine neue Ausprägung erfahren, beherrscht vom praktischen Psychoterror demonstrativer Staatsgewalt, als ginge es darum, in aktueller Abwandlung des Grundgesetzes zu beweisen, daß "alle Gewalt vom Staate ausgeht".

Was im Klima allgemeiner Mobilmachung nach den Morden der RAF und der Schleyer-Entführung reibungslos exekutiert werden konnte, war von langer Hand vorbereitet. Obwohl der auf breiter politischer Basis zustandegekommene Demonstrationsaufruf der nordrheinwestfälischen Bürgerinitiativen und des Verbandes der holländischen Bürgerinitiativen (LEK) ausdrücklich militante Aktionen und eine Bauplatzbesetzung als Demonstrationsziel ausschlossen, lief schon seit Wochen vorher eine politisch-publizisitische Verunsicherungs- und Hetzkampagne, die mit Überschriften wie "In Kalkar erwartet man massive Gewalt" (Handelsblatt) und "Mit Beilen und Totschlägern zur Demonstration" (FAZ) prunkte.

Mit solchen Horrormeldungen, für die in vorderster Front der NRW-Innenminister Hirsch (FDP) und der Ministerpräsident dieser Landes Kühn (SPD) sorgten, wurde vor allem auch die Provinzpresse gefüttert. Die Kampagne gipfelte in Ratschlägen wie die Bevölkerung möge sich vom Demonstrationsgeschehen fernhalten (womit Kühn die Kraftwerksgegner flugs ausbürgerte), ihre Häuser verbarrikadieren und sich samt Auto in Sicherheit bringen. Mit Warnungen vor den "drohenden Gewalttaten der mili-

FORTSETZUNG SEITE 3

IN DIESER AUSGABE: Kommentare Roland Roth: Kalkar 1/3 • Dany Diner: Partisanen des Staates 4 • H. E. Brand: Krisentöter in Bonn 5 • Egbert Jahn: Neutronenbombe 6 • Zur Lage im Iran 8 • **Parteien** J. Hirsch/R. Roth: Parteiensystem in der Krise 9 • **International** Interview mit Claudie Broyelle über China 14 • Gerhard Armanski: Carter schminkt ab 16 • **Diskussion** Wolf-Dieter Narr: BRD – keine pädagogische Provinz 18 • Detlev Claussen: Weder Kotau noch Trotzreaktion 21 • **Informationen · Initiativen · Berichte · Aktionen** Russell-Tribunal 23 • SB-Büchervertrieb 23 • Frauengruppe Erwitte 24 • ESG Hannover 24 • Jugendstätte bei Auschwitz 25 • Heimerziehertreffen 25 • Anti-Atom-Dorf 26 • Umweltkongreß 28

NEUES VOM RECHTSSTAAT

Polizisten gegen Jugendliche

Die "Delmenhorster Rundschau", eine Alternativ-Zeitung, berichtet in ihrer Juli-Ausgabe von einem Vorfall, der deutlich macht, daß bundesdeutsche Polizisten selbst schon in Fällen "ruhestörenden Lärms" und "groben Unfugs" massiv aktiv werden.
Nach einer Schulabschlußfeier sangen vier Jugendliche im Alter von 16 Jahren und die Mutter eines der Schüler auf dem nächtlichen Heimweg die "Internationale". Und dies ausgerechnet in Höhe der Polizeiwache. Was einen Polizisten zur aus dem Fenster gebrüllten Drohung veranlaßte, man werde gleich alle einsperren. Wenig später hob einer der Jugendlichen einen Torpfeiler- und zwei Gullydeckel hoch, ohne sie wieder daraufzulegen.
Kurz darauf erschienen drei Polizisten in einem VW-Bus, wenig später noch mehrere Polizisten, bis schließlich zehn bis zwölf Staatshüter da waren. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem die Polizisten mit äußerster Härte gegen die Jugendlichen vorgingen. Alle Beteiligten wurden zur Wache gebracht, wo ihnen gewaltsam Blutproben entnommen wurden. (Beamtensprüche: "Ihr Sohn ändert sich nicht mehr, sein Weg ist bereits vorgezeichnet".)
Der Delmenhorster Polizeiboß gegenüber einem Journalisten des "Delmenhorster Kreisblattes" (keiner Alternativzeitung): "Wenn sich der Artikelschreiber (also der Mitarbeiter des "Kreisblattes", mit dessen Bericht über den Polizeieinsatz der Polizeichef nicht einverstanden war) in der Nachbarschaft mal umgehört hätte, dann hätte er erfahren, was das für Leute sind".
(Quelle: Delmenhorster Rundschau Juli 1977)

Berufsverbot auch bei Kurzzeitverträgen

In Westberlin wurden während dieses Sommers mehrere Bewerber um Kurzzeitverträge aus politischen Gründen abgelehnt – es handelte sich dabei um mehrwöchige Betreuer-Tätigkeiten bei Ferienaufenthalten Westberliner Kinder.
In einem Fall wurde einer PH-Studentin, die sich als Betreuerin für ein dreiwöchiges Zeltlager beworben hatte, zu einem Verhör bei der Überprüfungskommission des Innensenators bestellt; dort wurde ihr vorgehalten, sie habe bei den Konventswahlen der PH Berlin auf der "Liste aktiver unorganisierter Studenten" (LAUS) kandidiert. Obwohl die überprüfenden Landeskommission schließlich der Einstellung doch zustimmte, wurde die Studentin dennoch nicht beschäftigt. Der Personalrat des für die Einstellung zuständigen Bezirksamts Wilmersdorf betätigte sich als Staatsschutzorgan und lehnte die Bewerberin – wegen "Zweifeln" an ihrer "Verfassungstreue" – ab.
In einem anderen Fall wurde einer PH-Studentin bei einer Anhörung vor der Landeskommission vorgehalten, sie habe die KPD bzw. den KSV unterstützt, weil sie sich bei zwei Demonstrationen in der Nähe von KSV-Leuten befunden habe; außerdem habe sie bei Konvents- und Abteilungswahlen an der PH für die LAUS bzw. für eine dieser Gruppe nahestehende Liste kandidiert. Dazu die Studentin, die sich als Betreuerin für die Aktion "Kinder in Luft und Sonne" beworben hatte: Sie habe an zwei Demos teilgenommen, indessen aber nicht den KSV unterstützt; außerdem habe sie lediglich bei den Abteilungswahlen kandidiert. Auch hier war die Landes-Schnüffelkommission gezwungen, der Einstellung grünes Licht zu geben; aber auch hier verweigerte das zuständige Bezirksamt Charlottenburg sein Ja – angeblich, weil der Personalbedarf mit einem Mal gedeckt war.
(Quelle: Informationen der beiden Studentinnen)

Freispruch für Peter Schult

Am 7. Oktober letzten Jahres wurde Peter Schult, ständiger Mitarbeiter der Münchner Stadtzeitung "Blatt" und in der Roten Hilfe aktiv, vom Münchner Amtsgericht zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt – wegen "Kindesmißbrauchs". Peter Schult hatte ein neunjähriges Mädchen, das von zu Hause weggelaufen war, in seiner Wohnung übernachten lassen. Am nächsten Morgen hatte er ihr empfohlen, mit einer Lehrerin ihres Vertrauens zu den Eltern zu gehen. Von einer Polizeistreife aufgegriffen, geriet sie in ein Verhör, bei dem sie Peter Schult beschuldigte, sich sexuell an ihr vergangen zu haben. Peter Schult bestritt diesen Vorwurf. Er vermutete vielmehr, daß er auch wegen seiner politischen Aktivitäten, vor allem gegen die Zustände in bundesdeutschen Gefängnissen, verurteilt wurde (ausführlich dazu "links" Januar 1977, Nr. 84).
Auch in der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht blieb das Kind zwar bei seiner Behauptung, aber der Kinderpsychiater Reinhard Lempp hielt die Aussage des Mädchens aufgrund dessen trauriger häuslicher Situation – es gab dort viel Prügel – für wenig glaubwürdig. Das Gericht sprach Peter Schult frei. Und der Staatsanwalt legte Revision ein.
(Quelle: Münchner "Blatt")

Kasernierung im Zivildienst

Während ihrer 3. Bundesdelegiertenkonferenz besetzten die Delegierten der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) symbolisch die Zivieldienstkaserne "Vinckehof" in Castrop-Rauxel. Das Gelände blieb über das Wochenende (9. und 10. Juli) besetzt; die ZDLer wollten damit energischer als bisher gegen die "Militarisierung des Zivildienstes" protestieren, nachdem sie lange Zeit "stapelweise Resolutionen ans Bundesamt für Zivildienst geschickt" hatten. Zur Begründung ihrer Aktion erklärten die ZDLer u.a.:
"Beim Projekt "Vinckehof" handelt es sich um einen erneuten Versuch, ZDLer zu kasernieren und den Zivildienst militärisch zu organisieren.
Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Kasernierung! Denn wir wissen, daß damit nach den Bestimmungen des Zivildienstgesetzes die ZDLer in ihren Grundrechten eingeschränkt und dem Befehl-Gehorsam-Verhältnis unterworfen werden sollen. Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung ist für ZDLer abgeschafft, politisch unliebsame ZDLer können diszipliniert werden.
Aus der Zivildienstkaserne können ZDLer zu jeder Zeit an einen beliebigen Ort zu allen Arbeiten herangezogen werden. Diese totale Verfügbarkeit über ZDLer geht nicht nur auf Kosten unserer Grundrechte, sondern auch auf Kosten der zu betreuenden Menschen. Denn sogar stundenweise sollen ZDler ausgeliehen werden.
Weil ZDLer billiger sind, werden sie schon heute anstelle festeingestellter Kollegen eingesetzt. Durch die Kasernierung wird dies noch gezielter möglich sein und auch einen höheren Lohndruck ausüben, zumal ZDLer jederzeit als Streikbrecher einsetzbar sind. Ein wahres Arbeitsplatzvernichtungsprogramm ist mit der Ausweitung des Zivildienstes auf 50.000 Plätze im Rahmen der Novellierung des Wehrpflicht- und Zivildienstgesetzes geplant.
Wir wollen keinem Kadavergehorsam unterliegen und den festangestellten Kollegen keine Arbeitsplätze wegnehmen!
Die Zivildienstkaserne (neben dem "Vinckehof" sind 8-10 weitere geplant) ist ein Meilenstein im Aufbau eines allgemeinen Arbeitsdienstes auch für die Frauen ..."

Kalkar — Ein politischer Erfolg

FORTSETZUNG VON SEITE 1

tanten K-Gruppen" (Hirsch) und Berichten über angeblich schon in Kalkar deponierte Waffen (Westfälische Rundschau vom 17.9.) sollte die einheimische Bevölkerung mürbe gemacht werden. Und schließlich wurde ein Demonstrationsverbot am Bauplatzgelände durchgesetzt — der CDU-Bürgermeister von Kalkar und die Rechtspresse forderten weitergehend, aber erfolglos "im Banne der Schleyer-Entführung den Mut", die Demonstration generell zu verbieten.

Stattdessen kündigte der Innenminister den "größtmöglichen Polizeieinsatz" an und ließ keine Gelegenheit verstreichen, eine Spaltung und Verunsicherung bei den Organisatoren der Demonstration zu bewirken. Neben dieser massiven Einschüchterungskampagne und der propagandistischen Vorbereitung der Kriminalisierung der Demonstranten arbeitete der Staatsschutz im Stillen an der Verhinderung der Veranstaltung, indem die Vorbereitungstreffen bespitzelt und behindert wurden. Vertreter der niederländischen Bürgerinitiativen wurden bei Fahrten zum Kalkar-Planungsausschuß an der Grenze intensivstens gefilzt, Unterstützungskonferenzen wurden überwacht, Autokennzeichen notiert und die Personalien und Unterlagen der Beteiligten festgehalten. Diese staatsschützerischen und politisch-publizistischen Vorarbeiten fanden in einer Polizeiaktion ihre Fortsetzung, die unterhalb der Stufe offener Gewaltanwendung die Illegalisierung und Kriminalisierung der AKW-Gegner betrieb. Die anreisenden Demonstranten wurden von einem riesigen Polizeiaufgebot schon weit vor dem Demonstrationsziel durch Straßensperren, meist mehrfachen Durchsuchungen, vorläufigen Festnahmen usw. aufgehalten, behindert und teilweise ihr rechtzeitiges Eintreffen in Kalkar verhindert. Massive Einschüchterung durch aufgebotene Panzerspähwagen, die Mobilmachung des staatlichen Gewaltapparats waren Motto des Tages. Tausenden ausländischer AKW-Gegner wurde die Einreise in die BRD verweigert, ein Personenzug wurde wie im "Wilden Westen" vom Bundesgrenzschutz auf freier Strecke gestoppt, Hamburger Demonstrationsteilnehmer wurden schon am Stadtausgang abgefangen — alles unter dem Vorwand, eine von keiner der beiteiligten Gruppen und Organisationen angestrebte gewaltsame Auseinandersetzung in Kalkar verhindern zu wollen.

Die in Kalkar erstmals in dieser Perfektion praktizierte staatliche Gewaltdemonstration gibt einen Eindruck davon, in welcher Weise sich der Staatsapparat für den "Dialog mit dem Bürger" gerüstet hat und wie weit die Praxis der "inneren Sicherheit" getrieben wird. Daß es sich bei der Strategie des Staatsschutzes nicht um ein einmaliges, sondern durchaus planmäßig-"zukunftweisendes" Vorgehen handelt, mag folgende schon im voraus verfertigte Regieanweisung aus dem Bundeskriminalamt belegen:

"Die Polizei wird sich ... konzeptionell auf eine vorbeugende Verunsicherung und Störung der Kader einstellen müssen. Präventivpolizeiliche Maßnahmen der Schutz- und Kriminalpolizei, die bereits zum Zeitpunkt der Planung und Vorbereitung einsetzen, können verhindern, daß diese militanten Einheiten sich formieren, geplant anrücken und geschlossen unter einheitlicher Führung auftreten. Reine defensive Einsatzkonzeptionen ähnlich Brokdorf werden auf Dauer die immer aggressiver und mit Unterstützung größerer Massen anrückenden militanten Störer nicht mehr aufhalten. Das bedeutet, daß neben die Bekämpfung terroristischer Untergrundbanden die Störung und Auflösung der bewaffneten Kader maoistischer Zusammenschlüsse als neuer polizeilicher Schwerpunkt treten muß. Der Staatsschutzpolizei wird dabei sicher die intensivere Beobachtung und die Lokalisierung derartiger Kader sowie die Erkundung des zweckmäßigsten Zeitpunkts des Zugriffs obliegen." (Geschichte und heutiger Standort der Staatsschutzpolizei, in "Kriminalistik", 5/1977)

Was hier noch als Konzeption gegen "militante K-Gruppen" ausgegeben wurde, richtet sich in der Praxis gegen alle Teilnehmer einer Demonstration, auch wenn — wie im Falle Kalkar — die Veranstalter ihre eindeutige Absage an eine gewaltsame Auseinandersetzung seitens der Demonstration mehrfach öffentlich bekundet haben. So wurden zur politischen Selbstlegitimation des "Staatsschutzes" vorbereitend allerlei wilde, durch nichts bestätigte Gerüchte

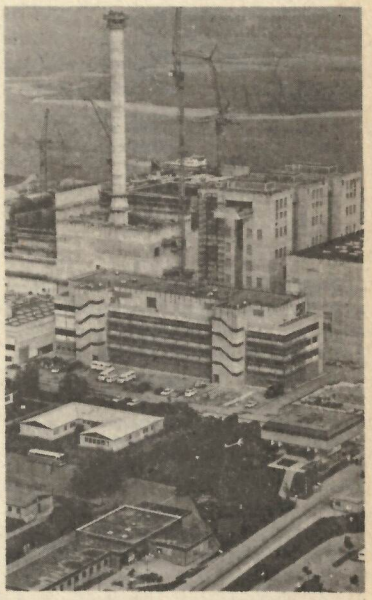
ausgestreut, bei den Polizeikontrollen Limoflaschen, Benzinkanister, Autowerkzeug usw. flugs in den Rang von Waffen erhoben und zum Abschluß der "friedliche" Verlauf der Veranstaltung als Ergebnis der erfolgreichen Polizeimaßnahmen präsentiert.

Hinter einem staatlichen Sicherheitskordon mit waffenstarrendem Nadelöhr wurde die zentrale politische Funktion von Demonstrationen, Öffentlichkeit herzustellen, ausgehöhlt. Die politischen Argumente und Inhalte der Anti-AKW-Bewegung sollten durch diese Polizeistaatsmanöver neutralisiert werden.

Diese materielle Aushöhlung des Demonstrationsrechts durch die Behandlung der Bürgerinitiativen nach Maßgabe der "Terrorbekämpfung" (nach Polizeiangaben wurwurden 40.000 Personen überprüft) und die begleitenden Notstandsmaßnahmen in der näheren Umgebung (Einquartierung von Polizei und Bundesgrenzschutz in die Schulen um Kalkar etc.) wurden vom politischen Orchester des "Atomfilzes" begleitet. So stellte der Sprecher der IG Bergbau und Energie Horst Niggemeier einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Aktionen der RAF und den Kalkar-Demonstranten her. Der zuständige Sozialminister Farthmann warnte im Verein mit dem DGB-Landesbezirk NRW vor dem Verlust von Arbeitsplätzen. Dieser forderte zusätzlich seine Mitglieder auf, sich nicht an der Massendemonstration zu beteiligen.

Titelfoto und Bilder dieser Seite von Kalkar: dpa

Nach der gewaltsamen Räumung des Anti-AKW-Dorfes in Grohnde, polizeilichen Übermachtdemonstrationen in Ohu und Phillipsburg ging es darum, die "Gunst der Stunde" (RAF-Mordaktionen und



Schleyer-Entführung) zu nutzen. Es gilt, nach den politischen und juristischen Verunsicherungen des Sommers (wachsender innerparteilicher Widerstand gegen die AKW-Industrie bei der Sozialdemokratie, gerichtliche Anträge zur Überprüfung des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens etc.), die anstehenden Teilgenehmigungen für zahlreiche im Bau befindliche AKWs noch in diesem Herbst durchzudrücken.

Unbeschadet vom Matthöferschen "Bürgerdialog Kernenergie" und der Entwicklung der öffentlichen und innerparteilichen Diskussion um ein Moratorium sollte durch eine planmäßig provozierte "Schlacht von Kalkar" die wachsende Zahl von Kernkraftwerksgegnern diskreditiert und die Atompolitik der Bundesregierung durchgezogen werden. Scheel und Schmidt haben diesen "Herbst der Durchsetzungspolitik" durch entsprechende Stellungnahmen eingeläutet und der gewaltmäßigen Durchsetzung der Konzerninteressen die politischen Weihen gegeben.

Die zentrale internationale Demonstration gegen den Bau des "Schnellen Brüters" in Kalkar war

in dieser Situation in doppelter Hinsicht wichtig. Aufgrund der zentralen atomtechnischen und ökonomischen Bedeutung von Reaktoren des Typs "Schneller Brüter" für die Expansion und den Export der eng verflochtenen westeuropäischen Kernindustrie auf der einen Seite und der besonders großen, qualitativ neuen Gefahren der Plutonium-Technologie (hochgiftige Emissionen auch im "Normalbetrieb", besondere Sicherheitsrisiken etc.) auf der anderen Seite kommt den Auseinandersetzungen um die "Schnellen Brüter", wie die mörderische staatliche Repression von Creys-Malville gezeigt hat, eine Schlüsselstellung in der staatlichen Durchsetzungspolitik wie den Perspektiven des Widerstands der AKW-Gegner zu.

Daß trotz des derzeitigen offensiv reaktionären Klimas in der BRD etwa 55.000 Menschen gegen den "Schnellen Brüter" in Kalkar demonstrieren konnten, ohne in die Falle einer militärischen Kraftprobe mit den Staatsorganen zu tappen, kann als wichtiger Erfolg der westdeutschen und westeuropäischen Ökologiebewegung angesehen werden. Trotz Verbotsdrohung, publizistischer Hetze und politischer Diffamierungen konnte der "atomindustrielle Komplex" aus ökonomischer, politischer und militärischer Macht keine Spaltung im breiten und internationalen Lager der Kernkraftgegner (Naturschutzbünde, Bürgerinitiativen Umweltschutz, zahllose Initiativgruppen, politische Gruppierungen von den Judos und Jusos bis zur KPD) erzielen. Nach Brokdorf und Itzehoe (Tendenzen zu "Unvereinbarkeitsbeschlüssen" innerhalb der westdeutschen Bürgerinitiativen und vereinzelten Abspaltungen von radikalen politischen Flügeln in den Initiativen) ist die in Kalkar sichtbar gewordene noch breitere Verankerung und gemeinsame Handlungsfähigkeit der Anti-Atombewegung besonders wichtig.

Auch die intendierte Einschüchterung der Bevölkerung am Niederrhein war nicht so erfolgreich, wie der staatlich-publizistische Aufwand nahegelegt hätte.

Ein weiterer wichtiger Aspekt: Wenn auch viele holländische, belgische, französische und skandinavische Atomgegner schon an der Grenze festgehalten wurden, so waren in Kalkar doch viele ausländische KKW-Gegner dabei, als Ausdruck der verstärkten internationalen Zusammenarbeit der Atomgegner, die eine zentrale Voraussetzung für einen erfolgreichen Widerstand gegen die international organisierte Atomindustrie ist.

Kalkar hat so die Möglichkeit einer Großdemonstration auch unter Polizeistaatsbedingungen unter Beweis gestellt und damit Mut gemacht. Das politisch-polizeiliche Kalkül des "Nichts geht mehr", das Setzen auf eine total eingeschüchterte Bevölkerung ist nicht aufgegangen. Es herrscht keine Ruhe im Land. Diese Erfahrung kann der westdeutschen Linken Auftrieb und Perspektive geben, ist es doch der Ökologiebewegung gelungen, trotz und gegen den praktizierten Polizei- und Atomstaat sich zu verbreitern und unter schwierigen Bedingungen an politischer Lern- und Handlungsfähigkeit hinzuzugewinnen.

ROLAND ROTH

Partisanen des Staates

Die Wandlungen, die "der" Staat in den bisher abgelaufenen zweieinhalb Wochen seit der Entführung Schleyers an sich vollzieht, können auch nicht diejenigen unberührt lassen, die der ständigen Hinweise auf die neue Stufenleiter repressiver Entwicklung leid sind. Die neue Steigerung eliminiert den formellen Bürger unter der Hand, den Bürger, dessen Meinung und Einstellung als Privatsache gesetzlich geheiligt und dessen Auffassung bei Wahlen sogar durch die garantierte Geheimhaltung geschützt ist. "Der" Staat, im Sinne der Herrschenden zu einem biologisch sich anmutenden Wesen ausgewachsen, fordert nunmehr vom im Sinne der Verfassung politisch neutralen Bürger, Parteigänger, Partisan des

Nach Köln: Reaktionen von der Reaktion

Auszüge aus der Presse – Eine kleine bezeichnende Auswahl

»Diesen Staat zu sichern, sei Sache aller Bürger, sagte Ministerpräsident Albrecht. Scharf kritisierte er die Verharmlosung der Anfänge des Terrorismus in den vergangenen Jahren, etwa durch Intellektuelle wie Heinrich Böll, durch SPD-Politiker und Jungsozialisten, durch linksorientierte Rundfunkjournalisten, zum Beispiel beim NDR. "Wer mit den Terroristen sympathisiert, ist mitschuldig und muß zur Rechenschaft gezogen werden", betonte Albrecht. Wie vor ihm der CDU-Landesvorsitzende, Minister Hasselmann, verurteilte er in diesem Zusammenhang insbesondere diejenigen, die gar als Bedienstete des Staates revolutionäre Gewalt bejahten oder "klammheimliche Freude" über skrupellose Verbrechen noch dokumentierend würdigten, so geschehen im Fall des Buback-"Nachruf"-Dokuments mit Beteiligung von dreizehn niedersächsischen Hochschullehrern.«
(FAZ 12.9.77)

»In einer förmlichen Philippika hat der stellvertretende CDU-Vorsitzende Köppler den evangelischen Theologen Gollwitzer sowie Literaten und Verleger wie Zwerenz, Wagenbach, Geissler und Kipphardt beschuldigt, die "geistigen Sümpfe" mit geschaffen zu haben, aus denen sich der militante Terrorismus entwickelte.«
(FAZ 19.9.77)

»Die CDU/CSU hat die Absicht, den Artikel 18 des Grundgesetzes, der es dem Bundesverfassungsgericht erlaubt, unter anderem auf Antrag einer Landesregierung einzelnen Personen, aber auch juristischen Personen (wie etwa Zeitschriftenverlagen) bestimmte Grundrechte als "verwirkt" zu entziehen, wenn diese gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht werden, im Zusammenhang der Bekämpfung der intellektuellen Wegbereitung des Terrorismus einzusetzen ... Dabei ist offensichtlich an bestimmte ausgeprägt linksradikal-terroristische Periodica gedacht, von denen Bundesinnenminister Maihofer kürzlich vor dem Innenausschuß des Bundestages geäußert hat, es gebe deren fünf bis sechs Dutzend, und es seien letzthin etwa vierzig Beiträge eindeutig strafbaren Inhalts registriert worden.«
(FAZ 23.9.77)

»Die Mordtat von Köln und die Entführung von Hanns-Martin Schleyer hat nach Ansicht des CSU-Parteiorgans "Bayernkurier" jetzt deutlich gemacht, daß sich die Bundesrepublik mitten im "Taifun des Partisanenkampfes" befinde, "der letzten Stufe vor dem Bürgerkrieg". Spätestens jetzt sei die Bewährungsprobe für den freiheitlichen Staat gekommen ... Der Vorsitzende der ebenfalls rechtsgerichtet geltenden Deutschen Sozialen Union (DSU), Kurt Meyer, hat vorgeschlagen, die Entführer zur Freilassung Schleyers aufzufordern und in regelmäßigen Abständen inhaftierte Terroristen als Geiseln zu erschießen, wenn Schleyer nicht freikomme.«
(FAZ 8.9.77)

«Die Auseinandersetzung mit mörderischen Terrorbanden ist nach Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Windelen, das Ergebnis eines ideologischen Krieges gegen die freiheitliche Ordnung der Bundesrepublik. Die Terroristen seien "Bastarde einer Geistesverbindung zwischen Leninismus, Anarchismus, Verbrechertum und linker Schickeria", sagte der CDU-Politiker.«
(FR 19.9.77)

»Wenn der Terrorismus nicht unter Kontrolle gebracht wird, muß die Bundesrepublik nach Ansicht von Franz Josef Strauß damit rechnen, daß sie vom Ausland beschuldigt wird, von ihr gehe die Gefahr eines "Weltbürgerkrieges" aus. Auf einer Veranstaltung zum 30-jährigen Bestehen der Jungen Union in Bayern verglich der CSU-Vorsitzende diese Gefahr mit der deutschen Schuld an den beiden Weltkriegen. Strauß bezeichnete die Terroristen als "Sprößlinge aus der Kaviarschicht unserer Gesellschaft". Ihre geistige Heimat sei ... die neue Linke ebenso wie die spätmarxistische Altlinke. "Mit Tinte sind genauso viele Verbrechen und vom Katheder, genauso viele Anschläge begangen worden wie später auf der Straße."«
(FR 19.9.77)

»Schon beginnt im Unions-Lager die Mobilmachung gegen die Sozialdemokraten, die als Hauptschuldige für das Anwachsen des Terrorismus geächtet werden sollen. Von der Liberalisierung des Strafrechts über antiautoritäre Kindererziehung bis hin zu der Bekanntschaft zwischen SPD-Chef Willy Brandt und dem von der Union und der Rechtspresse als Meinhof-Sympathisant angeklagten Schriftsteller Heinrich Böll – alles soll in Wahlkampfmunition gegen die Sozialdemokraten umgegossen werden. Schon geht auch der Rheinland-Pfalz-Ministerpräsident Bernhard Vogel auf Hexenjagd: Sympathisant der Terroristen, so der Mainzer Kohl-Nachfolger letzte Woche, "kann schon derjenige sein, der Baader-Meinhof-Gruppe statt -Bande sagt".«
(Der Spiegel Nr. 39, 19.9.77)

»Dregger schlug am Dienstag in einem Interview des Deutschlandfunks vor, zur Bekämpfung terroristischer Gewaltkriminalität ein "Terroristen-Jagd-Kommando" mit Elitebeamten aus Bund und Ländern zu bilden. Diese Einheit müsse nicht nur ausgezeichnet bewaffnet, sondern frei von jeder bürokratischen Einengung sein.«
(FR 14.9.77)

»Albrecht machte den Anfang: "Das eigentliche Problem des Staates sind nicht die Terroristen selbst, sondern die Sympathisanten". Er zählte auf: den Schriftsteller Heinrich Böll, den Norddeutschen Rundfunk, Hochschullehrer, Jungsozialisten und speziell "einen früheren Juso-Bundesvorsitzenden, der jetzt im Bundestag sitzt". Biedenkopf setzte die Liste fort und nannte unter denen, die verantwortlich seien, an erster Stelle den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, wofür er frenetischen Beifall bekam. Verantwortlich, sagte Biedenkopf, seien die Politiker, die "in der Bevölkerung die klare Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht verwischt haben", diejenigen, die seit ihrem Machtantritt im Jahre 1969 "die freiheitliche Grundordnung in wesentlichen Teilen diskreditiert haben", und darüber hinaus die "sogenannten Intellektuellen und Linksliberalen", denen es darum gehe, die Menschen zu verunsichern und "die freiheitlichen Instinkte in unserer Gesellschaft zu zerstören" ... Und wenn der Bürger obendrein immer wieder Aufrufe zum Widerstand gegen angebliche Unterdrückung in den Betrieben und anderswo zu lesen bekomme, brauche man sich über den Terror nicht mehr zu wundern. Biedenkopf entwarf auch eine Gegenstudie. Um "die Sympathisantenszene auszutrocknen", müßten die Eltern gegen nicht akzeptable Schulbücher revoltieren. Es sei an der Zeit, "zu einem großen Feldzug aufzubrechen, um Klarheit über unsere Weltordnung wieder herzustellen"; nachdem die Angreifer inzwischen so weit gegangen seien, ihre Werturteile in Mathematikaufgaben zu verpacken. Solange zugelassen werde, daß die Schule junge Menschen dazu erziehe, Forderungen an Gesellschaft und Staat zu richten, verstehe es sich geradezu von selbst, daß "junge Menschen nach der Schulzeit keine Initiative zeigen, Lehrstellen zu finden, und stattdessen den Staat verantwortlich machen, wenn sie keine finden ... Wer will noch Unternehmer werden, wenn er dadurch einer von denen wird, die in den Schulbüchern seiner Kinder als Ausbeuter dargestellt werden?«
(FR 12.9.77)

" Gestatten, wir sind der demokratische Widerstand gegen den linken Terror..."

politisch über die rechte Mitte ausschlagenden status quo zu werden. Die Berufung auf (noch) gültige Verfassungsinhalte, das Reklamieren des Rechts auf eine Meinungsäußerung, die nicht im Sinne gegenwärtig gültiger staatlicher Legitimität, wohl aber im Rahmen sanktionierter Legalität steht, wird als Sympathisantentum diffamiert, gilt als Parteinahme für den willkürlich definierten inneren Feind. In der Sprache der counter-insurgency und der Schädlingsbekämpfung wird aktives Sympathisantentum mit "dem" Staat gefordert; jeder Bürger ein Krieger. Der Bürger als Rechtsperson hat sich nunmehr in einen Partisan des nach rechts eilenden status quo zu verwandeln – Staats-Bürger zu sein.

Diese Entwicklung hat sich schon vor der Wahnsinnstat der RAF am 5. September angebahnt; aber wie in der leidigen Vergangenheit hat die RAF auch diesmal wieder eine "glückliche" Hand bei der Beschleunigung und Perfektionierung der Repressionsmaschinerie gegen die Linke bewiesen. Vor diesem Datum hat sich – in dezenter und diskreter Weise – die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als fruchtbarer Katalysator bewährt. Gegen all diejenigen hat sie einen geistigen Ausrottungsfeldzug eingeleitet, die nicht der von ihr als herrschend sanktionierten Legitimität entsprechen wollen. Waren noch "Frommes Wünsche" (Enzensberger) auf die Eliminierung (man verzeihe die Sprache, aber es handelt sich um die FAZ) von "schamloser" linker Gesetzestreue und der Herbeiführung eines neuen partisanischen Staatsbewußtseins gerichtet, so versteckte das Deckblatt windiger Köpfe seine nicht einmal mehr klammheimliche Freude über Kapplers Flucht hinter der blanken Legalität des Verfassungswortes; was Recht ist, soll – nur wenns einem selbst nützt – Recht bleiben. Gleichzeitig wurde die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen und unter der Hand einiges für die aktuell so dringlich neue Form von Vergangenheitsbewältigung im altneuen Deutschland geleistet: Seit Fests Hitlerkarriere und Kapplers Flucht (Kurzformel für den endgültigen Durchbruch der politisch-kulturellen Zeitenwende in der BRD, in der die letzten Schambarrieren zur Seite geknickt werden) hat die FAZ die nur mühsam ertragene Bezeichnung des Kriegsverbrechers durch die hauseigene Wortschöpfung des "Kriegsverurteilten" abgeschafft; eine Ehrenrettung der Vergangenheit – die Leserbriefe haben es ihr gedankt. Daß dabei die faschistisch-aggressive Uniform von Jungnazis vor dem Haus Kapplers als "praktische Motorradkluft" verniedlicht wurde, entspricht der wehrhaften Reaktion des hochdistinguierten Revolverblattes. Schwerverletzte Liberale können sich im Feuilleton ambulant behandeln lassen.

Wen sollte es vor diesem Hintergrund wundern, daß die FAZ zum Vorreiter der geistigen und politischen Gleichschaltung in diesem Lande geworden ist, einer Gleichschaltung, die sich nicht scheut, den umständlich-makaberen Weg über das Gebiß der Gudrun Ensslin zu nehmen. Die Gesinnung über Berufsverbote zu kriminalisieren hat nicht genügt; vielmehr gilt es, sie aktiv herauszukitzeln und ihre Träger als feindliche Partei außerhalb des Gesetzes zu stellen. Denn wer sich nicht als Sympathisant einer Republik der Pflicht bekennt (Filbinger) und etwa verräterisch auf seinen verfassungsmäßigen Rechten beharrt, befindet sich heute bereits jenseits des staatlich Zulässigen.

Besonders erfreut über die fortschreitende Begradigung der innerstaatlichen Front scheint der letzte im Ernst konservative Intellektuelle der Republik – Johannes Gross – zu sein. In der FAZ leitartikelt er der RAF in zynischer Kombattantenmanier seine besondere Hochachtung für ihren partisanischen Mut und wünscht dem Staat insgeheim (klammheimlich?) weitere Stahlgewitter, daß er sich läutern möge.

DANY DINER

Der Krisentöter von Bonn

Seit einigen Monaten belegen die statistischen Daten, daß sich das Wirtschaftswachstum in der BRD wieder verlangsamt und der nächste zyklische Abschwung beginnt, ohne daß die Folgen der letzten Krise überwunden sind: weiterhin eine um die Millionengrenze pendelnde, erneut ansteigende offizielle Zahl von Arbeitslosen, anhaltende "Investitionsschwäche", weiterhin unausgelastete Kapazitäten, rückläufige Auftragsbestände im In- und Ausland usw. Die wirtschaftlichen Prognosen für dieses Jahr werden von Wirtschaftsinstituten und Regierung immer wieder nach unten korrigiert. Das Wachstum im 1. Halbjahr 1977 erreichte statt der prognostizierten 5% nur 3%. Verstärkt läuft die staatliche Propagandamaschinerie: "Wir haben die Lage im Griff" – jäh überrollt allerdings durch die Erregung über die Schleyer-Entführung.

Niemand scheint heute jedoch mehr – wie noch vor wenigen Jahren – ernsthaft an die Wunderwirkung staatlicher Eingriffe zu glauben. Die IG Metall betont vor ihrem Gewerkschaftstag im September 1977, daß sie zukünftig verstärktes Gewicht auf die Tarifpolitik legen werde, da die staatliche Konjunkturpolitik nicht alle Erwartungen erfüllt habe. In der bürgerlichen Presse breitet sich zunehmend Skepsis hinsichtlich der geplanten Maßnahmen aus. Und selbst die Regierung hält sich mit allzu optimistischen Prognosen, die in der Vergangenheit immer wieder zerplatzten, zurück. Und daß die Unternehmer die staatliche Konjunkturpolitik unverändert als unzureichend angreifen, obwohl sie es sind, die von ihr permanent einseitig begünstigt werden, ist nicht weiter überraschend: ihrer Logik entsprechend müssen sie versuchen, auch den letzten Anschein "sozialer Symmetrie", den die SPD/FDP-Politik hier und dort noch zu erwecken versucht, zu ihren Gunsten zu beseitigen.

Die Gründe für die allgemein verbreitete Skepsis liegen auf der Hand. Die verschiedenen Konjunkturförderungsprogramme der letzten Jahre, die über staatliche Spritzen insbesondere die Investitionen – z. B. über die Investitionszulagen 1975/76 in Höhe von 6 Mrd. DM – ankurbeln sollten, haben versagt. Ihr gesamtwirtschaftlicher Effekt war gering. Zum Teil wurden die Gelder nicht einmal abberufen. Und wo sie in Anspruch genommen wurden, dienten sie angesichts anhaltender "Marktschwäche" und unausgelasteter Kapazitäten weniger arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen als arbeitsplatzvernichtenden Rationalisierungsinvestitionen: während sich an der gesamtwirtschaftlichen Lage wenig änderte, beteiligte sich so der Staat mit der einen Hand an der Finanzierung arbeitsplatzvernichtender Rationalisierungsinvestitionen und war mit der anderen gezwungen, sich – über zaghafte und eher symbolische Beschäftigungsprogramme – der Rationalisierungsopfer anzunehmen.

Die Hauptstoßrichtung der SPD/FDP-Konjunkturpolitik blieb jedoch durchgängig die Begünstigung der Unternehmer als Hebel zur Sanierung der Wirtschaft. Unter diesem Gesichtspunkt erfolgte auch im Juni 1977 die Verabschiedung des zum 1. Januar 1978 in Kraft tretenden Steueränderungsgesetzes 1977. Zentral in dem sogenannten "Steuerpaket" ist die Senkung der Vermögenssteuer von 0,7% auf 0,5% für natürliche und von 1% auf 0,7% für juristische Personen. Ferner werden mit diesem Gesetz die Gewerbeertrags- und Gewerbekapitalsteuer gesenkt, sowie Abschreibungsvergünstigungen bei Altbauten gewährt, die ebenfalls vor allem den Reichen zugute kommen werden. Die Senkung der Vermögenssteuer bedeutet, daß die kleine Gruppe der Kapitalisten und Rentiers zukünftig ca. 1,5 Mrd. DM weniger an Steuern jährlich bezahlen wird. Finanziert werden soll dieser Steuerausfall insbesondere über die Anhebung der Mehrwertsteuer von 11% auf 12% – d. h. zu Lasten der breiten Masse der Bevölkerung, da diese Steuer im Preis der Konsumgüter enthalten ist und deshalb von allen bezahlt werden muß. Daß das Kindergeld etwas erhöht wird, die Geschiedenen ein wenig besser gestellt sein werden und die Sonderausgaben-Freibeträge erhöht werden, bleibt demgegenüber nur ein schwacher Trost.

Doch bereits im September erreicht diese Politik der sozialen Asymmetrie einen neuen Höhepunkt. Zur Ankurbelung der "erlahmenden" Konjunktur bringt die SPD/FDP-Regierungskoalition ein neues Steuerentlastungsprogramm vor den Bundestag. Einerseits sollen die Unternehmer zukünftig 25% statt 20% des Restwerts der Anlagen von der Steuer absetzen können. Ob das den Unternehmern auf diese Weise zur Verfügung gestellte Geld angesichts der wirtschaftlichen Abschwungstendenzen mit größeren Aussichten als in den vergangenen Jahren zur Finanzierung arbeitsplatzschaffen-

Der Arbeitsmarkt.

der Erweiterungsinvestitionen eingesetzt werden wird, ist mehr als zweifelhaft. Eher wird es Rationalisierungsinvestitionen dienen, spekulativ angelegt werden oder für Auslandsinvestitionen Verwendung finden. Den "Arbeitnehmern" hat die Koalition dagegen die schrittweise Anhebung des Weihnachtsfreibetrages von 100 auf 400 DM und die Anhebung des Grundfreibetrages um 510 DM auf 3.510 DM jährlich für Ledige und auf das Doppelte für Verheiratete anzubieten. Die Erhöhung des Grundfreibetrages bringt ganze 9,35 DM monatlich mehr in die Haushaltskasse eines Ledigen – von einem bevorstehenden Kaufboom wagt deshalb nicht einmal die Regierung zu sprechen, wird dieser geringe Betrag doch sehr schnell von Preissteigerungen neutralisiert werden und seitens der Unternehmer in den kommenden Lohnrunden dazu benutzt werden, um niedrige Lohnabschlüsse zu fordern und vielleicht auch durchzusetzen.

Aber selbst diese 9,35 DM monatlich mehr sind der CDU/CSU schon zuviel, werden damit doch die schlechter Verdienenden gegenüber den Spitzenverdienern ausnahmsweise einmal – und wenn auch noch so begrenzt – bevorzugt. Lautstark ziehen die Christdemokraten deshalb gegen "gleichmacherische Tendenzen" und die "Gefährdung der Leistungsbereitschaft" zu Felde und fordern stattdessen einen generellen Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuerabschlag um 10% nach dem Stabilitätsgesetz, der die hohen Einkommensklassen und Unternehmer eindeutig begünstig und die Kosten des neuen "Steuerpakets" statt auf 7 Mrd. DM auf 14 Mrd. anschwellen lassen würde.

Dabei sind die Steuersenkungspläne der SPD/FDP nicht ohne einen gefährlichen Pferdefuß: sie sollen an die Stelle der bisher für Ende der siebziger Jahre geplanten allgemeinen Einkommenssteuerreform treten. D. h., daß die bisherige Steuerprogression auf unabsehbare Zeit beibehalten werden soll und immer mehr Klein- und Mittelverdiener davon in immer stärkerem Ausmaß betroffen sein werden, so daß der momentane Vorteil einer Anhebung des Grundfreibetrags schnell wieder aufgehoben sein wird.

Eines hat allerdings die SPD/FDP-Koalition mit diesem "ausgewogenen" Programm bereits erreicht, mit dem sie noch gegen die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat bestehen muß: sie hat die wenigen "linken" Rebellen in den eigenen Reihen besänftigt, die noch im Juni angesichts der damals zur Verabschiedung anstehenden Senkung der Vermögenssteuer bei gleichzeitiger Anhebung der Mehrwertsteuer drohten, die Regierung wegen ihrer unternehmerbegünstigenden Politik zu Fall zu bringen. Gelang es der Regierung damals nur, deren Zustimmung zum "Steuerpaket" mit dem Versprechen abzukaufen, dies werde das letzte Steuergeschenk an die Unternehmer bis zum Jahre 1980 sein, so folgte wenige Monate später bereits das nächste – für die Parteilinke war dies jedoch offensichtlich ausreichend versüßt mit der Anhebung des Grundfreibetrags und des Weihnachtsfreibetrages.

So erhalten die Unternehmer als Folge der SPD/FDP-Konjunkturpolitik ein Steuergeschenk nach dem anderen zu Lasten der Lohnabhängigen. 15 Mrd. DM haben sie so seit 1975 bereits erhalten, weitere 4 Mrd. sind beschlossen. Trotz staatlicher Begünstigung der Gewinnsituation verschlechtert sich jedoch wieder die gesamtwirtschaftliche Situation in der BRD. Und je düsterer die allgemeine Lage – wirtschaftlich wie politisch – erscheint, desto drängender erschallt der Ruf seitens der Unternehmer wie der CDU/CSU, es müsse endlich ernsthaft gehandelt werden – zugunsten der angeblich notleidenden Unternehmer, denen es erst bei Befreiung von staatlichem Zwang, hohen Lohnkosten und gewerkschaftlichem Druck möglich sein werden, die BRD wirtschaftlich durchgreifend zu sanieren.

Nicht, daß die SPD/FDP-Regierungskoalition ein grundsätzliches Hindernis auf diesem Weg wäre. Stärker als in der CDU/CSU besteht jedoch in ihr zugleich der Zwang zu partieller Rücksichtnahme auf "untere Einkommensklassen", die traditionell die Basis der SPD bilden. Die Konzeptionslosigkeit und Widersprüchlichkeit der SPD/FDP-Wirtschaftspolitik hat hier – im Zwang, gegensätzliche wirtschaftliche und soziale Interessen vereinbar zu halten – ihren rationalen Kern. Gegenüber den Tendenzen, die stärker für die Aufrechterhaltung eines gewissen Niveaus der sozialen und ökonomischen Sicherung der breiten Masse der Bevölkerung eintreten, vermochte sich selbst FDP-Bundeswirtschaftsminister Friderichs als Repräsentant der Industrie, der teilweise offen CDU-Forderungen propagierte, nicht immer durchzusetzen, so daß er es schließlich – zusätzlich bestärkt durch die Perspektive einer Wahlniederlage der Koalition bei den nächsten Bundestagswahlen – vorzog, den Weg in den mit 700.000 DM dotierten Vorstandsvorsitzendensessel der Dresdner Bank als Nachfolger des erschossenen Jürgen Ponto zu gehen. Daß es in der Wirtschaftspolitik der SPD/FDP-Koalition keinen Kurswechsel geben wird, dafür bürgt Graf Lambsdorff als Nachfolger. Die staatlichen Versuche, die kapitalistische Wirtschaft auf dem Rücken der Lohnabhängigen wieder flott zu machen, bleiben in den "richtigen Händen".

H. E. BRAND

In unserem Antiquariat erscheint im Oktober

KATALOG 200: Politik,
* Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
* Sozialismus.
Schwerpunkte: Sowjetunion, Russland, Gewerkschafts- und Jugendbewegung.

Auf Anfrage schicken wir Ihnen den Katalog gern gratis zu!

Wer sich für diese Themen interessiert, informiert sich am besten mit unseren regelmässig erscheinenden Spezialkatalogen.

Antiquariat
PINKUS-GENOSSENSCHAFT
Postfach
CH - 8025 ZÜRICH
Tel. 32 26 47

Der Carter-Versafter

Viele Jahre nach der Stalin-Orgel soll nun der Carter-Versafter in die Serienproduktion gehen. Der "Spiegel" gibt folgende Erläuterung zur Neutronenwaffe: "Ihre Wirkung, so schrieb es der Münchner Wissenschaftsautor Robert Gerwin, 'ist vergleichbar mit Milliarden kleiner Injektionen hochwirksamer Säure'. Der Mensch wird, wie es in den US-Atomlabors schnoddrig heißt, buchstäblich 'versaftet' ('juiced')" (Nr. 30, 18.7.1977). Zwar ist die Waffe noch nicht so „ideal", daß sie den vollständigen Schutz des Privat- oder Staatseigentums an Produktionsmitteln und sonstigen Sachen vor den Aneignungsversuchen fremder Menschen garantiert – schließlich gibt es im Zentrum der Detonation immer noch Scherben, vor allem wenn der Versafter nicht vorschriftsmäßig aus etwa 1000 m Höhe seine Neutronen auf Rundreise schickt, sondern erst am Boden detoniert –, aber auch so ruft er mancherorts Begeisterung hervor. Begeisterung, weil nun auf billige Weise die teuren sowjetischen Stahlkolosse endgültig zur künstlerisch drapierten Schrottidylle umfunktioniert scheinen, noch ehe sie Gelegenheit hatten, sich in der Elbe oder gar im Rhein nasse Ketten zu holen: "Doch da, plötzlich, das Zischen einer Rakete ... Ein Lichtblitz durchzuckt den Himmel über der lieblichen Flußlandschaft, und Minuten später bietet sich dem vier Kilometer entfernten Nato-Artillerie-Beobachter ein unheimliches Schauspiel. Wie von einer unsichtbaren Riesenfaust werden die in Gefechtsformation marschierenden Sowjet-Panzer durcheinandergeschüttelt, fahren weiter, einige verlassen die bis dahin gerade Spur, rollen im Zickzack oder im Kreis, verkeilen sich ineinander, während ihre Ketten den Boden aufwühlen" (NATO-Planspiel laut "Spiegel").

Die neue, wahrscheinlich auch schon veraltete Waffe (sie wurde schon 1963 in Nevada getestet; wenn der sowjetische Geheimdienst und die sowjetischen Rüstungstechnologen nicht völlig unfähig sind, müßte die Sowjetunion diese Waffe auch schon längst herstellen können) ruft aber auch Empörung hervor, offensichtlich auch bei Leuten, die es nur besonders unerträglich finden, daß sie zwar selbst sterben sollen, aber ihre Sachen "überleben" dürfen. Und in der Tat, ein Deutschland ohne Deutsche, aber mit dem Kölner Dom, ruft nicht nur heilige Schauer hervor. Gegenüber den mittlerweile schon konventionell gewordenen, aber unzivilisiert pauschal wirkenden Pilzsamen vom Hiroshima-Typ, die die feine Differenzierung zwischen Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen nicht mitmachen, sondern alles über einen Vernichtungskamm scheren, erscheint der Carter-Versafter als "besonders inhuman", was ja immer auch heißt, daß die Panzer und die konventionellen Atombomben irgendwie humaner seien. Die Neutronenwaffe ist sogar in der Lage, einem hartgesottenen Politiker wie Egon Bahr, der bisher noch nicht als Nuklearwehrkraftzersetzer bekannt war, einige unbedachte moralische Worte über die "Perversion des Denkens" und die "verrückte Menschheit" zu entlocken; sieht man einmal von der üblen Gewohnheit aller Politiker ab, ihre eigenen Taten und Untaten der Menschheit oder bescheidener der Nation oder der Arbeiterklasse anzulasten. Und sieht man einmal davon ab, daß ihm diese Worte schon einige Tage später wieder halb im Hals stek-

Stuttgart 1907
Druckfehlerberichtigung

In dem Beitrag von Egbert Jahn in "links" Nr. 91 kommen leider zwei sinnentstellende Setzfehler vor.

Auf S. 12, Sp. 3 muß es heißen: "sechsten Großmacht" neben England, Frankreich, Österreich, Rußland und Preußen-Deutschland (Karl Marx).

Auf S. 16, Sp. 2 muß es im Rosa Luxemburg-Zitat heißen: "... Im Frieden gelte im Innern jedes Landes der Klassenkampf, nach außen die internationale Solidarität, im Kriege gelte im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell ..."

Dieses Fotorätsel läßt allerlei Deutungen zu. Doch diese Deutungen sind falsch. In Wirklichkeit handelt es sich um einen sehr wichtigen Gebrauchsgegenstand.

Hans Husel

KENNST DU DAS LAND WO DIE NEUTRONEN BLÜH'N?

Als Postkarte erhältlich: Hans Husel, Rosenbaumstr. 17, 6600 Saarbrücken

ken blieben, als er daran dachte, daß auch die Sowjets zur verrückten Menschheit gehören und auch diese Dinger produzieren werden. Wird sich Bahr noch in einigen Monaten an seine Worte erinnern, wenn die fertigen Kaliber über den Ozean anreisen?

Theo Sommer warnt mit Recht vor einer bloß "moralisch-theologischen Begutachtung" der Neutronenwaffe (Die ZEIT vom 29.7.77). „Denn in der Tat, diese Waffe ist nur ein kleiner Baustein in der Vervollständigung des Abschreckungspotentials, etwas effektiver als herkömmliche Panzerabwehrraketen, etwas präziser einsetzbar als die grobklötzigen taktischen Atomwaffen (rund 7000 in Europa) verwüsten mit ihrem Druckstoß eine Fläche von drei Quadratkilometern, die Neutronenwaffe nur einen halben Quadratkilometer. Die Hitzestrahlung der derzeitigen Waffen vernichten alles Leben und alle Gebäude auf einem Areal von elf Quadratkilometern, die neuen Waffen tun dies dagegen nur auf einem halben Quadratkilometer. Der Tod derer, die sie träfen, wäre qualvoll – aber nicht minder qualvoll wäre das Sterben jener, die durch die rechnerisch gleichgroße Strahlung der gegenwärtig verfügbaren, zehnmal so starken taktischen Atomwaffen getroffen würden." Ein Glas Wasser kann eben manchmal halbvoll, manchmal halbleer erscheinen; ein nur zur Hälfte mit Leichen gefülltes Schlachtfeld kann man auch als ein halbleeres Schlachtfeld ansehen. Zwischen der „nüchternen" Sprache des Militarismus und der des Zivilismus, die beide auf pathetische Schnörkel verzichten, liegt das Wörtchen "nur" im obigen Zitat; aber es trennt zwei Welten. In der Tat, auch wir können nicht mit Zuverlässigkeit sagen, ob die Neutronenwaffe das west-östliche Abschreckungssystem stabiler oder labiler macht. Deswegen können wir nicht allein gegen die Neutronenwaffe sein, sondern die Neutronenwaffe ist wiederum Anlaß, verstärkt die "Rationalität des Irrationalen" (Ulrich de Maizière, Die ZEIT 12.8.77) in der internationalen Abschreckungspolitik öffentlich deutlich zu machen.

Seit Hiroshima hat die Kriegswissenschaft aller Nationen und aller Gesellschaftssysteme nur eine einzige Aufgabe: sie soll verhindern, daß gleich das ganze Kind mit dem (früher so genannten) Stahl-Bad ausgeschüttet wird, sie soll sichern, daß alle zukünftigen Kriege ("Verteidigungen", "internationale Hilfeleistungen" wie die moderne militaristische Sprache sagt) begrenzt bleiben. Oder in den Worten des Experten: "Human werden diese Waffen dadurch (durch die Begrenzung der Wirkungen) nicht ... Sind sie nicht wenigstens in dem Sinne menschlicher, daß sie die fatale Tendenz der letzten hundert Jahre umkehren, nach der immer mehr Zivilisten im kriegerischen Geschehen zu Tode kamen als Soldaten?" (Zur Information: in Vietnam waren es ca. 95% Zivilisten!)

Die Logik von Theo Sommer besagt, daß die Neutronenwaffen zwar nicht inhumaner sind als die konventionellen Nuklearwaffen, worin wir ihm zustimmen, aber umgekehrt soll das nach Sommer nicht gelten: auf deutsch sind die Neutronenwaffen im schlechtgewissen Sinne "menschlicher" als die "inhumanen" A-Waffen. Nachdem es der Kriegswissenschaft vor Jahren historisch erstmals gelungen ist, ein – inzwischen mehrfaches – Vernichtungspotential für die ganze Menschheit zur Verfügung zu stellen, können nach Sommers Logik die Kriegswissenschaftler in Zukunft eigentlich nur noch immer "menschlichere" Waffen herstellen, "in dem Sinne", daß sie eben nicht das ganze Kind auf einmal mit dem Stahl-Bade ausschütten. Das Ziel der Kriegswissenschaft in Ost und West ist es, die Palette der angebotenen Waffen immer mehr zu vervollständigen und zu verfeinern, um in jeder Krisensituation die angemessenen Mittelchen zur Verfügung zu haben, von den Polizeiwaffen zur zivilisierten Abschreckung kleinerer "wilder" Streiks, über LKWs und Hubschrauber zur Partisanenbekämpfung, über die Panzer zum Niederwalzen von massiveren Arbeiterdemonstrationen, über die Flugzeuge zu Bombardements von unliebsamen parlamentarisch besetzten Präsidentenpalästen, über die Mininukes (kleine Nuklearwaffen) im Rucksack für die Vernichtung einzelner eingedrungener Panzerkeile, über die neutronische Vorneverteidigung auf der Gardinenstange des Eisernen Vorhanges oder auch ein bißchen jenseits der eigenen Grenzen – mit anderen Worten, über alle 44 Sprossen der Eskalationsleiter Herman Kahns, des Denkers, der am konsequentesten die Logik des internationalen Militarismus zu durchdenken wagte.

Auffallend ist, daß bisher die Frage der Verwendbarkeit der Neutronenwaffe in Bürgerkriegen oder in faschistischen Militärputschen noch nicht aufgeworfen worden ist. Wer wagte schon einmal vorherzusagen, daß zur Landesverteidigung konstruierte Flugzeuge auch zum Bombardement demokratisch gewählter Regierungen im eigenen Land verwandt werden könnten? Könnte man nicht eines Tages einmal einzelne Fabriken von besonders aufsässigen Arbeitern durch Neutronenbeschuß "säubern"?

Mit der Entwicklung und Anwendung der Massenvernichtungsmittel der Herrschenden aller Länder kann und darf keine sozialistische Bewegung mehr konkurrieren. Wenn der Satz stimmt, daß die herrschende Klassen ihre Macht niemals freiwillig aufgeben, daß sie also bereit sind, notfalls ihre Machtpositionen mit allen Mitteln zu verteidigen, dann heißt das entweder, daß man notfalls massenmörderischer sein muß als die Faschisten, um sie besiegen zu können, oder es bleibt nur die Möglichkeit, die "utopischen" nichtmilitärischen, unbewaffneten Kampfformen zu entwickeln. Nicht nur der "kleinbürgerliche" Individualterror, sondern auch der "proletarische" Massenterror hat in den Metropolen keine politische Zukunft mehr.

P.S. Im Schatten des Kölner RAF-Attentats und der Terrorismus-Debatte ist schon nach wenigen Ta-

olle&wolter

Fernando Claudin
Die Krise der Kommunistischen Bewegung I
Von der Komintern zur Kominform
360 Seiten, ca. DM 29.–

Die erste umfassende, fundierte und kritische Geschichte des Zerfalls der Komintern. Claudin – aus der PCE gesäubertes Führungsmitglied – schildert Wurzeln und Verlauf des Zerfalls und legt damit die Grundlage für das Verständnis der heutigen Kontroverse um den Eurokommunismus.

G. Armanski / B. Penth (Hg.)
Klassenbewegung, Staat und Krise
Konflikte im öffentlichen Dienst Westeuropas und der USA
Mit Beiträgen von: R.Hickel, K. Dammann, C.Leggewie, R.Genth, D.Haensch/U.Glaeßner, M.Billerbeck, G.Isensee, K.Körber, u.a. über Italien, Frankreich, USA, BRD
268 Seiten, DM 26,80

Willfried Spohn
Die Industrialisierung Deutschlands 1870 – 1914
Eine Untersuchung zur nationalen und internationalen Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise
Vorwort: Bernd Rabehl
480 Seiten, DM 29,80

Willi Semmler
Zur Theorie der Reproduktion und Akkumulation
Bemerkungen zu neueren multisektoralen Ansätzen sowie Überlegungen zum Verhältnis von privatem und staatlichem Sektor
Vorwort: Elmar Altvater
380 Seiten, DM 29,80

Lutz Mez / Manfred Wilke (Hg.)
Der Atomfilz
Gewerkschaften und Atomkraft
Mit Beiträgen von R.Havemann, O.K.Flechtheim, H.Brandt, A.Brock, E.Schmidt, L.Mez, H.Alfven, V.Brandes, Z.Medvedev, F.Barnaby u.v.a.
220 Seiten, DM 12.80

Theo Pirker
Die SPD nach Hitler
Die Geschichte der SPD nach 1945
ca. 380 Seiten, ca. DM 25.-

Neu
kritik
Heft Nr. 13, DM 6.–
Italien – Beiträge zu Geschichte, Ökonomie, Politik und Eurokommunismus
von: E.Krippendorff, Fernando Claudin, Flores/Moretti, U.Wolter

Heft Nr. 14, DM 7.-
- R. Rosdolsky - Die Rolle des Zufalls und der „Großen Männer" in der Geschichte (Erstveröffentlichung!)
- N. Geras - Trotzkis Konzeption der politischen Massentätigkeit
- U. Wolter - Weder Bolschewismus noch Menschewismus - Trotzkis Stellung in der russischen Sozialdemokratie
- E. Mandel - R. Luxemburgs Stellung in der deutschen Sozialdemokratie

Lateinamerika I
Ein Jahrbuch zur kapitalistischen Entwicklung und politischen Repression in Lateinamerika
320 Seiten, DM 24,80

Postfach 4310 · 1000 Berlin 30
Katalog mit 50 Pfg Marke anfordern

gen die Auseinandersetzung um die staatlich organisierte "Perversion des Denkens" am Ende. Im Nu haben sich alle Parteien des Bundestages darauf geeinigt, daß die Neutronenwaffe nur ein neues Kaliber im angeblich friedenerhaltenden Nuklear- und Abschreckungsarsenal darstellt. Damit ist die Sache – wenigsten in der Bundesrepublik – wieder einmal gelaufen bis zum nächsten größeren Einfall der Wissenschaft und Technik für das Wettrüsten.

EGBERT JAHN

Zur Lage im Iran

Am 7. August 1977 wurde Hoveida zum Rücktritt gezwungen und Amuzegar, der "OPEC-Mann", vom Schah zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Mit Hoveida, der zuletzt für alles Falsche im Lande verantwortlich gemacht wurde, ist eine wichtige Phase der neueren iranischen Geschichte verbunden. Während seiner 13-jährigen Regierungszeit hat sich die Despotie und der Militarismus des Schahs im Iran verfestigt. Gleichzeitig hat sich der Kapitalismus im Iran endgültig durchgesetzt.

Diesem Regierungswechsel, der manchen Beobachtern sehr überraschend erschien, gingen einige Ereignisse voraus. In den letzten Monaten wurde eine allgemeine Unzufriedenheit bemerkbar. Es erschienen in den offiziösen Blättern kritische Berichte über die Regierung und die wirtschaftlichen Probleme, bei deren Lösung die Regierung sich als unfähig erwiesen hatte. Ein Journalist, der früher bei offiziösen Blättern beschäftigt war, schrieb lange offene Briefe an Hoveida und verlangte mehr "Freiheit und Demokratie". Nach gut-bürgerlicher Manier warnte er vor der Gefahr des Kommunismus, falls seine Ratschläge nicht befolgt würden. 60 Rechtsanwälte und andere Personen des öffentlichen Lebens stellten ähnliche Forderungen auf. Nahezu alle bekannten Literaten, darunter einige, die Jahre ihres Lebens in des Schahs Kerkern verbracht hatten, schrieben ebenfalls einen offenen Brief an Hoveida, in dem sie das herrschende Zensur-System anklagten. Sie verlangten nach dem Recht auf freie Meinungsäußerung und nach einer Alternative zum regimetreuen iranischen Pen-Club. Die Kulmination erreichte diese Einbahn-Korrespondenz in einem Brief von 3 ehemaligen Politikern an "Seine Majestät". Diese bürgerlichen Politiker aus der Mossadegh-Ära baten in ihrem Brief um mehr Freiheit und Demokratie. Sogar manche Senatoren bezogen vor dem Parlament des Schahs gegen die Regierung Hoveida Stellung. Sie sprachen vom Staat als dem "größten Bodenspekulanten". Andere machten direkt die Regierung für die miserable wirtschaftliche Lage verantwortlich.

Ein Blick hinter die Kulissen verschafft Ordnung in das lose Mosaik der Ereignisse. "Die meisten Industriebetriebe können aus Energiemangel mit maximal 60% ihrer Kapazität fahren. Der Petrochemie-Konzern in Abadan, Flaggschiff der persischen Industrie, mußte die Produktion in ganzen Werken einstellen. Die Arak-Aluminium-Fabrik, die einzige des Landes, verzeichnete zwischen März 1976 und März 1977 insgesamt 760 Stromausfälle von zusammen 33.000 Minuten: Die Produktion fiel auf 46% des Ausstoßes von 1964. Die Energielücke wird auf 600 Megawatt geschätzt – mit wachsender Tendenz." (SPIEGEL vom 15.8.77). So verursachten eine Reihe von Fehlkalkulationen, Nicht-Erfüllung längst proklamierter Ziele und die diktatorische Ordnung des Regimes gewisse Widerstände eines Teils der einheimischen Bourgeoisie. Diese Bourgeoisie ist zwar an der Wirtschaft des Landes mit den dazugehörigen Risiken beteiligt, hat jedoch keinen Anteil an der politischen Macht.

Die heutige Bourgeoisie Irans, die nicht das Produkt sozialer Kämpfe ist, sondern mit dem Eindringen des imperialistischen Kapitals sich herausbildete, mußte und muß noch heute ihre politische Führung dem Diktator Schah überlassen. Aber die Logik des Kapitals führte trotzdem zu einer Weiterentwicklung der iranischen Bourgeoisie. Diese Entwicklung brachte sie in Konflikte mit dem Schahregime. Einerseits ist die Schah-Diktatur der Geburtshelfer und der einzige politische Garant des iranischen Kapitalismus, andererseits hemmt dieses Regime gerade auf Grund seiner Diktatur und durch die hohe Konzentration des Kapitals in den Händen des Schah-Clans seine Weiterentwicklung.

Weshalb kam es nun zum Sturz der Regierung Hoveida? Die Stromknappheit gab nur den formalen Ausschlag. Die Regierung Hoveida mußte für alles herhalten, was vorher im Namen seiner Majestät geschehen war. Die iranische Bourgeoisie, die keine gesellschaftliche Massenbasis hat, mußte bekannte politische Personen als ihre Sprecher wählen, die dank einer längst vergilbten Vergangenheit, durch ihren Einsatz in den Jahren 1951-53 als Vertreter der damaligen Bourgeoisie in der Öffentlichkeit bekannt sind. Auch hier tritt die Unzulänglichkeit der einheimischen Bourgeoisie zu Tage, die das Fehlen jeglicher Organisation und von ihr bestimmter Öffentlichkeit durch das Ergreifen von längst gebrochenen Strohhalmen kompensieren muß. Eine derart verkrüppelte Bourgeoisie kann nur "ihre Rechte" von dem Schah erbetteln und ist weit davon entfernt, für ihre Rechte zu kämpfen und eine Liberalisierung der ganzen Gesellschaft durchzusetzen. Bei diesem Versuch, "ihre Rechte" zu erbetteln, ist die Bourgeoisie von Kreisen der westlichen Bourgeoisie, insbesondere der Fraktion um den amerikanischen Präsidenten Carter, ermuntert worden. Auf all dies reagierte der Schah auf seine Art. Auf Druck dieser ausländischen "liberalen" Bourgeoisie, die soviel über die Menschenrechte gesprochen hat, entließ der Schah auf der einen Seite Hunderte politischer Häftlinge aus seinen Kerkern, auf der anderen Seite verschärfte er die Terrormaßnahmen in einem noch nicht dagewesenen Ausmaß. Ein neues Gesetz bestimmt, daß die Militärgerichte für politische Prozesse nicht mehr zuständig sind. Aber nun werden Häftlinge ohne jeglichen Prozeß kurzerhand ermordet.

In seiner Rede, die er aus Anlaß des Regierungswechsels hielt, fügte der Schah zwei weitere Punkte zu seiner Operetten-Revolution hinzu. Er holte gleichzeitig gegen die iranische Nationalfront und ihren Vertreter Mossadegh, aber auch gegen die Tudeh-Partei aus und stempelte die beiden Träger der sozialen Bewegung in den Jahren vor dem Putsch von 1953 als "Handlanger fremder Mächte" ab. Zugleich drohte er, die Armee in der Produktion einzusetzen. Die Wahl des neuen Premierministers Amuzegar paßt nahtlos in dieses Konzept der liberalen Beschwichtigung durch den Rausschmiß des Sündenbocks Hoveida bei gleichzeitiger Straffung der despotischen Herrschaftsstruktur. Amuzegar ist ebenfalls ein Mann von "law and order". Er organisiert die Wirtschaft auf Kosten der sozialen Leistungen straffer.

IRAN-GRUPPE

★

Jetzt kostenlos kennenlernen:

blätter des iz3w

blätter des informationszentrums dritte welt

Themen der letzten Nummern waren:

+ Produktionsverlagerung und Arbeitslosigkeit in der BRD + Außenpolitik der VR China + UNCTAD IV – Veränderung für die Dritte Welt? + Das neue Weltbankprogramm + Nestle - Babykiller + Afrikanische Entwicklungsmodelle + Arbeitsaufenthalt auf Kuba + Pressekampagne gegen Kampuchea + Frauen in der Dritten Welt + Aufbau in kürzlich befreiten Ländern + Ökonomischer Völkermord in Chile + Aktionen: Dritte Welt Handel + Tansania: Bürokratie behindert sozialistische Entwicklung + Dritte Welt im Spiegel der Massenmedien + Unterdrückung der Indios in Südamerika + Malaysia: Kampf um Wohnraum + Medizin in der 3. Welt + Probleme landwirtschaftlicher Entwicklung.

Die in 8 Ausgaben pro Jahr erscheinende Zeitschrift
+ berichtet über die Lage der 3. Welt, die Ursachen ihrer „Unterentwicklung" und über den Widerstand der unterdrückten Völker und Nationen
+ gibt Aufschluß über den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur hier und dem Elend der Massen in der Dritten Welt
+ beleuchtet die „Entwicklungshilfe", ihre Hintergründe und Auswirkungen
+ setzt sich mit den Vorstellungen der bürgerlichen Entwicklungsländertheorie und -politik auseinander
+ berichtet über den Befreiungskampf der Völker in der 3. Welt und den Aufbau unabhängiger, fortschrittlicher Staaten
+ will zu praktischer Solidarität mit dem Kampf der 3. Welt um Freiheit und Unabhängigkeit anregen
+ gibt Hinweise und Erfahrungsberichte aus der Solidaritätsarbeit

Jahresabonnement bei 8 Nummern mit 40 - 60 Seiten: DM 28,– /öS 200,–/Sfr 28,80 (für Studenten, Zivildienstleistende und andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–/öS 140,–/Sfr 20,40).

Informationszentrum Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg
Tel. 0761 / 7 4003

Probeexemplar anfordern!

Fordern Sie bitte sofort ein kostenloses Probeheft an.

Von der ökonomischen zur politischen Krise

Joachim Hirsch/
Roland Roth

Perspektiven der Entwicklung des Parteiensystems in der BRD

Parteien als Staatsapparate

Im Gefüge unserer "staatstragenden" Parteien knirscht es immer vernehmlicher. Der Frage, welche Partei gerade die zerstrittenste sei, gilt seit einiger Zeit das bevorzugte Interesse der Demoskopen. In der Tat wird allmählich offenkundig, daß die ökonomische Krise nun doch auf das politische System durchzuschlagen beginnt. Das reibungslose Funktionieren des bundesrepublikanischen Zweieinhalbparteiensystems und die – durch einen aufgerüsteten Repressionsapparat abgesicherte – "Stabilität" der politischen Verhältnisse stehen nicht mehr außer Frage. Nur ist es nicht eine gegen den bürgerlichen Herrschaftsapparat gerichtete politische Massenbewegung, die diese Entwicklung verursacht. Eher verrottet das etablierte Massenintegrationssystem an seinen inneren Widersprüchen, und die politischen Perspektiven, die dieser Prozeß eröffnet, sind alles andere als eindeutig.

Die Mannheimer SPD-Eintracht ist endgültig vorüber. Auf dem letzten Parteitag im Herbst 1975 hatten die Delegierten mit großer Mehrheit die Krisenpolitik der Schmidt-Regierung gestützt und damit innerparteilich die Bedingungen für den knappen Sieg bei den Bundestagswahlen 1976 geschaffen. Seitdem verlor die SPD bei Landtags- und Kommunalwahlen; ein Teil der Stammwähler ging nicht mehr zur Urne. 1972 hinzugewonnene Wählerschichten wanderten wieder ab. In den Rathäusern der größeren Städte verschärften sich die innerparteilichen Gegensätze; eine rechte Riege sozialdemokratischer Kommunalpolitiker traf sich zunächst im "Fritz-Erler-Kreis", und ein Teil gründete schließlich die "Soziale Demokratische Union". Spenden- und Korruptionsaffären begleiteten den Zerfall sozialdemokratischer Machtposition und beschleunigten ihn. Die Disziplinierung der Jungsozialisten, der spektakuläre Rückzug Steffens aus den SPD-Führungsgremien und der Rausschmiß Benneters sind weitere Anzeichen für einen fortschreitenden inneren Zersetzungsprozeß der Sozialdemokratischen Partei.

Während bei der SPD – trotz aller organisatorischer Stabilität – die politische Identität der Partei weiter ausfranst, prägt sich bei der CDU/CSU eine allzeit konfliktträchtige Polarisierung zwischen dem Kohl/Geissler- und dem Strauß/Dregger-Flügel aus, die nach Kreuth durch noch so bemühte Einheitsbezeugungen und Formelkompromisse nicht mehr verdeckt werden kann. Das Lavieren der CDU bei der Verabschiedung des "Sozialpakets" im Bundesrat und die inneren Querelen um mögliche Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit haben deutlich gemacht, daß die Unionsparteien heute weniger denn je in entscheidenden Fragen zu einer einheitlichen Politik in der Lage sind.

Selbst die FDP, die von derartigen Krisenerscheinungen zunächst verschont schien, wird inzwischen von dem programmatischen Konflikt zwischen dem ordoliberalen Unternehmerflügel und reformkapitalistischen Kräften geschüttelt – ein Konflikt, der durch Friderichs plötzlichen Abgang sicher nicht beigelegt ist. Allenthalben ist der Abbau führender Köpfe im Gange. Animositäten, Verdächtigungen und Denunziationen füllen die politischen Klatschspalten. Schien die Bonner Regierungspolitik – trotz Rentnerbetrug – von derlei Kränkeleien zunächst unberührt und sah es so aus, als würde die Unterordnung der Fraktionen unter die Regierungspolitik reibungslos gelingen, so hat sich nun auch dies geändert. Mit der

Disziplinierung jener Handvoll Abgeordneten, die den jüngsten Steuergeschenken an das "große Geld" nicht zustimmen wollten, der öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Brandt und Wehner, dem Zerwürfnis zwischen Schmidt und dessen Adlatus Apel ist auch das sozialdemokratische Machtzentrum in die Krise einbezogen.

Daß interne Konflikte und Fraktionierungen immer mehr die Parteienlandschaft bestimmen, ist allerdings nicht so zu interpretieren, als würden hier in der Bevölkerungsbasis verankerte Interessengegensätze angesichts einer zum Permanenzzustand gewordenen Wirtschaftskrise zusammenprallen, als seien die verschiedenen "linken" und "rechten" Flügelbildungen Ausdruck von in die Parteiapparate hineinragenden sozialen und politischen Bewegungen. Ein Hauptmerkmal des vorhandenen Parteiensystems ist ja gerade seine weitgehende Abkapselung gegenüber realen Bewegungen und sozialen Konflikten.

Deshalb sind diese parteiinternen Prozesse eher Ausdruck eines taktischen Lavierens abgehobener Parlamentarier und Berufspolitiker angesichts einer kaum mehr kalkulierbaren oder gar steuerbaren ökonomisch-sozialen Entwicklung. Ohne Aussicht auf einen baldigen ökonomischen Aufschwung und Vollbeschäftigung entfällt nicht nur die Grundlage für die bisher praktizierten Massenintegrationsstrategien, sondern durch die weitgehende Abkopplung von seiner sozialen Basis kommt das System der "Volksparteien" als Ganzes in Schwierigkeiten. Was in der Krise ist, sind nicht einzelne Parteien, sondern der ganze bisher halbwegs funktionierende Modus der Massenintegration. (Vgl. dazu auch Joachim Hirsch, Krise der Massenintegration, „links" Nr. 81, Oktober 1976.)

„Alles Gute von oben" oder: Wie hält man die Wähler bei der Stange?

Bei allen Umfragen über die Einstellung der Bevölkerung zu den Bundestagsparteien ist ein Ergebnis besonders bemerkenswert: die rapide nachlassende Wertschätzung der Parteien überhaupt. Die aus Bonn immer häufiger zu hörenden Unkenrufe über "mangelndes Vertrauen" der "Bürger" zu "ihren" Parteien, wachsende "Staatsverdrossenheit" u.a.m. sind keineswegs aus der Luft gegriffen. Allerdings: dies ist sicher kein momentaner Stimmungsumschwung, sondern eher eine logische Konsequenz der Strukturveränderung des Parteiensystems seit dem Ende der 50er Jahre.

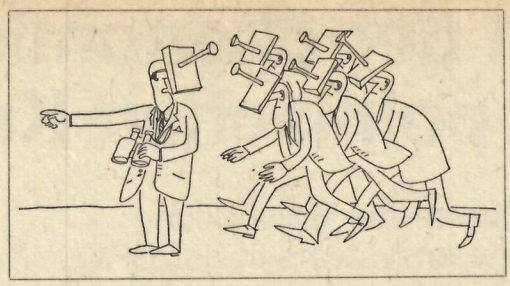
Daß wir ein System von "Volksparteien" haben, bedeutet mehr als nur Profillosigkeit und Realitätsverlust auf programmatischer Ebene. Parteien, deren Funktion es ist, antagonistische soziale Gegensätze durch interne Kleinarbeitung auf taktische Politikvarianten herunterzutransformieren, benötigen dazu eine besondere innere Struktur: sie bilden sich tendenziell zu bürokratisierten Apparateparteien um, zu Maschinen parlamentarischer Mehrheitsgewinnung, wobei die Wahlunterstützung nicht aus der stabilen Verankerung in sozialen Gruppierungen und Milieus folgt, sondern aus einer taktischen Mobilisierung disparater "Adressatengruppen". D. h. sie müssen versuchen, gesellschaftliche Fraktionierungen und Spaltungen quer zu den Klassenlinien auszunutzen und damit zugleich ideologisch zu befestigen.

Die häufig registrierten Trends zu Personalisierung, die Übermacht der bürokratischen Apparate, das Einfrieren innerparteilicher "Willensbildung" und Diskussion, die Verarmung des "Parteilebens" sind Ausdruck dieser Strukturveränderung. Am deutlichsten läßt sich diese Entkopplung der Parteiapparate von einer spezifischen sozialen Basis an der Veränderung der Mitgliederstruktur der SPD erkennen. Von 1952 bis 1975 ist der Anteil der Arbeiter von 45 auf knapp 28% zurückgegangen, während der Anteil der Angestellten und Beamten von 22 auf über 33% zugenommen hat. Als Apparat ist die SPD heute eine Beamten- und (sehr wesentlich Staats-)Angestelltenpartei, was aber nicht heißt, daß sie gleichzeitig eine reale Interessenpartei dieser Gruppen wäre. Eine Folge dieser Entwicklung ist, daß interne Parteiauseinandersetzungen mehr und mehr zu von der Mitgliederbasis abgehobenen und damit im Kern taktischen Konflikten zwischen Funktionärs- und Apparat-Aktivistengruppen werden.

Dieser Tendenz der Entkoppelung von Parteiapparat und Wähler/Mitgliederbasis steht allerdings entgegen, daß beide großen Parteien (nicht so sehr die FDP) immer noch über einen zwar weitgehend passiven, aber dennoch stabilen und vor allem sozialstrukturell fixierten Wahlanhängerkern verfügen: die SPD ist der bevorzugte Wahladressat vor allem der gewerkschaftlich gebundenen, protestantischen Arbeiter, während die Selbständigen und Bauern die stabile Gefolgschaft der CDU/CSU bilden. M.a.W.: auch die Herausbildung der "Volks"-Apparateparteien spiegelt in gewisser Weise die reale Klassenstruktur der Gesellschaft. Dieser Widerspruch schränkt zunächst den politik- und wahltaktischen Bewegungsspielraum der Parteien ein. Angesichts der zahlenmäßigen Bedeutung der "Lohnabhängigen", also der Arbeiter und kleinen Angestellten/Beamten, müssen beide großen Parteien zumindest Teile dieser sozialen Gruppe für sich zu mobilisieren suchen, um mehrheitsfähig zu werden. Von ihrer Kernanhängerschaft aus gesehen, ist sozusagen die SPD eine "Arbeiterpartei wider Willen", die CDU/CSU eine "Auch"-Arbeiterpartei aus Not. D. h. beide Parteien müssen versuchen, mit ihrer Politik ihre Kernanhängerschaft nicht völlig vor den Kopf zu stoßen und gleichzeitig parteimäßig weniger fest verankerte soziale Gruppen für sich zu mobilisieren. Dies betrifft vor allem die sozialen Gruppen, deren ökonomische Lage und ideologische Bindung widersprüchlich ist: katholische, gewerkschaftlich nicht organisierte und nicht in traditionellen sozialdemokratischen Milieus lebende Arbeiter und (vor allem auch katholische) kleinere Beamten und Angestellte.

Vor diesem Hintergrund müssen die rivalisierenden strategischen Konzepte zur Herstellung von "Massenintegration" gesehen und beurteilt werden, die gegenwärtig die Konflikte zwischen, aber notwendigerweise auch innerhalb der Parteien bestimmen:

- Das (dem Anspruch nach) "reformistische" Konzept systemmodifizierender Reformen vor allem des linken SPD-Flügels, das mangels Verankerung in einer relevanten gesellschaftlichen Basis wesentlich immer nur ideologische und ideologisch integrierende Wirkung entfalten konnte, aber nie die reale Politik der "Partei in der Regierung" bestimmte;
- Eine quasi "reformtaktische" Strategie, mit der – solange es die ökonomischen Bedingungen gestattet haben – versucht wurde, partiell noch auf reale Massenbedürfnisse einzugehen, vor allem eine auf Facharbeiter und Beamte/Angestellte gezielte Politik selektiver Interessenwahrnehmung zu betreiben und dabei mit den Gewerkschaftsbürokratien zu kooperieren. Mit der Zerstörung ihrer materiellen Basis durch die ökonomische Krise degenerierte diese Politik immer stärker zu einer propagandistischen Veranstaltung, welche reale "Reformen" auf bessere Zeiten vertagt und eine begriffslose Verteidigung des sozialen status quo vorspiegelt, gleichzeitig dessen faktische Aushöhlung durch die Ausgrenzung von "Randgruppen" (Arbeitslose, Rentner, Jugendliche, ausländische Arbeiter, Sozialhilfeempfänger usw.) betreibt, ohne daß die so zunehmend Marginalisierten bisher nennenswerten Widerstand gegen den staatlichen Zwangsapparat und die Sozialbürokratie entwickeln konnten. Immerhin thematisiert diese Politik mit den aufrechterhaltenen verbalen Ansprüchen aber immer noch die Notwendigkeit materieller Verbesserungen, das Vorhandensein von Not und Depravierung und bietet damit eine nicht ganz abschottbare Einbruchstelle für materielle Interessen in die politischen Prozesse. Dies kennzeichnet die Politik der Mehrheits-SPD, seit sie an der Regierung ist, mit gewissen Modifikationen aber auch die des sozialkonservativen Flügels der CDU (Geissler, Blüm) und der "neuen" F.D.P.;
- Schließlich ein offen reaktionärer Kurs konzessionsloser Kapitalsanierung und bürgerlicher Herr-



schaftssicherung, der bei CSU und rechter CDU auf eine Konfrontation mit der organisierten Arbeiterbewegung in Gestalt der Gewerkschaften abzielt und vor allem mit den Mitteln reaktionärer ideologischer Polarisierung arbeitet, freilich noch ohne Ansätze zur Schaffung einer realen rechten Massenbewegung, aber mit starker ideologischer Verankerung im gesamten Parteienspektrum. Innerhalb der SPD nimmt dieser Kurs die Gestalt eines autoritär korporativistischen "Modell Deutschlands" an, das sich seiner durch Staatsgewalt garantierten Sozialbefriedung in Krisenzeiten rühmt, ohne die formellen parlamentarischen und sozialpartnerschaftlichen Strukturen wesentlich zu verändern.

Widersprüchliche Strategien

Die ökonomische Krise, die 1973 offen ausgebrochen ist, hat die materielle Basis des bis dahin bestimmenden reformtaktischen Kurses weitgehend untergraben und damit die Auseinandersetzungen über einzuschlagende Massenintegrationsstrategien innerhalb und zwischen den Parteien bis an den Punkt der Parteispaltung vorangetrieben. Dabei ist wesentlich, daß dieser Konflikt in je spezifischer Ausformung alle Parteien durchzieht. Die SPD ist zu einer offenen Kapitalsanierungspolitik übergegangen, unternimmt aber immer noch den Versuch, diese als Grundlage späterer "Reformen" und als Voraussetzung zur Erhaltung eines wenn auch löchriger werdenden "Netzes der sozialen Sicherung" plausibel zu machen, was solange Erfolgsaussichten hat, wie die Gewerkschaftsbürokratien diesen Weg innerorganisatorisch durchsetzen können und die ökonomischen Einbrüche sich in Grenzen halten. Das Bestreben, sich als das "kleinere Übel" zu verkaufen, zwingt die SPD aber dazu, die inner- und außerparteiliche Kritik am Aufgeben der Reformpolitik und die Ansätze zu einer autonomen Interessendurchsetzung von der "Basis" her mit einem wachsenden Arsenal repressiver Mittel zu unterbinden. Dies wiederum stärkt die Tendenz zu einer endgültigen Umformung der Partei von einer noch halbwegs offenen "Reformpartei" zu einem autoritär-etatistischen Apparat, die durch innere Disziplinierungen vorangetrieben und mit Hilfe des repressiven Staatsapparats von außen her abgesichert werden soll. Mit dieser Entwicklung konnte die SPD freilich nicht verhindern, daß weniger traditionell parteitreue Wähler (vor allem aus dem Bereich der gewerkschaftlich nicht gebundenen, katholischen Arbeiter und der Angestellten/Beamten) abgewandert sind – ein Prozeß, den sie durch die von ihr selbst mitgetragenen Politik der konservativen Re-Ideologisierung zusätzlich vorangetrieben hat.

In der CDU/CSU brach dagegen nach der knapp verlorenen Bundestagswahl 1976 der Konflikt zwischen den Anhängern eines sozialkonservativen Reformtaktikkurses und einer offen reaktionär-autoritären Politik offen aus. Die letzteren setzen immer deutlicher auf eine Strategie, die darauf abzielt, Teile der Arbeiter und Angestellten/Beamten in eine rechte ideologische Front einzubinden. Nachdem die Spaltung von Kreuth noch einmal oberflächlich gekittet werden konnte, ist der Konflikt über den sozialpolitischen Kurs der Partei wieder offen ausgebrochen und hat sie in ihrer Oppositionsrolle geschwächt. Die Straußsche Polemik, der sozialkonservative Flügel der CDU imitiere alternativlos die sozialliberale Regierungs-

Agnes Heller
Instinkt, Agression, Charakter
Einleitung zu einer marxistischen Sozialanthropologie
176 Seiten; Paperback; DM 13,80
(ISBN 3-87975-124-2)

Shingo Shibata
Revolution in der Philosophie
Der praktische Materialismus und seine Aufhebung
176 Seiten; Paperback; DM 13,80
(ISBN 3-87975-125-0)

Manuel Castells
Die kapitalistische Stadt
Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung; 384 Seiten; DM 36,–
(ISBN 3-87975-067-x)

Bruno Taut
Architekturlehre
Grundlagen, Theorie und Kritik aus der Sicht eines sozialistischen Architekten
200 Seiten; Paperback; DM 18,–
(ISBN 3-87975-112-9)

Roland Günter
Fotografie als Waffe
Geschichte der sozialdokumentarischen Fotografie; 184 Seiten; Paperback (mit zahlreichen Fotos); DM 16,80 (ISBN 3-87975-128-5)

Reihe
Positionen der Sozialisten

Positionen der Sozialisten **1**
M. Charzat, G. Toutain, J.-P. Chevènement
CERES – Strategien für den Sozialismus
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Positionen der Sozialisten **2**
Kommunalpolitik
Beiträge aus der Sozialistischen Partei Frankreichs
160 Seiten; Paperback; DM 14,80

Positionen der Sozialisten **3**
Sozialisten, Kommunisten und der Staat
Über Hegemonie, Pluralismus und sozialistische Demokratie
192 Seiten; Paperback; DM 14,80

Santiago Carrillo
„Eurokommunismus" und Staat
180 Seiten; Paperback; DM 12,–
(ISBN 3-87975-118-8)

Jean Elleinstein
P.C.F.
Parti communiste français
160 Seiten; Paperback; DM 14,80
(ISBN 3-87975-119-6)

Jean Elleinstein
Geschichte des „Stalinismus"
228 Seiten; Paperback; DM 16,80
(ISBN 3-87975-102-1)

Carla Ravaioli
Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung
Feminismus und die KPI
ca. 192 Seiten; Paperback; DM 16,–
(ISBN 3-87975-120-x)

Luciano Gruppi
GRAMSCI
Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats
176 Seiten; Paperback; DM 14,80
(ISBN 3-87975-110-2)

VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26
Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

politik, war so falsch nicht: in der Tat liegt hier ein durchaus ähnliches und nur graduell modifiziertes Konzept zur Massenintegration vor; und die "Führungsschwäche" von Kohl hat (relativ unabhängig von vorhandenen oder nicht vorhandenen persönlichen Qualitäten) ihren wirklichen Grund in der politikstrategischen Spaltung, die die CDU selber durchzieht.

Entwicklungslinien des politischen Apparats

Trotz der Krisensymptome im politischen System scheint uns eine Fortsetzung der reformtaktischen, auf die Sicherung des "sozialen status quo" ideologisch verpflichteten politischen Linie derzeit noch als die wahrscheinlichste Entwicklungsrichtung. Dies könnte in verschiedenen Varianten geschehen: Fortsetzung der sozialliberalen Koalition, Zusammengehen einer sozialkonservativ stabilisierten CDU/CSU mit der F.D.P oder – weniger wahrscheinlich – eine Neuauflage der Großen Koalition. Die Grundlinien dieser Politik, die bereits heute von einer faktisch weitgehend vorhandenen Allparteienkoalition im Bundestag praktiziert wird, sind bekannt: Umschichtung des Staatshaushalts zugunsten von Sanierungshilfen für das Kapital (Investitionshilfen, Steuervergünstigungen etc.), Abbau von Sozialleistungen, was zur Verschlechterung der Lebensbedingungen bzw. zur Erzeugung von gesellschaftlichen "Randgruppen" führt, (Jugendliche, Rentner, Arbeitslose, ausländische Arbeiter usw.) und präventiver Ausbau des staatlichen Gewaltapparats, begleitet von einer beängstigenden Aushöhlung politischer Freiheitsrechte. Stabilität und Durchsetzung dieser Krisenpolitik sind zumindest von zwei Bedingungen abhängig, die gegenwärtig noch gegeben sind:
Zum einen ist ein stillschweigender Sozialkontrakt mit den Gewerkschaften erforderlich, die in Tarifverhandlungen stagnierende bzw. reduzierte Reallöhne akzeptieren und – für die politische "Stabilität" viel bedeutsamer – nicht zu einer aktiven Gegenwehr gegen die Krisenfolgen (Arbeitslosigkeit, Rationalisierungen, verschärfte Arbeitshetze, verschlechterte Arbeitsbedingungen usw.) mobilisieren, sondern sich weitgehend mit Appellen an den Staat begnügen. Wenn auch in den Betrieben der Widerstand gegen die Krisenfolgen stärker geworden ist, so ist doch eine Umorientierung der gewerkschaftlichen Politik in absehbarer Zeit kaum zu erwarten. Zwar mehren sich in letzter Zeit selbst in den Vorstandsetagen der DGB-Gewerkschaften die Stimmen, die – oft in arbeitsteilig strategischer Absicht – etwas mehr Distanz von der "Mutterpartei" für sinnvoll halten: "Angesichts der ... zunehmenden sozialen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Konflikte müssen sich die Gewerkschaften aus ihrer politischen Selbstneutralisierung befreien und verstärkt eine autonome gesellschaftspolitische Position – orientiert an den realen Interessen der Arbeitnehmer – beziehen." (Werner Vitt, stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie und Mitglied des Parteivorstands der SPD, in "forum ds", Heft 3, 1977). Aber solche Äußerungen blieben bisher für die praktische Politik der Gewerkschaften ohne Bedeutung. Die darin enthaltene Zustandsbeschreibung "politischer Selbstneutralisierung" läßt jedoch auch wenig Hoffnung auf Veranderungen in der Gewerkschaftspolitik, wenn die Sozialdemokraten nicht mehr Regierungspartei sind.

Eine zweite zentrale Bedingung für die Fortsetzung der gegenwärtigen Krisenpolitik liegt in der Entwicklung der Akkumulationsbedingungen in der BRD selbst. Zwar rechnen Regierung, Gewerkschaften, Wirtschaftsforschungsinstitute und Unternehmerverbände mit einer Fortsetzung der stagnativen Tendenzen und eher steigenden Arbeitslosenzahlen, über die Millionengrenze, bis weit in die 80er Jahre hinein. Ob allerdings ein fast Nullwachstum eine realistische Annahme ist, bleibt abzuwarten. Es kann durchaus schlimmer kommen. Unsicherheit herrscht vor allem über die Auswirkungen der verstärkten protektionistischen Tendenzen auf dem Weltmarkt auf die extrem exportabhängige westdeutsche Wirtschaft. So setzte zwar Unternehmer-Sprecher Schleyer noch jüngst auf den Erfolg der reformtaktisch abgesicherten Kapitalsanierungsstrategie der Schmidt-Regierung (Spiegel-Interview, Heft 24/1977). Gleichzeitig werden aber auch die Stimmen lauter, die eine drastische Senkung der Reallohnquote für unabdingbar halten, um die Position des BRD-Kapitals auf dem Weltmarkt zu sichern und auszubauen (so der Sachverständigenrat, der die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung insgesamt unter Beschuß nahm). Sollte diese Einschätzung richtig sein, gerät die materielle Grundlage der reformtaktischen Krisenpolitik ins Wanken, denn staatliche Politik könnte sich nicht länger im wesentlichen auf eine Marginalisierung der Krisenfolgen beschränken, sondern müßte verstärkt auch Angriffe auf die Lebensbedingungen des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse politisch absegnen.

kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(10/1) **Ernst Bloch lebt weiter** – die Dokumentation enthält Grußworte und Interviews von und mit Ernst Bloch, die Reden anläßlich der Begräbnisfeier und der Kundgebung (u.a. von Walter Jens, Oskar Negt, Rudi Dutschke, Tübinger Studentenvertreter), sowie eine Zusammenstellung von Pressereaktionen. Die 150-seitige Dokumentation ist gegen Voreinsendung von DM 4,-- (Scheck/Briefmarken) über den AStA der Uni Tübingen, Wilhelmstr. 30, 74 Tübingen zu beziehen.
(10/2) Emanzipation – **die Zeitschrift homosexueller Gruppen** Nr. 4/77 enthält als Schwerpunktthema "Frauen und Schwule; 40 S./DM 2,-- Bezug: "emanzipation", Postfach 405048, 8000 München 40
(10/3) **Volksblatt aus Stuttgart** – die Nr. 10 ist da (und die Nr. 8/9 – Sozialistenkongreß – nochmal nachgedruckt). Gegen DM 1,50 in Briefmarken: Sozialistisches Zentrum, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1
(10/4) Der Metzger – **literarisches Alternativ-Magazin**, mit Beiträgen über AKWs in der DDR, Nazi-Nostalgie, Neutronenwaffe, Beamtendasein, Alternativfilm, David Cooper u.a. Für DM 2,-- (Briefmarken) bei Helmut Loeven, Finkenstr. 56, 41 Duisburg
(10/5) **"Thesen zur Einschüchterung"** – ein Vortrag von Peter Brückner als Broschüre für DM 1,20 (Briefmarken) bei Helmut Loeven, Finkenstr. 56, 41 Duisburg zu erhalten
(10/6) **Neuer Psycho-Rundbrief Nr. 5**, 76 S. u.a. Psychiatrie-Streit in Frankfurt, Kontakt in Krisen, Kündigung der Free-Clinic. Erhältlich gegen DM 2.-- in Briefmarken bei AG SPAK, Elsässerstr. 9, 8000 München 80
(10/7) **Zur alternativen Ökonomie Band II** soeben erschienen, 260 S. u.a.: "Alternative und Ökonomie", Geschichte der alternativen Ökonomie, Arbeitslosenselbsthilfen und andere Modelle, Theorie-Diskussion-Praxis; DM 13,-- plus Versandkosten bei: AG SPAK, Publikationen, Friesenstr. 13, 1000 Berlin 61
(10/8) **AKW-Materialien:**
a) **AKW-Pressesammelband**, 260 S./DM 8,-- und eine zusammenfassende Informationsschrift zu Atomkraftwerken, Bürgerinitiativen, Staatsmacht, DM 4,50 – beides gegen Voreinsendung des Betrages in Briefmarken/Scheck erhältlich bei der ESG-Geschäftsstelle, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/281034;
b) Aufkleber: **Schnelle Brüter – Schnelle Töter** (verschiedene Ausführungen) und andere Materialien, erarbeitet von der BU Dortmund, vertrieben von der SOZUN-Druckerei, Jürgen Heinze, 46 Dortmund, Ruhrallee 62, Tel. 0231/104708
(10/9) **Dokumente einer Zerstörung von Alt-Saarbrücken**, ein Komplex von ca. 50 Wohnungen, Läden und Kneipen durch die Kreissparkasse, herausgegeben von den Jusos Alt-Saarbrücken. Gegen Voreinsendung von DM 1,10 (Briefmarken) bei Sabine Emrich-Öltmanns, Spichererbergstr. 106, 66 Saarbrücken zu beziehen
(10/10) **Rundbrief Nr. 4 des Arbeitsfeld Kirche im SB** enthält u.a. 30 Jahre Darmstädter Wort, Protokoll des Arbeitsfeldtreffens, Kirchentagsbericht, Christen in der Arbeiterbewegung, Stromrechnungsboykott. Bezug: Arbeitsfeld Kirche c/o Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1
(10/11) **Studentenzeitschrift Denkzettel Nr. 1** soeben erschienen und enthält als Schwerpunktthema "Kirche und Kernkraft", Berichte zum Kirchentag und 30 Jahre Darmstädter Wort. Bezug: "Denkzettel" c/o Hans Fett, Pestalozzistr. 1 a, 6301 Wismar
(10/12) Was uns betrifft Nr. 6 – **Zeitschrift für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende** enthält u.a. Wie kam Art. 4,3 GG zustande? Rüstung und Unterentwicklung, Thesen zum gewaltfreien Widerstand, Mahatma Gandhi. Bezug: WUB Geschäftsstelle Büro Schäufele, Vogelsangstr. 60, 7000 Stuttgart 1
(10/13) Gasmaske – **eine Jugendzeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche** – Nr. 2 enthält einen Beitrag über Konsum, Interview mit Max Willutzki (Filmemacher), Was sind Graswurzler?, Gedichte etc. Gegen Voreinsendung von DM -,80 bei Klaus Farin, Velsenstr. 20, 466 Gelsenkirchen-Buer zu beziehen.
(10/14) Karthäuser Bote – **Gefangenenzeitschrift** der JVA Koblenz, enthält Berichte zum Thema Öffentlichkeit und Knast, Drogen, Interessenvertretung im Knast etc. Bezug gegen Voreinsendung von DM -,80 bei Karthäuser Bote c/o JVA Postfach 904, 54 Koblenz 1
(10/15) **Erzieherzeitung Nr. 12** enthält Berichte zur aktuellen Situation im Erziehungs- und Sozialbereich, der 8. Landesfachschülerkonferenz, Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Fachschüler ect. Bezug: Redaktionskollektiv-EZ, Heinrich-Fuchs-Str. 3, 69 Heidelberg
(10/16) **Neuer Globus** – Kritische Zeitschrift für Geographen (und andere), Heft 2; Schwerpunktthema: Raum und Geschichte; Aufsätze: Gesellschaftliche Entwicklung und Determinanten ihrer räumlichen Differenzierung, Politökonomische und räumliche Aspekte der industriellen Revolution in England und Deutschland u.v.a. Bezug: Gegen Voreinsendung von DM 5,-- (Briefmarken/Scheck bei P. Koch, Ziegelhof 10, 44 Münster
(10/17) **Der Campesino Nr. 20** enthält als Schwerpunktthema: "US-Landarbeiter – Moderne Sklaven" und einen Bericht über Kritik-Projekte; Bezug: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V., Jebenstr. 1, 1000 Berlin 12
(10/18) Medico-report **"Kapverdische Inseln"** – Entwicklung mit Solidarität und eigener Kraft. Kostenloser Bezug: Medico-International, Homburger Landstr. 455, 6 Frankfurt 50
(10/19) Unterrichtseinheit **"Unterentwicklung und Entwicklungshilfe am Beispiel Brasiliens"** – Dokumentation, Auswertung und Selbstkritik einer UE, die in einer 9. Klasse/Gesamtschule durchgeführt wurde. 50 S./DIN A 4/DM 3,50 gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck bei: Informationsstelle Lateinamerika, Buschstr. 20, 53 Bonn
(10/20) **Adoleszenzkrise/Politisches Bewußtsein** – Examensarbeit (wieder vorhanden); DM 7,-- (inkl. Porto) Postscheck: Hamburg 345308-207, Frank Mehler, Wedekindstr. 4, 3 Hannover 1
(10/21) Buchladen Rote Straße in Göttingen, Rote Str. 10 bietet an: **Wygodski**, Geschichte einer großen Entdeckung EP 2,45/VP 3,50 und **Steiner**, Soziale Strukturveränderungen im modernen Kapitalismus EP 4,90/VP 7,00
(10/22) **Bauernblatt Nr. 6/77** enthält Berichte über Widerstandsaktionen von Bauern gegen Panzer, die Dokumentation der Bauern in Emlichheim, Alternative Energie etc. Bezug: Bauernblatt, Bahnhofstr. 30, 7031 Bondorf

FILM/THEATER/KULTUR

(10/23) **MEK-BILK** will mit Euch zusammen eine Tournee planen und durchführen. Wir sind eine **Rockgruppe** und machen **politische Lieder** zur alltäglichen Situation, allgemeine Zustände und unsere Gefühle. Eine erste Platte kommt im Oktober bei Trikont heraus. Nähere Informationen: Hammerstr. 38, 4 Düsseldorf, Tel. 0211/393216
(10/24) Videofilm über **Arbeit und Leben der Free-Clinic** und die Schwierigkeiten einer Selbsthilfegruppe. Die Kopie wird gegen Einsendung von DM 50.-- ausgeliehen, nach der Rücksendung gibt es wieder DM 40,-- zurück. F. C., Brunnengasse 18, 69 Heidelberg, Tel. 06221/28436
(10/25) **Liedermacher-Liste** – wir arbeiten daran und suchen noch jede Menge Informationen (auch alternative Kultur insgesamt); Gruppe Gegenkultur, SZ, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1
(10/26) **Medien gegen Atomkraftwerke:**
- **Atomenergie im Film** – Material für ein Seminar mit Filmographien und Filmtexten Bezug: ESG, Kniebisstr. 29, 7 Stuttgart 1
- **Bedrohen Kernkraftwerke unser Leben?** – Ein populärwissenschaftlicher Film über die biologischen Auswirkungen beim Betrieb von Atomkraftwerken, Bezug: ESG Stuttgart, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1
- **Ausstellung "Umweltfreundliche Energie"** (18 Stellwände zu folgenden Themen: Biogas, Sonnenenergie, Windenergie, Schafft Atomenergie Arbeitsplätze?, Energieersparnis, Liedertexte, Theaterstück, Puppentheater für Kinder, Dia-Vortrag. Die Ausstellung kostet lediglich die Transportkosten. Genauere Informationen (Rückporto beilegen) bei: Tiedecke/Heidelmann, Nr. 25, 3141 Barnstedt, Tel. 04134/7417 (zw. 19.00 und 20.00 Uhr. Die Ausstellung wurde von Deutschen und Dänen erarbeitet. Die Organisation ist der AG SPAK, Elsässerstr. 9, 8 München 80 übertragen worden

(10/27) **Kunst und Kultur des demokratischen Chile**. M. Jürgens/Th. Metscher haben den 150-seitigen Band in Zusammenarbeit mit der Vereinigung zur Förderung der demokratischen Kultur Chiles zusammengestellt. DM 13,80, Bezug: Verlag Atelier im Bauernhaus, In der Bredenau 5, 2802 Fischerhude
(10/28) **"Klüngelkerl-Poster Nr. 1 – Immer ein offenes Ohr"** – Karikatur "der Schnüffler und 13 Strophen zum bucklicht Männlein. DIN A 3/ DM 1.-- pro Ex. und ab 10 Ex. -.50 DM, Bezug: Gegen Voreinsendung in Briefmarken/Scheck bei Bücherstube Große Heimstr. 62, 46 Dortmund 1

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(10/29) Team eines Wohnheims für geistig Behinderte sucht **Logopäd(in)** ab 1.11.77 (Honorarkraft, 2 x 2,5 Std. pro Woche/pro Std. DM 25,--) Tel. 0611/504898
(10/30) **Sozialarbeiter/pädagoge(in)** im Anerkennungsjahr für die Obdachlosenarbeit gesucht. Rainer Schmitt, Tel. 0671/61580 (tagsüber) und am Abend 06742/376
(10/31) Suche **Zivildienststelle** im Raum Marburg/Gießen/Frankfurt oder in München ab 1.10./ 1.11.; Tätigkeit im (anti-)psychiatrischen Bereich, Jugendarbeit; Georg Vogel, Kastanienstr. 10, 3575 Kirchhain 1
(10/32) **Pädagogin**, 27 J., Magister-Ex. (Sozialpädagogik, Soziologie und Kriminologie) sucht Anfangsstelle, evtl. auch Praktikanten- oder Honorartätigkeit in den Bereichen: Offene Jugendarbeit, Heimerziehung, Resozialisierung, Gemeinwesenarbeit im Raum Bremen. Edith Hermann, Brunnengasse 20-24, 69 Heidelberg
(10/33) Wir – **Sozialarbeiterin und Dipl. Pädagoge** –, beide Praxiserfahrung, wollen von Berlin nach Bremen umziehen und suchen Stelle im Bereich der Jugendarbeit. Ursula Fröhlich c/o Birkholz, Tempelhofer Damm 139, 1 Berlin 42

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(10/34) **"links"-Lesertreffen in Karlsruhe und Pforzheim** geplant. Interessenten wenden sich an SZ/SB-Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1
(10/35) In **Heibronn** hat sich eine SZ-Initiative gebildet. Wer zu den Sitzungen eingeladen werden will, wende sich an das SZ/SB-Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1
(10/36) Wir – Sozialarbeiterin und Pädagoge – suchen ab November eine **Wohnmöglichkeit** in Bremen. Uschi Fröhlich, c/o Birkholz, Tempelhofer Damm 139, 1 Berlin 42
(10/37) Referendarin sucht Zimmer in **Wohngemeinschaft** in Essen. Gisela 06421/26510
(10/38) Suchen **Haus** ohne gr. formale Auflagen **für Sommerfreizeit 1978** mit Kindern aus sozialen Brennpunkten. AWO-Bielefeld, Abt. soz. Rehab., Arndtstr. 8, 48 Bielefeld 1
(10/39) Genosse/Genossin (34/33) im 1. Lehrerstaatsexamen, wollen **zwei zusammenhängende Zimmer** (20 und 10 qm/separater Aufgang möglich) in ihrer Wohnung vermieten. Genoss(in)e auch mit Kleinkind willkommen. Berlin 30 (Nähe Wittenbergplatz) Tel. 030/2138173
(10/40) Frau (26) und Mann (30) suchen **Wohngemeinschaft** und Kontakt zu **Alternativprojekten** (Bildungs-/Sozialarbeit) im Raum Kassel. Zuschriften unter Chiffre 10/40 an Sozialistisches Büro

MATERIALIEN GESUCHT

- Thema: Okzitanien (historisch u. aktuell) und Regionalismus, Axel Deprins, Alteburgstr. 13, 741 Reutlingen
- Thema: Gemeinwesenarbeit in Trabantenstädten, Karl Peter Hubbertz, Rüschhausweg 186, 44 Münster
- Thema: Alternative Zeitungsprojekte, bes. Volksblattinitiativen im Ruhrgebiet, Joachim Posanski, Rolandstr. 20 a, 463 Bochum 7
- Thema: Schwierigkeiten von Initiativgruppen im Sozialbereich, Rudi Amannsberger, Leonhardiweg 50, 8 München 82

TERMINE

- 3.-8. Oktober: **2. Sommeruniversität**; Thema: Bezahlte und unbezahlte Arbeit, Inform. Hanna Zidella, Kantstr. 125, 1 Berlin 12
- 8.-10. Oktober: **Alternativpressetreffen** in Berlin; Inf./Anfragen: "radikal", Gustav-Müller-Str. 45, 1 Berlin 62, Tel. 030/7847887
- 10.-16. Oktober: **Gegenbuchmesse** im Theater am Turm in Frankfurt. Informationen: AGAV, Rainer Breuer, Postfach 1401, 55 Trier, Tel.0651/72263
- 14.-17, Oktober: **Treffen von Jugendwohngemeinschaften/Strafentlassenenwohngruppen.** Anmeldung: Elisabeth Glücks, Buldernweg 47, 44 Münster, Tel. 0251/75630
- Für Dezember vormerken: **Tagung für Filmfreunde und -macher.** Informationen über Carlo Sponti, Rohrbacher Str. 160, 69 Heidelberg

Die Auseinandersetzungen um Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und Lohnsteuersenkungen in der CDU/CSU zeigen, daß auch für die Unionsparteien die weitere ökonomische Entwicklung den neuralgischen Punkt für die weitere strategische Orientierung darstellt. Jedenfalls dürfte eine Stillhaltepolitik der Gewerkschaften bei noch stärkerem Druck auf die Reallöhne auf eine vehementere Opposition stoßen. Dies verweist darauf, daß neben der keinesfalls beruhigenden Perspektive einer Fortsetzung der gegenwärtigen "status-quo"-Politik auch noch andere Entwicklungen möglich sind, wofür die Verschärfung der ökonomischen Krise eine wesentliche, aber nicht einmal unbedingt notwendige Bedingung ist. Ein Zerfall bzw. eine grundsätzliche Umformung des gegenwärtig existierenden Parteienspektrums erscheint keineswegs mehr ausgeschlossen.

Schrittweise in den autoritären Staat

Hier ist zum einen an die schon zu Beginn der Krise entwickelten politischen Szenarios zu erinnern. Der Politikwissenschaftler Scharpf formulierte für die sozialdemokratische Partei 1974 einen Entwurf für eine "vorausschauende Krisenpolitik", deren politischer Kern in "gemeinsamen Planungseinrichtungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften" bestand. (Fritz W. Scharpf, Krisenpolitik, in: Thema: Wirtschaftspolitik, Materialien zum Orientierungsrahmen '85 der SPD, Bonn-Bad Godesberg 1974).
Auf diese sozialdemokratische Variante der korporativistischen "Formierten Gesellschaft" wurde zwar im Rahmen der offiziellen politischen Formeln der Sozialdemokratie kaum zurückgegriffen, aber nennenswerte Kritik hatte es schon damals in den eigenen Reihen nicht gegeben. Bei weiteren Wahlniederlagen und verschärfter Krisenhaftigkeit dürfte die ohnehin in der Sozialdemokratie vorhandene Bereitschaft zu korporativistischen Strategien sich noch weiter verstärken. Die dazu notwendige administrativ durchgesetzte innerparteiliche Formierung ist seit Jahren im Gange und hat mit den aktuellen Entwicklungen bei den Jungsozialisten einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Der schleichenden autoritären Formierung der SPD entspricht das Erstarken des rechten Flügels im Parteienspektrum. Zwar konnte Strauß seine Obstruktions- und Zusammenbruchsstrategie von Sonthofen (1974) nicht durchsetzen, die CSU-Fraktion mußte auch aufgrund innerparteilichen Widerstands ihren Beschluß von Kreuth, eine eigenständige Fraktionspolitik im Bundestag zu betreiben, zunächst zurücknehmen, und auch die Frage der Ausdehnung der CSU auf Bundesebene bzw. der sogenannten "Vierten Partei" ist verschoben, aber insgesamt haben wir mit einer erstarkten politischen Rechten zu rechnen, die bei einer weiteren Labilisierung der BRD-Verhältnisse schon bald die politische Richtung bestimmen könnte. Dies könnte mittels einer Durchsetzung des Dregger-Kurses in der CDU, der politisch-parlamentarischen Verselbständigung einer Formation CSU/4. Partei oder beidem geschehen.
Aber auch ohne eine Auflösung des existierenden Parteiengefüges ist mit einer weiteren autoritären Formierung des bundesrepublikanischen Herrschaftssystems zu rechnen, vor dessen Hintergrund die taktischen Winkelzüge auf der parlamentarischen Bühne nahezu bedeutungslos erscheinen. An zwei Punkten zeigt sich die faktische Herausbildung des autoritären Allparteienkartells während der "zweiten Restaurationsphase" besonders deutlich:

- **der Allparteienregierung in Sachen "innerer Sicherheit":** Ausbau und Verselbständigung des staatlichen Gewalt- und Kontrollapparats haben die Krise längst zur "Stunde der Exekutive" werden lassen; Parteipolitik hat damit den Status nachrangiger und nachzeitiger Legitimationsbeschaffung erhalten. Parteiprogramme und am deutlichsten die Wahlwerbung aller Bundestagsparteien haben zunehmend überparteilichen, "staatstragenden" und nationalistischen Charakter angenommen. Opposition gegen den permanenten Ausbau der exekutivischen Befugnisse bleibt weitgehend punktuell und erfolglos. In dieser Entwicklung zeigen und verstärken sich die autoritären Traditionsbestände der deutschen Geschichte, die in Staatsbürokratien, Justiz und Bundeswehr neuen Aufschwung erfahren haben – gegenwärtig am deutlichsten sichtbar in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das ungebrochen an preußischen Traditionsbeständen anknüpft (vgl. zuletzt das Kindergeld-Urteil).
Gegen die etatistische Aushöhlung der parlamentarischen Institutionen entwickelt sich in den Parteien kein Widerstand. Vielmehr setzen sich innerparteilich ganz ähnliche Tendenzen durch, die die Parteien zu quasi-staatlichen Institutionen haben werden lassen, wie u. a. an der Dominanz des Parteiapparats gegenüber Mitgliedern und Wählern, bürokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen und am Ausbau exekutivischer Gesinnungskontrolle und Ausschlußregelungen sichtbar wird. Die Parteien reproduzieren durch ihre Binnenstrukturen staatstreue und staatsfixierte Orientierungen, die gerade auch zu den Traditionsbeständen der Sozialdemokratie (Bewilligung der Kriegskredite 1914 usw. usw.) gehören; Gegen den einzigartigen Ausbau des staatlichen Gewaltapparates richten sich nicht einmal Zweifel.
- **der Sicherung und Ausbau der Positionen des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt:** Daß es sich dabei um einen Grundkonsens aller Bundestagsparteien handelt, belegen nicht nur die internationalen Anstrengungen der verschiedenen Parteien. Bei allen Unterschieden im Detail ist das Primat des imperialistisch abgestützten Wirtschaftswachstums überparteilich akzeptiert. Die Verbesserung der Akkumulationsbedingungen des westdeutschen Kapitals erfordert neben einer imperialistischen Strategie nach außen auch die staatliche Durchsetzung von Produktionsvoraussetzungen und Folgekosten im Innern, die eine neue soziale und politische Qualität aufweisen. Dies wird an den Auseinandersetzungen um natürliche und soziale Umwelt und die Energiepolitik am sinnfälligsten. Die strukturelle Gewalt bei der Schaffung dieser neuen Akkumulationsvoraussetzungen zur Überwindung der Krise hat ein Ausmaß erreicht, das eine geräuschlose Selbstlegitimation über entsprechende Konsumsteigerungen etc. immer unwahrscheinlicher werden läßt.

Die innerparteiliche Opposition ...

In der Auseinandersetzung mit diesen autoritativen Entwicklungsperspektiven stellt sich die Frage nach der Rolle der Gewerkschaften und der SPD-Linken. Auf die Entwicklung in den Gewerkschaften kann in diesem Beitrag nur am Rande eingegangen werden, aber ihre Konflikt- und Handlungsfähigkeit im Sinne von Widerstandsaktionen gegen die vorherrschenden gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen darf vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den letzten Krisenjahren nicht allzu optimistisch beurteilt werden.
Die Maßnahmen gegen Benneter und den Stamokap-Flügel der Jungsozialisten, die Opposition einiger SPD-Abgeordneter gegen die Vermögenssteuer-"reform" und – schon sehr viel bescheidener – gegen das Konjunkturprogramm –, sowie die Ausdehnung der Kernenergieopposition innerhalb der SPD haben die Frage nach der Stärke und den politischen Perspektiven des Reform- bzw. reformistischen Flügels wieder lauter werden lassen.
Noch im Januar 1977 verzeichnete die bürgerliche Presse ein "neues Aufbruchsgefühl" in der SPD-Linken (FR vom 26.1.77), die sich nach den Bundestagswahlen neue Artikulationsspielräume versprach. Diese Erwartung konnte sich auf die traditionelle innerparteiliche Arbeitsteilung stützen, die sich von einer Wiederbelebung des linken Parteiflügels (reformistische und reformistisch orientierte Kräfte um Jansen, Eppler, Matthiesen und das "reformistische Zentrum" der Jungsozialisten) eine Stabilisierung der Mitgliedschaft und eine Stärkung der Integrationskraft der Partei für die vom Schmidt-Kurs abgeschreckten Stammwähler erhoffte. Dieser Reformflügel äußerte sich in der Folgezeit auch öffentlich kritisch zur Krisenpolitik der Regierung, hielt am sozialen und reformerischen Profil der SPD fest und suchte verstärkt den Kontakt zu den Bürgerinitiativen. Er ist jedoch politisch außerordentlich diffus und zersplittert "in Technokraten, Technologiekritiker und Verstaatlichungsfetischisten" (Jochen Steffen), ist kaum in sozialen Bewegungen verankert und ohne breite politische Basis in der Partei, auch da, wo Vertreter dieses Flügels Vorsitzende von Landesverbänden sind.
Die SPD-Linke hat jedoch mit der Niederlage des "reformistischen Zentrums" bei den letzten Vorstandswahlen der Jungsozialisten und den nachfolgenden Auseinandersetzungen um Benneter eine Schlappe erlitten, deren längerfristige Auswirkungen noch nicht absehrbar sind. Die Jungsozialisten, deren Handlungs- und Konfliktfähigkeit für die Entwicklung reformistischer Positionen entscheidend ist, sind seit dem Benneter-Ausschluß von einem Abbröckelungs- und Zersetzungsprozeß betroffen, der die Handlungsfähigkeit der SPD-Linken auf Jahre hinaus schwächen könnte. "Aus den letzten Wochen wissen wir, daß nichts schlimmer ist, als einem schleichenden Exodus oder schleichenden Tod der Jusos, ohne einheitliche Gegenwehr, ausgeliefert zu sein." Was seit Benneters Absetzung "passiert ist, ist der von Teilen der Jusos mitprovozierte und von der Parteilinken tolerierte (teilweise wohl auch begrüßte) Versuch, die Hamburger Entscheidungen rückgängig zu machen. Daß der reformistische Parteiflügel, einschließlich einiger Juso-Bezirke, so weit gegangen ist, die Existenz der Arbeitsgemeinschaft aufs Spiel zu setzen bzw. das Abnabeln marxistischer Gruppierungen in Kauf zu nehmen, ist eine Tatsache, die auf Jahre hinaus unser Verhältnis zu diesem Flügel belasten muß" (Michael Pape, Vertreter des Hannoveraner Flügels im Juso-Bundesvorstand, in "Sozialist", Juni 1977). Daß ausgerechnet Peter von Oertzen, der 1973 mit seinen "Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland" noch ideologische Munition für die Ausgrenzung der Stamokap-Jusos geliefert hatte, es heute für notwendig hält, die Legitimität dieser Position innerhalb der Partei zu betonen, um weitere Ausschlüsse zu verhindern, deutet an, wie weit der Zerfall der Jusos als Richtungsorganisation in der Partei schon fortgeschritten ist.
Selbst wenn auf dem nächsten Juso-Bundeskongreß die Risse im Jugendverband gekittet werden können und sich die alte Vorstandsmehrheit wieder durchsetzen kann, dürfte es der SPD-Linken schwerfallen, die

M.E.K. BILK

Das M.E.K BILK will mit Euch zusammen eine Tournee planen und durchführen

Wir sind eine Rockgruppe, und machen politische Lieder. Sie stellen kein politisches Schulungs- oder Parteiprogramm dar. In ihnen beschreiben wir alltägliche Situationen, allgemeine Zustände und unsere Gefühle. Die Musik hilft uns dabei diese Inhalte besser auszudrücken.

Wir wollen mit unserem Programm nicht für eine bestimmte Zielgruppe spielen. M.E.K. BILK ist bisher überall da aufgetreten, wo die Leute uns hören wollten. Anschließende Diskussionen finden wir sehr wichtig, und machen sie gerne, wenn's möglich ist!

Wir haben jetzt mit dem TRIKONT VERLAG, München zusammen eine Platte gemacht.

Dort wird sie im Herbst dieses Jahres erscheinen. In dieser Zeit, etwa vom 15. Oktober-15. November wollen wir mit Euch zusammen eine Tournee durch die BRD planen und durchführen.
Da wir nichts mit einer Kommerzagentur zu tun haben wollen, brauchen wir Eure Hilfe.

Mit unserer gemeinsamen Kraft können wir Gegenöffentlichkeit herstellen. So lernen wir endlich nicht nur irgendwelche Veranstaltungen zu konsumieren, sondern unsere eigenen Veranstaltungen aufzubauen.

Helft uns dabei, wir schicken Euch dann nahere Informationen oder ruft einfach an. Wenn es geht möglichst bald.

Hammerstr. 38 4000 Düsseldorf Tel. 0211/ 39 32 16

mit dem Ende der Reformpolitik durch innerparteiliche Repression und politische Perspektivlosigkeit verlorene aktive Parteibasis wiederzugewinnen, die für eine glaubwürdige, in sozialen Bewegungen verankerte reformistische Strategie notwendig ist. Gegenwärtig dominiert daher auch eine verbalradikale, weitgehend unglaubwürdige Vorstands- und Funktionärspolitik, die sich als Retterin des Parteiprofils anbiedert und begrenzt toleriert wird: "Die Partei verliert ihr Gesicht, wenn sie unwidersprochen den sogenannten Rentenbetrug, das stille und schnelle Brüten der Regierung in der Frage der Schnellen Brüter und Koalitionskompromisse wie in der Frage der Vermögenssteuer-Senkung hinnimmt." (Günter Jansen, "Vorwärts", 25/77)

... und wie sie ausgetrickst wird

Da die politische Stärke der SPD-Linken letztlich von ihrer erst noch zu gewinnenden Konflikt- und Handlungsfähigkeit abhängt, sieht es um sie – akzeptiert man die skizzierten Entwicklungsperspektiven – eher düster aus. Solange die SPD an der Regierung beteiligt ist, blamiert die staatliche Politik ständig reformerische und reformistische Konzeptionen, wenn sie überhaupt die Fallstricke innerparteilicher Repressionen überwinden und öffentlich artikuliert werden. Selbst wenn es, wie im Falle des "Schnellen Brüters", gelingt, mit Fraktionsbeschlüssen Forderungen von sozialen Bewegungen aufzunehmen, trickst der zuständige Minister die "Genossen" aus. Was von der SPD-Linken unter gegenwärtigen Bedingungen ohne staatlichen Reformrückwind droht, sind teils unbeabsichtigte, teils berechnende Versuche, entstehende soziale Bewegungen für dumm zu verkaufen und zu schwächen, indem ihre Forderungen verbal aufgenommen werden, um sie der vorgegebenen Logik der staatlichen Politik anzupassen, d. h. zu opfern.

Als Paradebeispiel für diesen Politiktypus sei auf einen südhessischen Antrag zur Kernenergiepolitik für den kommenden Bundesparteitag verwiesen, der künftige Baugenehmigungen für neue Kernkraftwerke von ernsthaften Versorgungskrisen abhängig machen will. Der Antrag wird aber gleichzeitig mit der Behauptung lanciert, dies entspräche durchaus dem Konzept von Bundesforschungsminister Matthöfer. Der Zynismus dieses Integrationsversuchs wird überdeutlich, wenn man bedenkt, daß bisher alle Auseinandersetzungen um die Kernenergie von der Betreiberseite her mit dem Argument "ernsthafter Versorgungsschwierigkeiten" geführt wurden – nach dem Motto "Da gehen die Lichter aus" (Filbinger zu Wyhl).

Wer damit rechnet, daß bei weiteren Wahlniederlagen in der Sozialdemokratie die Stunde der Parteilinken schlagen könnte, sollte die historischen und strukturellen Dimensionen der Parteienkonkurrenz bedenken, die in der SPD immer zu Rechtsanpassungen geführt haben. In welche absurden Situationen dadurch die Parteilinke gerät und welche Rolle sie dabei spielt, kann ein Frankfurter Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit illustrieren. Seit der letzten Kommunalwahl stellt hier die CDU den Oberbürgermeister. Wie im Wahlkampf angekündigt, begann sie mit Mittelstreichungen im Kultur- und Sozialbereich, die verschiedenen Reformprojekten (Kitas – Kindertagesstätten mit einer besseren Betreuer/Kinder-Relation –, Ausbildungsamt der Stadt Frankfurt u.a.) und öffentlich bezuschußten, aber selbstverwalteten Projekten (Kinderbehandlungszentrum Preungesheim, psychiatrisches Zentrum, Spielstube, Club Voltaire etc.) den Garaus machen bzw. machen sollen. Nicht daß die frühere SPD-Stadtverwaltung diese Projekte uneingeschränkt unterstürzt hätte; auch sie war bereit, nach den Wahlen z. B. die Zahl der Kitas von 20 auf 6 zu reduzieren. Anläßlich der anstehenden Haushaltsberatungen im Juli mobilisierte die SPD-Linke und allen voran die Jungsozialisten gegen die Abschaffung der Reformprojekte und schloß sich schon bestehenden Bürgerinitiativen an. Am Tage der Verabschiedung des Haushalts fand eine gemeinsame Protestveranstaltung auf dem Römer statt, die unter Führung der Jusos den Charakter einer SPD-Wahlkundgebung annahm. Drinnen stimmte jedoch die SPD-Fraktion für den Haushalt, der das Ende dieser Projekte bedeuten soll, weil doch die CDU – so die Begründung – am Haushaltsentwurf, den die alte Römerkoalition vorgelegt hatte, nur finanziell unbedeutende Veränderungen vorgenommen hatte. Einige Tage später mußte denn auch der Frankfurter Juso-Vorsitzende feststellen, daß die lokale Parteispitze – in der in Frankfurt ja auch – ihrem Selbstverständnis nach – Linke sitzen – "der eigenen Partei in den Rücken gefallen ist" und damit der "Glaubwürdigkeit der Partei bei ihrer Argumentation 'vor Ort' in der Bevölkerung" geschadet habe (FR, 26.7.77). Mit solchen Prozessen, die nicht nur die Glaubwürdigkeit von Jungsozialisten und SPD-Linken abbauen, sondern Widerstandsbewegungen und Bürgerinitiativen schwächen und zurückwerfen können, wird in der nächsten Zeit verstärkt zu rechnen sein. Damit wird sich auch der Graben zwischen linken SPD-Initiativen und Basisbewegungen vertiefen.

Eine sozialistische Partei?

Relevante Abspaltungen aus der SPD sind auf der Linken kaum zu erwarten. Dazu dürfte sie gegenwärtig viel zu schwach sein, und ihre politischen Orientierungen, besonders die des reformistischen Flügels, sind so stark vom Konzept der "Gegenregierung" geprägt, daß alle Aktivitäten außerhalb der organisatorisch sicher etablierten Sozialdemokratie als zu unbedeutend erscheinen müssen. An dieser Realität werden auch die vorsichtigen Appelle Jochen Steffens nichts ändern.

Worte des Vorsitzenden

"Wir wollen mehr Demokratie wagen ... Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an."
Willy Brandt in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 im Deutschen Bundestag.

"Ich habe vor einigen Jahren davon gesprochen, daß es wichtig sei, mehr Demokratie zu wagen ... Die Entwicklung der letzten Zeit hat mir gezeigt, daß es nicht damit getan ist, ein neues Wagnis zu fordern. Heute wird von uns verlangt, daß wir überhaupt Demokratie wagen."
Willy Brandt nach fast acht Jahren sozialliberaler Regierung am 29. Mai 1977 bei der Eröffnung des "Marx-Hauses" in Trier.

Welche möglichen Schlußfolgerungen lassen sich – wie vorläufig auch immer – für die westdeutsche Linke aus den beschriebenen Entwicklungstendenzen des Parteisystems und der Situation der SPD-Linken ziehen? Hier nur einige Stichpunkte, um die notwendige Diskussion anzuregen:

- Infolge der beschriebenen Etatisierung des Parteiensystems und seiner relativen Abkopplung von gesellschaftlichen Konfliktlagen und sozialen Bewegungen können künftig weniger als bisher politische Kräfteverhältnisse und gesellschaftliche Entwicklungen an der Flügelbildung der Parteien und den Partei-Stärkeverhältnissen im politischen System abgelesen werden, viel eher ist mit einer zunehmenden wahlstrategischen und taktischen Ausschmückung der inhaltlich abgefahrenen Parteiprofile zu rechnen.
- Die Funktionsbedingungen des politischen Systems unter den gegebenen ökonomisch-sozialen Entwicklungstendenzen reproduzieren eine immer noch weitergehende Entleerung und Zurücknahme demokratischer Prinzipien und Grundrechte. Die Stellung der Parteien im Staatsgefüge läßt auch die SPD immer weniger als "Garant" demokratischer Verhältnisse erscheinen. "Ich habe vor einigen Jahren davon gesprochen, daß es wichtig sei, mehr Demokratie zu wagen ... Die Entwicklung der letzten Zeit hat mir gezeigt, daß es nicht damit getan ist, ein neues Wagnis zu fordern. Heute wird von uns verlangt, daß wir überhaupt Demokratie wagen" (Willy Brandt am 29.5.77). Man beachte: Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei gibt offen zu, daß der Zug in den autoritären Staat abgefahren ist. In der Bundesrepublik des Jahres 1977 ist bereits das, was Sozialdemokraten unter „Demokratie" verstehen, ein ‚Wagnis' geworden!
- Das Verhältnis von staatlicher Politik und Basisinitiativen wird äußerlicher werden als in der Reformphase, da Initiativen nicht mehr als Reformtreibsätze im politischen System integriert werden können. Vielmehr dürften auch die reformistischen Integrationsversuche stärker repressiven Charakter bekommen. Dies bedingt und fordert eine stärkere Unabhängigkeit linker Initiativen und Bürgerbewegungen von staatlicher, städtischer oder Parteiunterstützung.
- Die Marginalisierung und Isolierung der gesellschaftlichen Konfliktpotentiale, einhergehend mit verstärkter politischer Repression, konfrontiert soziale Bewegungen ständig mit der "Gewaltfrage" und droht sie so zu spalten. Das hat in der BRD zu einer Situation geführt, in der die politische Vermittlung sozialer Bewegungen durch eine "Partei des sozialen Konflikts" fehlt (wie sie die KPF und KPI darstellen, wie auch, sehr begrenzt, die SPD der Reformphase), an der sich Initiativen der Linken weitertreibend orientieren könnten.
- Neben den ohnehin vorhandenen Tendenzen zur resignativen Privatisierung und Gettobildung provoziert dieser Zustand die immer drängender gestellte Frage nach einer sozialistischen Partei. Wer diese Möglichkeit ernsthaft ins Auge faßt, sollte sich allerdings nicht mit dem Spekulieren über erreichbare Wählerpromille und -prozente begnügen. Vielmehr steht zur Debatte, ob auf der parlamentarischen Bühne angesichts der beschriebenen Entwicklungstendenzen die politisch äußerst heterogenen Basisinitiativen wirklich politisch vermittelt und gestärkt werden und die Inhalte der sozialen Widersprüche ihre authentische Ausdrucksform gewinnen können. Schon die Entwicklung des bestehenden Parteiensystems und das Schicksal seiner reformistischen Flügel und Ecken lassen Zweifel daran aufkommen, vor allem wenn man berücksichtigt, daß es sich dabei um den Ausdruck objektiver Funktionszusammenhänge eines entwickelten kapitalistischen Systems handelt, die nicht voluntaristisch zu überspielen sind. Die traditionelle Organisationsstruktur einer parlamentarischen Wahlpartei (mit Repräsentations- und Delegationsprinzip, dem wahltaktisch notwendigen Zwang zu abstrakter Allgemeinheit der Programmatik usw.) weist strukturell eine Tendenz auf, sich von realen Interessen zu entkoppeln, gesellschaftliche Widersprüche ihres konkreten Inhalts zu berauben und auf taktische Konflikte zu reduzieren, soziale Bewegungen zu absorbieren und zu neutralisieren. Diese Tendenz setzt

FORTSETZUNG SEITE 14

China, die "Maoisten" und die Illusion der MLer

Evelyne Tschirhart, Claudie Broyelle (deren auf dem Höhepunkt der Protestwelle erscheinendes Buch "Die Hälfte des Himmels" auch hierzulande bei großen Teilen der Linken begeistert rezipiert wurde) und Jaques Broyelle gingen 1972 bzw. 1973 als überzeugte Maoisten nach China, wo sie zwei Jahre lang als Lehrer und Korrektoren bei der "Peking Rundschau" gearbeitet haben. Anfang 1975 nach Frankreich zurückgekehrt, veröffentlichten sie jetzt einen ernüchterten Bericht ihrer Erfahrungen: "Zweite Rückkehr aus China" (Ed. du Seuil), der mit einer Reihe von Mythen und Illusionen über den "realen Sozialismus" in China aufzuräumen beginnt. Das nachstehende Gespräch Guy Perriers mit den drei Autoren gibt einen Eindruck davon. Wir haben es der Zeitschrift "politique hebdo" (Nr. 262, 21. März 1977) entnommen.

Wir verkennen nicht die Problematik der in diesem Interview zum Ausdruck kommenden Einschätzungen der politischen Entwicklung der VR China. Die frappierende Kehrtwendung, die die Autoren gegenüber ihrem ersten China-Buch vornehmen, muß sicherlich auch mit dem "Erfahrungsschock" erklärt werden, der die an eine "mehr oder weniger mythische Revolutionstradition anknüpfenden" Intellektuellen bei ihrem Aufenthalt in der Volksrepublik getroffen hat. Daß dieser so groß sein konnte, liegt an den Schwierigkeiten, die chinesische Entwicklung illusionslos, ohne vorgängige Glorifizierung und unter nüchterner Betrachtung ihrer ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Besonderheiten zur Kenntnis zu nehmen, die einen wie auch immer begriffenen "Modellcharakter" für die entwickelten Metropolen Westeuropas entscheidend relativieren müssen. Der so verursachten theoretisch-politischen Hilflosigkeit ist wohl auch der unvermittelte Rückbezug auf bürgerlich-demokratische Vorstellungen zuzuschreiben, der in dem Interview stellenweise sichtbar zu werden scheint und den die Autoren der chinesischen Realität einigermaßen abstrakt entgegenstellen. In dieser Hinsicht, nämlich was nüchterne Analyse realer gesellschaftlicher Zustände und Entwicklungsbedingungen und was das Verhältnis von bürgerlich-demokratischen Errungenschaften und Sozialismus angeht, wäre gerade von Marx selbst immer noch viel zu lernen – was die kritische Auseinandersetzung mit vielerlei Spielarten von Bindestrich-"Marxismus" mit einschließt. Angesichts einer auch bei uns (und nicht nur bei den maoistischen Sekten) vorherrschenden "mythologisierenden", d. h. auf "Linien" und "Modelle" gerichteten, reale gesellschaftliche Bedingungen vielfach ausblendenden China-Rezeption ist es wichtig, daß wir uns ernsthaft und kritisch mit den Gründen auseinandersetzen, die die Autoren zu der totalen Änderung ihres Chinabildes veranlaßt haben.

Die "links"-Redaktion

Frage: Claudie Broyelle, Sie haben 1973 mit **"Die Hälfte des Himmels"** dazu beigetragen, ein bestimmtes, idyllisches Bild von China zu verbreiten, gegen welches Sie sich heute, nach einem zweijährigen China-Aufenthalt, richten. Was war damals die Funktion dieses Bildes in der französischen Gesellschaft?

Claudie Broyelle: Nicht nur **"Die Hälfte des Himmels"**, sondern die Praxis einer ganzen Strömung um den Maoismus hat in den 60er und am Anfang der 70er Jahre ein gewisses Chinabild erzeugt. Von der UdSSR wollten wir damals lediglich das wahrhaben, was in Richtung Verbürgerlichung, Profit und Korruption ging. Den Gulag schlossen wir völlig aus unserer Wahrnehmung aus. Der KPF warfen wir vorwiegend ihren dickhäutigen Revisionismus vor. Und da bot China die Möglichkeit, die Glut wieder zu entfachen, d. h. ohne schroffen Bruch wiederanzuknüpfen an eine mehr oder minder mythische Revolutionstradition, nämlich an die der Oktoberrevolution.

Jaques Broyelle: Der Maoismus hat in Frankreich mit der Kulturrevolution Wurzeln geschlagen. In China lehnten sich die Rotgardisten gegen die Partei auf. Diese schien unter die Kontrolle der Massen zu geraten und sogar zu verschwinden. So dachten wir, in China den Beweis dafür gefunden zu haben, daß es einen vom sowjetischen verschiedenen Sozialismus geben kann, einen Sozialismus ohne Zwang und ohne Unterdrückung, der mit der Freiheit zu vereinbaren ist.

In Wirklichkeit "lügt" die chinesische Propaganda (sie hört nicht auf, dies bei jedem "neuen großen Kampf" periodisch zuzugeben), und die organisierten Gruppenreisen bieten dem "ausländischen Freund und Mitkämpfer" ein trügerisches Bild des Regimes. Aber wir haben uns dieses Bild von China auch selbst angefertigt, weil wir es zutiefst herbeisehnten. In diesem Sinne sind wir nicht getäuscht worden. Wir haben uns willentlich selbst getäuscht. Warum? Weil wir in unserer Praxis und in unseren Konzeptionen noch totalitären Positionen verhaftet waren. Wir glaubten, daß die Revolution sich in einer einzigen Ideologie verkörpern müsse, welche die gesamte Gesellschaft zu formen habe. Die "neue Linke" jener Zeit war noch eine sehr alte Linke.

Der Stalinismus ist nicht tot

Frage: Ihr Buch **"Zweite Rückkehr aus China"** ist zunächst ein Zeugnis, und zwar ein belastendes, über China. Sie beschreiben dort eine autoritäre Gesellschaft mit einer überaus starken **Arbeitsteilung,** eine "Knüppel"-Demokratie, die unter der bürokratischen Kontrolle einer allgegenwärtigen Partei **erstickt.** Demzufolge, was Sie gesehen haben, versuchen die Massen, oft gleichgültig und der stereotypen Reden überdrüssig, sich mit allerlei Winkelzügen durchzuschlagen. Kurz, ist die Volksrepublik China Ihrer Meinung nach ein stalinistisches Regime?

Evelyne Tschirhart: Am Anfang dachten wir, nur wir Ausländer wären Opfer bestimmter unbegreiflicher Haltungen der Bürokratie. Allmählich jedoch haben wir verstanden (und man hat es uns mit genauso viel Offenheit wie Naivität gesagt), daß die Chinesen dieser bleiernen Hülle nicht entrinnen. Wir wollten Untersuchungen über das "wahre" China anstellen – das war nicht möglich. Aber auch die Chinesen selber können keine Untersuchungen durchführen, weder individuell noch in Gruppen; sie können ohne Genehmigung der Partei nicht einmal ihre eigenen – und wären es auch nur berufliche – Erfahrungen zwischen einem Büro und einem anderen, einer Universität oder Fabrik und der anderen austauschen.

Unsere Arbeitskollegen, unsere chinesischen Freunde konnten uns nicht besuchen oder mit uns ausgehen ohne vorherige Genehmigung ihrer Vorgesetzten und ohne ihnen nach dem Besuch ausführlich Bericht zu erstatten. Dürfen Chinesen einen Landsmann tagsüber empfangen, so dürfen sie ihm, mag er auch ein naher Verwandter sein, keine Unterkunft für die Nacht gewähren, ohne die Miliz des Viertels davon zu informieren. Alle Aspekte des Alltagslebens (Kinderkrippe, Unterkunft ...) und des Privatlebens (bis hin zur Geburtenregelung) werden von den Leitern ihrer Arbeitseinheit, die in jedem Fall Parteikader sind, kontrolliert. Bei den obligatorischen politischen Versammlungen am Arbeitsplatz gibt es kein Recht zu schweigen.

Die chinesische Version

Frage: Hätte China jedoch so viele Reisegäste und Zeugen verlocken und täuschen können, wenn es sich nicht von klassischen stalinistischen Systemen unterscheiden würde? Sie sprechen in Ihrem Buch von dem Unterdrückungssystem, von der Umerziehung "auf chinesische Art" ...

Claudie Broyelle: Die chinesische Version des Stalinismus legt tatsächlich den Nachdruck auf die Ideologie. Es gibt bekanntlich Lager in China, aber die Unterdrückung sieht anders aus. Neben dem sozialen Netz und der allgemeinen Überwachung von oben nach unten versucht die "neue sozialistische Moral", die Unterdrückung zu verinnerlichen, indem sie die Individuen sich schuldig fühlen läßt.

Evelyne Tschirhart: Alles beruht auf Vorbeugung, auf einer Art ideologischer Prophylaxe. Von der frühen Kindheit an wird dem Individuum kein Raum zur Entfaltung der Persönlichkeit und Entwicklung des kritischen Denkens gelassen. Wer aus der Linie ausschert, ist "egoistisch" oder Opfer "schlechter Ideen". So erklärte man die Arbeiter für selbstsüchtig, als sie gegen die Abschaffung der (im Westen so hoch gelobten)

FORTSETZUNG VON SEITE 13

sich umso stärker durch, je schwächer die Basisbewegungen politisch und organisatorisch sind. Daher wäre es gefährlich und desorientierend, wenn sich Sozialisten auf einen Mechanismus einlassen, der die Illusion produziert, die parlamentarische Bühne sei der eigentliche Ort von Politik. Zumindest in der gegenwärtigen Situation kann es nur darum gehen, die vorhandenen Ansätze von Basisinitiativen und -bewegungen zu stärken. Nur dadurch besteht die Chance, die fortgeschrittene Entwicklung zum autoritären Staat zu bremsen und reale Veränderungen durchzusetzen. Diese Chance besteht gerade nicht im Aufbau einer Partei, die schon infolge ihrer schwachen Massenbasis durch massive Repressionen und Behinderungen ohne große Schwierigkeiten politisch zu neutralisieren wäre. Eine umfassende sozialistische Organisation, die diesen Gefahren entgehen will, die traditionelle bürgerliche Bürokratiestrukturen hinter sich läßt, kann sich nur aus diesen sozialen Bewegungen und den durch sie vermittelten kollektiven Lernprozessen heraus entwickeln. Den dritten Schritt vor dem ersten zu tun, bedeutet Vergeudung von Energie, Kraft und Phantasie. Mehr als eine symbolische Macht- (oder eher: Ohnmachts-) Demonstration ist von den Reißbrettentwürfen für eine "Partei neuesten Typs" kaum zu erwarten. ★

Diskussion über Sowjetgesellschaft

Aus Platzgründen konnte in dieser Ausgabe der 'links' die Diskussion über die Sowjetgesellschaft nicht fortgesetzt werden. Wir werden diese Diskussion in der nächsten Nummer jedoch mit einem Beitrag von Wolfgang Eichwede und Hans Kaiser weiterführen. Außerdem sind schon Beiträge zugesagt, die sich mit dem Verhältnis der Sowjetgesellschaften zu den westeuropäischen Kommunistischen Parteien auseinandersetzen, mit der Bedeutung des Ungarn-Aufstandes und mit der jüngsten Art von Kritik in den "realsozialistischen" Ländern selbst, wie sie von R. Bahro geübt wird.

Prämien – also gegen die Senkung des Nettolohns – protestierten ... Wenn auch die Angst vor Repression Ursache eines ziemlich allgemein verbreiteten Konformismus ist, so funktioniert das System dennoch nicht einwandfrei. Die Chinesen sind nicht das einmütige Volk, für das man sie hält. In ihrem Verhalten gibt es viele Formen von passivem, mitunter auch offenem, individuellem oder kollektivem Widerstand gegen die Befehle von oben.

Jacques Broyelle: Unser Bericht bestätigt und bekräftigt die Berichte von S. Leys ("Chinesische Schatten") oder von J. Pasqualini ("Gefangener Maos"). Aber das Wichtigste ist, daß diese Zeugnisse zur Kenntnis genommen werden. Wer kennt denn schon das 1956 erschienene "Weißbuch über die Zwangsarbeit in der VR China" von David Rousset? Wer hat je das Buch "Freiheit, du bist nur ein Wort" von den Gordons gelesen? Wer erinnert sich gar an die Broschüre Yvons: "Die UdSSR so wie sie ist"? Ein Text, der 1938 mit einem Vorwort von André Gide veröffentlicht wurde und schon damals alles enthüllte ...

Frage: Sie kritisieren heute bestimmte Aspekte der Kulturrevolution. Sie scheuen sich nicht, die Schanghaier Gruppe "faschistisch" zu nennen. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in China?

Jacques Broyelle: Die Kundgebung vom 5. April 1976 auf dem Tien An Men-Platz ist das große Ereignis dieser letzten Jahre. Die hierzulande sogenannte "Linke" und früher Lin Piao waren dem chinesischen Volk verhaßt. Sie war das Symbol für einen Sozialismus des totalen Staates, der den Massen unaufhörlich und notfalls mittels Terror für die Partei (in "Maos Lehre" oder "Proletarisches Hauptquartier" umgetauft) Opfer abverlangte, ohne jede Rücksicht auf menschlichen und materiellen Verschleiß. Die Rechte, deren Bannerträger Tschou En Lai bis zum Schluß war, ist mit ihrem Willen zu Realismus und Effizienz die einzige Strömung innerhalb der Partei, die eine gewisse Popularität genießen kann.

Der "Sturz der Vier" kommt also den Chinesen zweifelsohne zugute. Zum ersten Mal sind im Laufe der letzten Monate bei Kundgebungen explizit demokratische Parolen, die die Menschenrechte forderten, laut geworden.

Frage: Dieses Buch und Ihre chinesischen Erfahrung sind für Sie auch gleichzeitig Anlaß, über den Sozialismus, die Demokratie, die Freiheitsrechte nachzudenken ...

Jacques Broyelle: Ein Sozialismus mit menschlichem, d. h. demokratischem Gesicht ist undenkbar, solange er einerseits eine Einheitspartei und andererseits die Aneignung der Produktionsmittel durch den Staat impliziert, da beides untrennbar zusammenhängt.

Um es in klassischer Weise zu formulieren: Kein pluralistischer Überbau ist im Rahmen einer monopolistischen Infrastruktur möglich. Man muß wohl einsehen, daß das Monopol des Totalstaates die Demokratie unvergleichlich mehr zerstört, als die kapitalistischen Monopole selbst es vermögen. So zeigt gerade die chinesische Erfahrung, wie uns scheint, daß es in einem solchen Sozialismus unmöglich ist, die Demokratie anzusteuern. Keine andere kommunistische Partei als diejenige Maos ist sich in dem Maße der absoluten Notwendigkeit bewußt gewesen, die neu etablierte Macht mit Gegengewichten wie: Massenlinie, kritische, kursberichtigende Bewegungen, Antikorruptionskampf usw. auszubalancieren, damit sie nicht völlig erstarrt. All dies sollte dazu beitragen, der Partei als Führerin zur Selbststeuerung und zur Gesellschaftslenkung zu verhelfen. Aber in dem Augenblick, wo alle Stimmen zum Schweigen gebracht sind, wo eine Gewalt aufgerichtet ist, die alle Machtbefugnisse – einschließlich des Organisationsmonopols der Kritik an ihr selbst – besitzt, ist kein ausgleichendes Gegengewicht mehr wirksam.

Das Bedürfnis nach Demokratie läßt sich nicht auf ein "Mehr an Seele" beschränken, mit welchem man ein despotisches System bestreut. Wenn man Sozialismus definiert als das selbständige In-die-Hand-nehmen ihrer eigenen Angelegenheiten durch die Massen selbst, die Selbstbestimmung ihrer eigenen Bedürfnisse und der zu ihrer Befriedigung dienlichen Mittel, so impliziert dies auf allen Ebenen die Möglichkeit, daß die Massen Zugang zu den Informationen haben, sich damit unterschiedlich und widersprüchlich auseinandersetzen, in der Praxis widersprüchliche Erfahrungen machen. Dann müssen selbstverständlich die Rechte der Minderheit, nicht nur anders zu denken, sondern auch andere Erfahrungen zu machen, respektiert werden. Das ist es, was wir "Demokratie als Produktionsverhältnis" nennen.

Gegen den Leninismus

Frage: Sie schreiben, es sei Ihnen als eine Notwendigkeit erschienen, Marx neu zu lesen. Gleichzeitig richten Sie sich heftig gegen den Marxismus-Leninismus. Wie ist diese Opposition zu begreifen?

Jacques Broyelle: Wir denken, daß Stalin sich schließlich damit begnügt hat, die leninistische Trilogie in großem Maßstab in die Praxis umzusetzen. Erstes Element der Trilogie: die Führungsrolle der Partei, die mit der Zeit die Einheitspartei erzeugt. Zweites Element: das totale Staatsmonopol, das sich, ausgehend vom "Vorzimmer" des staatsmonopolistischen Kapitalismus, entwickelt. Drittes Element: die Konzeption der Diktatur des Proletariats in ihrer "russischen Form": als Parteidiktatur, die sich seitdem auf manch andere Länder ausgebreitet hat.

Was Marx betrifft, so kann man seinen Äußerungen mehrere Lesarten entnehmen. Vom Kommunistischen Manifest von 1848 bis zur Pariser Kommune steht er eindeutig in einer etatistischen Tradition des Sozialismus. Aber 1871 weigert er sich, von Staatseigentum zu sprechen, und danach redet er nur noch von gesellschaftlichem Eigentum.

Claudie Broyelle: Wir haben nicht den Marxismus gegen den Leninismus verteidigen, sondern zeigen wollen, daß bereits die Idee eines globalen Gedankens, Systems, einer globalen "Wissenschaft" der Revolution, in sich totalitär ist.

Frage: Ihr Buch gibt schließlich Anlaß, auf die Analyse der KPF und des Gemeinsamen Programms zurückzukommen. Da sprechen Sie von der "Blindheit der neuen Linken" in dieser Hinsicht, von der "Illusion, der zufolge die KPF eine reformistische Partei geworden wäre". Können Sie das erklären?

Jacques Broyelle: Wie viele andere Genossen unserer Generation stammen wir aus der UEC (Union Kommunistischer Studenten). Die radikale Linke hat der KPF immer ihr "nicht genug" vorgeworfen: nicht genug Forderungen, nicht genug Gewalt ... Sie machte ihr den Vorwurf, sich in die bürgerliche Gesellschaft zu integrieren, wie Lenin das damals an der II. Internationale kritisiert hat. Nichtsdestoweniger bildet die KPF in erster Linie eine Gegengesellschaft, die sich in der Gesellschaft auf alles stützt, was ein Staatsmonopol vorwegnehmen kann, ein "wohltätiges" und schützendes Staatsmodell, wo die einzelnen Bürger von der Geburt bis zum Tod bevormundet werden. Die KPF haßt den Reformismus und fürchtet sich insofern vor Reformen, als sie denkt, diese könnten die Massen von dem einzig zählenden Ziel abbringen: dem der Machtergreifung. Die KPF ist schließlich für sich allein eine Klasse in der Entstehung, eine Gegenmacht nach dem Vorbild der Bourgeoisie, die sie zu enteignen und deren Totengräber sie zu werden versucht. Daher der Kampf auf Leben und Tod und der unüberwindbare Antagonismus, der sie der Bourgeoisie entgegenstellt. Und der XXII. Kongreß hat in dieser Hinsicht trotz des Anscheins nichts geändert ...

Der Volksfreund schminkt ab

Gerhard Armanski — Das erste halbe Jahr der Carter-Administration (1)

Trotz allen ideologischen und Werberummels war es eine müde Wahl gewesen, die letztes Jahr den "Erdnußfarmer aus Georgia" zum Präsidenten kürte: nur ca. 53% der Wahlberechtigten gingen zur Urne, der Rest blieb ihr aus Unwissen, Gleichgültigkeit, Protest fern. Carter verdankte seinen Sieg, der allerdings nur knapp war (1,7 Mio. Stimmenvorsprung), der alten demokratischen New-Deal-Koalition: Schwarze, Arme, Arbeiter, Urbane und Juden wählten überproportional die Demokraten, in einigen Schlüsselstaaten des Mittelwestens und Südens gab das den Ausschlag. Vor allem in letzteren trat Carter als Nachfolger der Bürgerrechtsbewegung der 60er Jahre auf. Geschickt gelang es ihm, bzw. seinem Stab, sich als Organ breiter Massenstimmungen und als Anwalt der politischen Ziele der Schwarzen- und der Gewerkschaftsbewegung zu empfehlen. Sein "Erfolg kann vor allem damit erklärt werden, daß es ihm gelungen war, die Grundstimmung der amerikanischen Wähler nach Vietnamkrieg und Watergate-Affäre, wenig artikulierte Unzufriedenheit und Ängste, Sehnsucht nach Vertrauen und politischer Führung richtig zu treffen und zugleich mit einem bis ins Detail geplanten Wahlkampf zu verbinden. Carter war der Kandidat der Demokratischen Partei, der am ehesten irrationale Bedürfnisse und rationale Notwendigkeiten in einer bestimmten Phase amerikanischer Geschichte zu verbinden vermochte" (2).

An die Carterschen Losungen hatten sich vielfältige und starke sozialreformerische und -ethische Erwartungen geheftet. "Soweit sich eine erkennbare Linie durch Carters Äußerungen und durch seine Praxis als Gouverneur zog, war es die populistisch gefärbte Sorge für den kleinen Mann, den wirtschaftlich Schwachen, für eine aktive Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik zur Senkung der Arbeitslosigkeit, zur gerechteren Verteilung der Steuerlast, gegen die einseitig von den Interessen der Geschäftswelt diktierte Wirtschaftspolitik seiner Vorgänger" (3). Was ist davon geblieben?

Carter machte zunächst mit seinem "volksnahen" Regierungsstil (Kamingespräche mit dem Volk übers Fernsehen, Telefonate mit jedermann zu bestimmten Zeiten, Verzicht auf Staatskarossen usw.) einigen Wirbel und versuchte, sich mit allen Mitteln als integrer Regierungslenker von den Skandalen seiner Vorgänger abzuheben, die "Würde des Amtes" wiederherzustellen. Offenbar, um das Volk auf den nächsten Akt einzustimmen.

Schon im Januar stellte ein liberaler deutscher Beobachter fest, daß Carter bereits "weit von jeder Himmelsstürmerei entfernt" sei (Joachim Schwelien, in: liberal 1/77, S. 7). Zunächst wurde der Präsidentenstab personell aufgestockt, der vorher geächtete Waffenhandel mit Saudiarabien flott abgewickelt (und der mit Persien vorbereitet), der populäre 50 $-Steuerbonus für jedermann sang- und klanglos beiseite gelegt. Durch die in- und ausländische bürgerliche Presse geht ein Aufatmen, überrascht beinahe, wie rasch sich Carter mausert, "redet wie ein Prophet und handelt wie ein Konservativer" (Chefkolumnist James Reston). Der Nachhall der Wahl und die Cartersche Beschwörung des "nationalen Geistes der Zusammenarbeit" (Internationale Herald Tribune, 3.2.1977) verdeckten schon bald kaum mehr den Umschwung – ohne der Popularitätskurve Carters, den auch Linke halb anerkennend als "shrewd" (schlau) bezeichneten, vorerst Abbruch zu tun.

Government as usual

An der Vertretung der Interessen der Frauen, der Schwarzen, der Gewerkschaften sollte sich die neue Regierung sehr schnell als recht alte entpuppen. Schon die Besetzung des Kabinetts durch den Präsidenten (und im Gegensatz zur BRD nur ihm verantwortlich) war ein Schlag gegen die Hoffnungen des liberalen und sozialreformerischen Flügels der Demokraten. Das "Handelsblatt" war damit sehr zufrieden: "Unabhängiger (!) als Skeptiker vermutet hatten, hat der frühere Gouverneur von Georgia seine Führungsmannschaft zusammengestellt und dabei die Kritik der Gewerkschaften und Minoritätsverbände riskiert" (23.12.1976).

In die Schaltstellen der neuen Regierung rückten durchweg Politmanager und Technokraten ein, die konservativ orientiert waren. Viele von ihnen hatten schon vorher in der internationalen "Trilateral Commission" zusammengearbeitet, die sich eine Neuordnung der Welt zu amerikanischen Gunsten zum Ziel gesetzt hatte. Für den sozialreformerischen Flügel der Demokraten und der Wähler gab es einige Verzierungen in Gestalt von Califano (Mitautor von Johnsons "Great Society"), der frauenrechtlerisch betonten J. Kreps als Handelsministerin und des bürgerrechtlichen Farbigen A. Young als UNO-Botschafter.

Aber das machte den Kohl nicht fett, und selbst die "FAZ" stellte fest:

10 JAHRE TRIKONT

Inga Buhmann ICH HABE MIR EINE GESCHICHTE GESCHRIEBEN
Ich war neugierig auf mein „eigenes" Leben. Es war ein Abenteuer, denn ich hatte vieles von dem, was sich gerade in der Zeit zwischen dem Verlassen des Elternhauses und dem Eintritt in den SDS sechs Jahre später ereignete, verdrängt und vergessen: all die Jahre fast totaler Isolierung, der Gottsuche, des verbissenen Kampfes um das einzig mögliche Kunstwerk, die Grenzüberschreitungen in der Sexualität, das unerträgliche Leiden, die Verrücktheit, die heftigen Auseinandersetzungen um den Existenzialismus und die ersten „subversiven" Versuche der Gesellschaftsveränderung; ja, mich verblüffte die Radikalität des Denkens und Handelns, die ich früher einmal besessen hatte. Im zweiten Teil versuchte ich, meine „Geschichte in politischen Gruppen" vom Eintritt in den Frankfurter SDS 1966 bis zum Weggehen aus Berlin im Jahre 1971 zu beschreiben.
ca. 290 Seiten ca. 18 Mark

Bobbi Lee INDIAN REBEL
Das Leben einer Stadtindianerin aus Kanada
152 Seiten 10 Mark

Christiane Rochefort KINDER
Es erscheint selbstverständlich, den Kindern jegliches Privatleben zu verbieten und ihnen eine bestimmte Art zu empfinden aufzuzwingen. Zu entscheiden, wen sie zu lieben haben und wen nicht. Ihren Bewegungsraum einzuengen und ihre „Fehltritte" zu bestrafen. Den Zeitpunkt zu bestimmen, von dem sie eine Sexualität haben und was sie damit machen dürfen.
192 Seiten ca. 12 Mark

Rene Scherer/Guy Hocquenghem KINDERTRÄUME – KINDER-SEXUALITÄT „Systematisches Album der Kindheit"
ca. 140 Seiten mit vielen Fotos ca. 15 Mark

Volker Elis Pilgrim MANIFEST FÜR DEN FREIEN MANN
136 Seiten 8 Mark

Kleines Handbuch für Atomkraftwerksgegner
Ein Leitfaden für den Widerstand
Dieses Buch will im Anschluß an die aktuellen Ereignisse in Wyhl und Brokdorf die wesentlichen Aspekte und Argumente für eine Kritik an der Energieversorgung durch Atomkraftwerke aufzeigen. In verständlichem Stil geschrieben und übersichtlich gegliedert ist es gedacht für den praktischen Gebrauch in Bürgerinitiativen, Schulen und Ökologiegruppen.
220 Seiten 10 Mark

David Dickson ALTERNATIVE TECHNOLOGIE UND STRATEGIEN DER TECHNISCHEN VERÄNDERUNG
Vorwort von Robert Jungk ca. 250 Seiten ca. 20 Mark

Richard X. Clark/Leonard Levitt ATTICA – Entstehung, Verlauf und blutige Zerschlagung einer Gefangenenrevolte in den USA
Am 9. September 1971 revoltierten 1200 Gefangene in Attica im Staat New York gegen die unmenschlichen Haftbedingungen. Vier Tage später erfuhr die Welt, daß das Massaker von My Lai sich sozusagen „nebenan" wiederholen konnte. 43 Tote kostete die Erstürmung des Gefängnisses.
Richard X. Clark berichtet über Ursachen und Vorgeschichte der Revolte. Und vor allem über die vier Tage, in denen die Gefangenen ihren Kampf und ihr Leben untereinander organisierten
ca. 120 Seiten ca. 10 Mark

Neue JUGENDBEWEGUNG in ITALIEN
ca. 160 Seiten viele Abb. ca. 12 Mark

Rainer Langhans/Fritz Teufel KLAU MICH
ca. 210 Seiten viele Abb. ca. 12 Mark

Kostenlos anfordern: Buch-Almanach und Musikzeitung UNSERE STIMME. Kauft Bücher und Schallplatten in Läden des Verbandes Linker Buchhändler (VLB), anderen progressiven oder alternativen Läden – Adressen bei uns – oder direkt vom Verlag. TRIKONT-Verlag, Kistlerstr. 1, 8 München 90

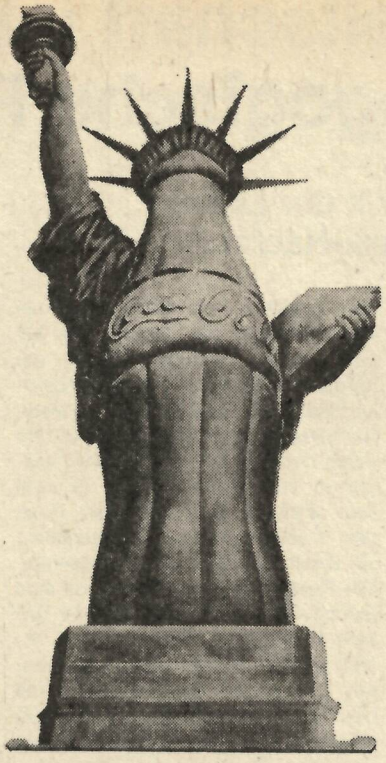
"Carter hat einige Mühe, sein Wahlkampfversprechen wahrzumachen, nach dem mehr Schwarze und Frauen Kabinettsmitgieder werden sollten" (22.12.76).

Reformblasen platzen

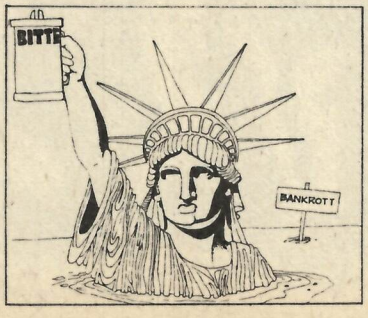
Der Gesundbeter Carter hatte wohl die Nation zeitweilig ideologisch zusammengeschweißt, aber dem Druck einer ungeduldig auf neue Profitblüte nach der Krise drängenden Bourgeoisie nicht entgegensetzen wollen oder können. Nicht nur entschwand die angekündigte Reform der Kranken- und Sozialversicherung schon in den ersten Wochen der Carter-Administration in der Versenkung, erwies sich die angekündigte Reduzierung des Rüstungshaushalts plötzlich als nicht mehr möglich. Carter predigte nun Sparsamkeit, Budgetausgleich, Rationalisierung der Verwaltung. Der als Antibürokrat angetretene Präsident wurde zum Politmanager weiterer sozialer Demontage in der Linie seiner reformfeindlichen Vorgänger.

Die in den vergangenen Jahren erheblich angeschwollene Staatsverschuldung und Inflation ließen Carter frühzeitig versprechen, den Staatsanteil am Sozialprodukt nicht mehr zu erhöhen und den Bundeshaushalt bis 1981 auszugleichen. Der Staatskonsum ist im Interesse stabiler Preise und einer höheren Rate der Kapitalbildung zu drosseln – und Carter erweist sich als Instrument der bürgerlichen ökonomischen Zwangsgesetze. Sein einkommenspolitisches Programm zur Förderung des Massenkonsums fiel mehr als bescheiden aus. Das öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm ging über das von Ford nicht hinaus. Ein neues "Wohlfahrtsgesetz" sieht die Einführung von Arbeitszwang vor. Die Reform der Lebensmittelmarkenausgabe an Arme erleichterte die Bezugsbedingungen, schloß aber zugleich Millionen Bezugsberechtigte durch eine ungünstigere Berechnungsweise aus. Dafür ließ Carter keine Gelegenheit aus, der Industrie, deren Investitionsrate im 4. Quartal 1976 die niedrigste seit dem zweiten Weltkrieg war und die unter dem Druck hoher Zins- und Amortisationszahlungen aufgrund der angehäuften Schulden stand, seine Reverenz zu erweisen: durch Investitionskredite, Absage an Preiskontrollen, Aufhebung von Umweltschutzauflagen und der Preisbindung für Erdgas.

Von der im März 1977 immer noch (offiziell) 7,3% betragenden Arbeitslosenrate, dem Desaster der Arbeitslosenversicherung und der weiterhin hohen Inflation (im März 6,4% über dem Vorjahresniveau) ist gegenüber der offenen Förderung der Kapitalverwertung nicht mehr die Rede. Auch die Gewerkschaften, denen Carter großzügige Wahlversprechen gemacht hatte und die sich massiv für ihn eingesetzt hatten, sehen ihre Felle davonschwimmen. Sie hatten eine ganze Reihe von Reformvorhaben geplant, welche die sozialen Probleme der Arbeiter spiegeln, ohne diese allerdings selbst massiv in den Kampf für die Lösung dieser Probleme einzubeziehen: Gesetze zur Verbesserung der Streikmöglichkeiten im Baugewerbe; Reform des Arbeitsrechts zur Erleichterung von Organisierungskampagnen (wie etwa die derzeit unter den Textilarbeitern des Südens laufende), Abschaffung der Streikbrechergesetze (ironischerweise "right-to-work-laws" genannt) in den Einzelstaaten, Erhöhung des Minimallohns (Indexbindung an den industriellen Lohndurchschnitt), Streikrecht im öffentlichen Dienst, Importbeschränkungen für gefährdete Industrien. Es sieht nicht so aus, als gelängen den Gewerkschaften hier große Fortschritte – die noch immer hohe Arbeitslosigkeit, die konservative Grundstimmung im Land – mithin auch unter den Arbeitern (neben und trotz erbitterter Einzelkämpfe), die Kluft zwischen Betriebskämpfen und zentraler Gewerkschaftspolitik, das Fehlen einer politischen Arbeiterpartei stecken eindeutige Grenzen. Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse wirkt. Die Gewerkschaften haben schon beträchtliche Kompromisse einstecken müssen; so ist der Minimallohn nicht auf 3 $ pro Stunde, sondern nur auf 2,5 $ erhöht worden, und auch das Baustreikgesetz ist bereits von der Tagesordnung abgesetzt.



Der Frauenbewegung erklärte der Präsident, daß Ungleiches nicht unbedingt gleichgemacht werden solle, daß künftig die Bundeszuschüsse für Abtreibungen zu unterbleiben hätten, womit diese ein Privileg für Reiche werden. Der Zynismus seiner Verkündigung löste erbitterte Angriffe aus, und auch die Schwarzen meldeten bald öffentlich Zweifel an, ob



Carter wirklich die soziale Gleichberechtigung der Schwarzen ("affirmative action") so zu fördern gedenke, wie er es versprochen hatte. Ein anderes "Reformprogramm" zwecks Verbesserung der Energieversorgung war mit großer Emphase angekündigt worden. Ausgehend vom Mangel an strategischen Ölreserven, die ein wichtiges politisches Pfand darstellen, wollte der Präsident u. a. durch höhere Benzinsteuern den Energieverbrauch drosseln. Es ist fraglich, ob der Vorschlag in dieser Form überhaupt ernst gemeint war. Unter dem Druck der Öl- und Autoindustrie und des Massenressentiments gegen jeden Eingriff in die heilige Autosphäre brach der Plan rasch zusammen. Möglicherweise hatte er ohnehin nur zur Legitimierung von Subventionen und Preiserhöhungen dienen sollen.

Die doppelte Menschenrechtsmoral

Wenn die Nation schon nicht mehr Butter zu erwarten hat, soll sie wenigstens mit Weihrauch unterhalten werden. Die scharfen Angriffe Carters auf die sowjetische Behandlung von Dissidenten wurden mit breitem Wohlwollen aufgenommen und ließen wenigstens das patriotische Herz höher schlagen. Daß Chile, Brasilien und andere Diktaturen dagegen nur, wenn überhaupt, mit leisen Tönen kritisiert wurden, störte hierin nicht, ganz zu schweigen vom ökonomischen Massenelend und der Radikalenverfolgung im eigenen Land.

Natürlich steckt hinter dem Weihrauch die harte Absicht, der SU ein schärferes internationales Auftreten der USA anzuzeigen. Härte soll wieder deutlicher neben Flexibilität treten und den US-Imperialismus gegenüber den verbündeten imperialistischen Ländern, der Dritten Welt und der Sowjetunion stärken, alter Hegemonialanspruch im neuen "trilateralistischen" Gewand (4). Der mit viel Pomp abgesetzte Bau des B1-Bombers rief durch die Hintertür neue effizientere und billigere Waffen, also eine neue Stufe der Aufrüstung herein, in Gestalt der Marschflugkörper (Cruise Missiles) und der Neutronenbombe (5), die das amerikanische Waffenarsenal flexibilisieren und erweitern.

"Im wesentlichen", so schreibt die linke amerikanische Zeitung "Guardian" (13.4.1977), beabsichtigt Carter die Behebung der Schäden, welche der Kapitalismus und Imperialismus in den letzten Jahren erlitten hat. Er kämpft auf drei Hauptfronten – der politischen, der ökonomischen und der internationalen –, um die Verluste zu vermindern, die Legitimität und Hegemonie der USA wiederherzustellen und Regierungsstil und -rhetorik einer sich verändernden Welt anzupassen". Es handelt sich um einen Versuch allseitiger Renovierung der imperialistischen Hauptmacht. Carter nutzt den ihm gegebenen Vertrauensvorschuß offenbar aufs Intensivste für das bürgerliche Ordnungsgeschäft. Die entscheidende Frage ist nur, ob die Düpierten, die Arbeiter, die Frauen, die Schwarzen in den USA stillhalten werden, wenn der ideologische Nebel unter dem rauhen Wind kapitalistischer Krisensanierung und neuer imperialistischer Expansion verfliegt, weiter, ob sich die Sowjetunion, die Länder der Dritten Welt und schließlich die Verbündeten den US-Machtanspruch gefallen lassen werden. Die Konturen der Antwort sind noch nicht recht ausmachbar.

Anmerkungen

(1) Der Artikel entstand im Rahmen der Joseph-Weydemeyer-Gesellschaft für sozialwissenschaftliche USA-Forschung (vgl. Anzeige in dieser "links"). Er knüpft an frühere Artikel von uns in "links" an, hier speziell an den in der Novembernummer 1976.

(2) Peter Lösche, Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen 1976, in: aus politik und zeitgeschichte, 11.12.1976, S. 61

(3) George Günther Eckstein, die Carter-Wahl und ihre Bedeutung, in: Frankfurter Hefte, Febr. 77

(4) Näher hierzu vgl. Bernd Greiner, Konturen der Außenpolitik Präsident Carters, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1977, S. 948 bis 969

(5) Vgl. Entwicklung, Wirkungsweise und Gefahren der Neutronenbombe, in: a.a.O., S. 939-948

Gesellschaft für sozialwissenschaftliche USA-Forschung

Die ökonomische, politische und militärische Position der USA ist einer der wichtigsten Faktoren für Entwicklung und Ausgang der Klassenkämpfe in Westeuropa. Richtung und Stringenz des politischen Außenverhaltens der USA wiederum werden nicht nur vom Kräfteverhältnis in der Welt, sondern wesentlich von den sozialen Antagonismen im Inneren der imperialistischen Hauptmacht bestimmt. Es ist für die Strategieentwicklung Klassenkämpfe in den USA aufmerksam und Linken daher unerläßlich, den Verlauf der Klassenkämpfe in den USA aufmersam und genau zu verfolgen – weil sie Spiegel, Moment und Vergleichsvorgang der hiesigen Klassenauseinandersetzungen sind.

Aus diesem Grunde haben wir eine Gesellschaft für sozialwissenschaftliche USA-Forschung gegründet. Sie trägt den Namen Joseph Weydemeyers, eines deutschen Einwanderers in die USA im 19. Jahrhundert, Gefährte von Marx und Engels, der sich für die Einheit der amerikanischen Arbeiterbewegung und die Verbindung des ökonomischen und politischen Kampfes um die Befreiung der Arbeiter einsetzte.

Die Joseph-Weydemeyer-Gesellschaft wird eine regelmäßige Publikation herausgeben, "Jahrbuch" oder "Studien zur politischen Ökonomie der USA". Thematische Schwerpunkte dieser Publikation werden sein:

- Ökonomische Entwicklung
- Bewegung der sozialen Klassen
- Herausbildung, Funktion und Form des Staates
- Arbeiterbewegung und andere soziale Protestbewegungen
- Determinanten und Formen der Außenpolitik
- Kultur und Gegenkultur

Die erste Ausgabe der Publikation wird in Kürze erscheinen. Träger der Gesellschaft sind deutsche und amerikanische Studenten und Assistenten der Sozialwissenschaft und der Amerikanistik.

Die Finanzierung unserer Arbeit erfolgt hauptsächlich über Mitgliedsbeiträge und Honorare. Da dies kaum ausreicht und unsere privaten finanziellen Mittel außergewöhnlich knapp sind, benötigen wir Spenden von Einzelpersonen und Institutionen, die an unserer Arbeit interessiert sind. Wir möchten daher einen Fördererkreis gründen, von dem jedes Mitglied im Jahr DM 50.-- (oder mehr) an uns zahlt. Als Gegenleistung erhält es die Ausgaben unserer Publikationen kostenlos zugesandt – und als Einstand – das Heft 11/1976 der "Kritik der politischen Ökonomie" mit einem längeren Aufsatz über Krise und Klassenkampf in den USA. Wir sind gerade zum Start des Projektes auf finanzielle Unterstützung, aber auch auf aktive Mitarbeit angewiesen!

Kontaktadresse: Joseph-Weydemeyer-Gesellschaft für sozialwissenschaftliche USA-Forschung, Herbertstr. 6, 1000 Berlin 62; Postscheckkonto: 341974-103, Berlin-W, Gerhard Armanski, Sonderkonto USA.

Diese Gesellschaft ist keine pädagogische Provinz

Zur Kritik und Selbstkritik der Linken am Beispiel des "Buback-Nachrufs"

Wolf-Dieter Narr

Wirklich: Wir leben in "finsteren Zeiten" (Bert Brecht). Man muß Haltungen und Einstellungen besonders herausstellen, die sich von selbst verstehen (sollten). Wenn im folgenden Beitrag dazu aufgefordert wird, wir sollten auch um unseres politischen Überlebens willen selbstkritischer verfahren, wenn dies aus gegebenem Anlaß des "Buback-Nachrufs" und des vielfachen Nachdrucks des Nachrufs erfolgt, dann sollte dreierlei vorbehaltlos klar sein:

- daß es nicht um Rechthaberei gegenüber irgend jemand von den 48 Herausgebern oder der Göttinger SB-Hochschulgruppe, die in diesem Beitrag direkt angesprochen werden, gehen kann, sondern nur darum, daß wir alle aus unseren Fehlern lernen müssen, auch lernen müssen, wie solche Fehler zu vermeiden oder doch so rasch wie möglich zu korrigieren sind;
- daß nun, da Disziplinierungsverfahren bei einigen Herausgebern ins Haus stehen, diese nicht auch noch durch diesen Beitrag und seine Veröffentlichung in "links" in eine Ecke gestellt werden sollen, in die sie gar nicht gehören, bzw. daß nicht der Eindruck entstehen darf, als solle auch nur einen Moment infrage gestellt werden, daß die 48 Herausgeber und alle anderen, die betroffen sind, unsere vorbehaltlose Solidarität gegen alle Formen der Repression verdienen und besitzen;
- daß trotz herber Kritik am Mangel an Selbstkritik diese Kritik den Schreiber dieses Aufsatzes selbstverständlich ebenso einbezieht, wie die "links"-Redaktion oder das SB insgesamt. Hier gibt es kein Tribunal zwischen "Gerechten" und "Ungerechten". Auch wir haben m. E. die gefährliche politische Brisanz des Mescalero-Artikels unterschätzt.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, stellt sich deswegen die Frage, ob jetzt der Zeitpunkt gekommen sei, eine Auseinandersetzung wie die folgende zu führen. Wenn diese Frage trotz erheblicher Bedenken positiv beantwortet wird, dann aus zwei Gründen: Zum einen ist die Situation (nicht nur angeheizt durch die Morde und durch die Entführung Schleyers) für die Linke so ernst, daß wir es uns nicht leisten können, unser notwendiges politisches Lernen zu verschieben. Wir haben nicht länger damit Zeit. Zum zweiten zeigt nicht nur die Zuschrift von Jürgen Bischoff ("links", September 1977, S. 27), daß einzelne und Gruppen immer noch den Mescalero-Artikel und seinen Nachdruck zu verharmlosen bereit sind, indem sie auf die repressiven Reaktionen der Öffentlichkeit hinweisen. Diese Verharmlosung ist aber für die Existenz der Linken in der Bundesrepublik insgesamt bedrohlich.

Die Kontroverse um den "Buback-Nachruf" gibt gewiß Anlaß, die diffamierenden und kriminalisierenden Reaktionen von staatlichen Instanzen, publizistischen Organen und von Vertretern herrschender gesellschaftlicher Gruppen deutlich herauszustellen. Diese Reaktionen und die landauf landab verkündeten Parolen sind symptomatisch. Da ist fast nur noch davon die Rede, den "Sumpf" der "Sympathisanten" auszutrocknen.

Was mit diesem Bild gemeint ist, wird deutlich, wenn man die von der CDU im Juli vorgestellten Thesen zur "inneren Sicherheit" ansieht (vgl. FR-Dok. vom 13.9.77) oder die Begründung Filbingers, warum er die gesetzlichen Studentenvertretungen (AStA) abschaffen möchte. Laufen die CDU-Thesen auf eine intellektuelle Gleichschaltung der Schulen und der Hochschulen hinaus, eine Gleichschaltung, die bekanntlich schon voll im Gange ist, so ist die Begründung Filbingers, warum er die Allgemeinen Studentenausschüsse als ein "Stück Sympathisantensumpf" abschaffen will, noch unmißverständlicher: "Wenn es uns gelänge, mit dem RCDS, der Jungen Union oder der Schüler-Union die Asten zu besetzen, wäre die Lage anders" (SZ, 13.9.77).

Hier braucht man nicht mehr mühsam zu interpretieren und nachzuweisen zu versuchen, daß die FdGO als eine das Grundgesetz qualitativ verändernde Überverfassung der Herrschenden benützt wird, hier steht's schwarz auf weiß. Dem strukturell mehr denn je geltenden CDU-Staat soll die Veränderung der Rechtsordnung, soll die Hatz auf die Sympathisanten dienen. Was wunder, daß man angesichts solcher Reaktionen den Verdacht nicht los wird, es sei von Göttingen bis Stuttgart nur auf einen Anlaß gewartet worden, um herrschaftlich, aber mit der "edlen Legitimation" des kompromißlosen Kampfes gegen allen Terrorismus und seine Helfershelfer, polizeiförmig vollziehen zu können. Es gibt ja wohl kein anderes Land, wo die Pose der staatstragenden Argumentation so verbreitet wäre wie in unserem.

Die Reaktionen auf den Nachruf sind jedoch nicht einheitlich, was für unsere Folgerungen bedeutsam ist. So sehr man in den einzelnen Argumenten und in der Gesamtrichtung mit den Wissenschaftssenatoren Franke (Bremen) und Glotz (Berlin) uneinig sein mag, so wenig darf doch unterschlagen werden, daß sich beide in ihrer Kritik nicht nur differenzierter äußerten, sondern daß sich beide auch vor die pauschale Diskriminierung der Hochschullehrer stellten, die den "Buback-Nachruf" im Juli erneut der Öffentlichkeit übergeben hatten. Was wiederum den Bundesjustizminister nicht hindert, nun (nach über zwei Monaten) auch zur Hatz zu blasen und gegen die 48 Strafantrag zu stellen.

Die Kontroverse um den "Buback-Nachruf" gibt aber vor allem auch Anlaß, sich darauf zu besinnen, ob denn die Linke im Zusammenhang dieses Nachrufs selbst richtig gehandelt hat, und ob der Umgang der Linken mit sich selber und mit der Öffentlichkeit ohne Tadel gewesen ist. Zugeständnisse wie das, man habe das Ausmaß der öffentlichen Reaktion nicht übersehen, genügen nicht, um zur Tagesordnung überzugehen. Detlev Claussen und Helmut Gollwitzer haben sich zwar in diesem Zusammenhang schon eindeutig geäußert ("links", Juli/August 1977, S. 39/40). Ich will ihre Argumente, die ich teile, nicht zuletzt herausgefordert durch die schon erwähnte Zuschrift von Jürgen Bischoff, spezifisch und in notwendig verkürzender Thesenform zuspitzen und damit zu ihrer Diskussion auffordern.

1. Der Mescalero-Artikel, sein Nachdruck und die Reaktionen der direkt betroffenen Linken (indirekt war und ist die ganze Linke betroffen) demonstrieren beispielhaft ein Mißverhältnis zwischen Kritik und Selbstkritik.

Während wir in der Kritik der herrschenden Verhältnisse zu Recht nicht zaghaft sind, auch wenn wir dazu oft nur pauschale Begriffe gebrauchen, weswegen die Analyse der herrschenden Verhältnisse unter praktischen Gesichtspunkten sehr zu wünschen übrig läßt, verfahren wir in der Selbstkritik äußerst zartfühlend. Fehler, die wir begangen haben und die wenigsten hinterher eindeutig kenntlich werden, verkleinern wir, rechtfertigen sie gar, indem wir auf die herrschenden Reaktionen verweisen. Typisch dafür etwa: "Versucht man nun, die Vorgänge der letzten Wochen aus der Distanz zu analysieren, so wird eines besonders deutlich, nämlich, daß der Buback-Artikel in den 'Göttinger Nachrichten' tatsächlich ... nur einen Vorwand dafür darstellte, einen Großangriff auf die Institution AStA und das politische Mandat zu starten und über eine allgemeine Diffamierung und Kriminalisierung, Spaltung und individuelle Verängstigung des AStA bzw. der linken Studentenschaft den Boden dafür zu bereiten" (vgl. SB-Hochschul-

gruppe Göttingen in "links", Juli/August 1977, S. 39).
Aber, Genossen, war es denn nicht ein Fehler, den Mescalero-Artikel zu publizieren, der trotz seiner letztlich eindeutigen Absage mit den Gedanken über Sinn und Unsinn von politischem Mord spielte und dies in einer Situation, da ein Mord geschehen war, für den es keine politische Rechtfertigung gibt? War es denn nicht danach ein Fehler, nachdem dieser Artikel einmal publiziert worden war, sich darauf zu versteifen, man habe nur das Recht der freien Meinungsäußerung wahrgenommen, ohne sich angesichts der politisch gereizten Situation politisch eindeutig dazu zu verhalten? War es darüber hinaus nicht ein Fehler, daß mehrere Asten, 44 Professoren und vier Rechtsanwälte den "Nachruf" publizierten, ohne ihn entsprechend zu kommentieren? In dieser mangelnden oder doch mangelhaft veröffentlichten Kritik und Selbstkritik kommen Züge zum Ausdruck, die die Politik der Linken in der BRD immer wieder gefährdet haben und heute geradezu fundamental gefährden. Denn an unserer Schwäche sind nicht nur die Herrschenden schuld, sondern in erklecklichem Umfang auch wir selber. In diesem Mangel an Kritik und Selbstkritik zeigt sich eine groteske Fehleinschätzung dieser Gesellschaft, die man doch gleichzeitig häufig mit pauschal kritischen, total negierenden Etiketten versieht.
Wir sind uns offenkundig nicht immer darüber im klaren, daß jedes Flugblatt daraufhin überdacht sein muß, welche Wirkung es jeweils verursachen könnte. Manche Genossen gehen anscheinend auch davon aus, daß just diese Gesellschaft den Linken erlaube, immer erneut zu probieren, aus Irrtümern zu lernen, Fehler folgenlos zu begehen. Da tut sich ein gefährlicher Verlust an politischem Realismus kund. Auf der einen Seite benehmen wir uns noch häufig so, als befänden wir uns in einer experimentierfreudigen pädagogischen Provinz, in der man sich auch mal spielerisch diesen oder jenen groben politischen Fehler erlauben kann. Auf der anderen Seite nehmen wir die Öffentlichkeit nicht ernst, weil sie uns immer schon als feindliche erscheint. Die Folge dieses Denkens ist, daß es uns nicht angebracht scheint, in einer feindlich eingestellten Öffentlichkeit eigene Schwierigkeiten und Mängel einzugestehen. Wenn überhaupt Selbstkritik, dann dürfe sie nicht aus den linken Zirkeln dringen.
Der Hang, linke Diskussionen auf den publizistischen Hohlraum der Kleingruppe zu beschränken, macht die Gefahr deutlich, daß sich die Linke selber ihrer öffentlichen Wirkung, ihrer Politik beraubt, weil sie dann ihre Handlung nicht mehr den realen Arbeitern und anderen verständlich zu machen vermag.
Dieser Verzicht auf Öffentlichkeit wird auch dort deutlich, wo linke Gruppen mehr und mehr anonym auftreten und Publikationen unter Pseudonymen erfolgen. Selbstverständlich gibt es immer wieder gute Gründe, die Anonymität angemessen erscheinen lassen. Doch diese Gründe müssen wohl bedacht sein, solange der Kampf um Verfassungspositionen in dieser Gesellschaft noch öffentlich zu führen ist. Die politischen Kosten einer zunehmenden Anonymität, die der herrschenden Tendenz zur Illegalisierung entspricht, sind gar nicht hoch genug zu kalkulieren. Wie will man noch auf die Bewegung der Massen Einfluß nehmen, wenn man sie gar nicht mehr anspricht.
Der Mangel an Selbstkritik zeigt schließlich ein unzureichendes Verständnis für die Art und Weise, wie sich in dieser Gesellschaft Meinungen herausbilden und wie Entscheidungen gerechtfertigt werden; er belegt auch eine mangelhafte Phantasie für die gegenwärtigen Gefahren. Selbstverständlich kann die Linke nicht auf sozialistische Argumente verzichten, um den Rechten weniger Angriffsflächen zu bieten und es den Liberalen zu erleichtern, die grundgesetzlichen Freiheiten gegen die Rechten zu erhalten. Linke Profil- und Programmlosigkeit wären die schlimmsten aller opportunistischen Reaktionen. Aber die Linke hat auch allen Anlaß, alles das zu vermeiden, was herrschenden Gruppen fahrlässig den Stoff für ihren freiheitsverengenden Legitimationsmantel bieten könnte, es sei denn, es ist für die Politik der Linken hier und heute erforderlich. Man kann doch in dieser Gesellschaft nicht dauernd verkennen, daß, in den Formen sicherlich gewandeltes, aber grundsätzlich autoritärfaschistisch benutzbares Potential bereit liegt. Der Unterschied ist aber einer ums Ganze, ob es sich um ein faschistisches Potential handelt oder einen offenen Faschismus.

2. Die meisten öffentlichen Reaktionen auf den Mescalero-Artikel und seinen Nachdruck waren erwartbar schlimm, obwohl sie durch die Attentate der letzten Wochen noch unvorhergesehen verschärft worden sind. Dennoch ist es bedenklich, wenn nun diese herrschenden Reaktionen zur Begründung herangezogen werden, um einen erheblichen Solidarisierungsdruck auf die Linken auszuüben, die nicht am Druck oder am Nachdruck des Artikels beteiligt waren. Das verständliche Erschrecken über die öffentlichen Reaktionen darf nicht zu panischen Reaktionen verleiten.

Wie kann man denn einem Kinde gleich, das mit einem winzigen Streichholz einen Strohhaufen angebrannt hat, nun darüber jammern, daß dieser Strohhaufen als Strohhaufen brennt. Daß diese Bundesrepublik ein "autoritärer Strohhaufen" ist, wissen wir doch. Hätten sich weitere Linke, ohne daß eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Mescalero-Artikel zugleich erfolgt wäre, mit ihrem Namen mit den Herausgebern solidarisiert, hätte eine solche erweiterte Unterschriftenliste nur den einen Sinn gemacht, die Diffamierungen zu verstärken und zu totalisieren. Gerade im Mangel, nach der Herausgabe und der Feststellung der offensichtlich unvorhergesehenen Reaktionen, schnell Stellung zu beziehen, in dem Ruf nach Solidaritätsadressen stattdessen, zeigen sich die gleichen Fehler erneut, die schon bei der kommentarlosen Herausgabe unterlaufen sind: Man überlegte nicht spezifisch, was in dieser Situation im Sinne einer linken Stellungnahme angebracht wäre.
Obwohl dieser Mangel einer öffentlichen Auseinandersetzung, die nicht im Sinne eines defensiven Bekenntnisses, sondern einer offensiven Stellungnahme hätte erfolgen müssen, zu kritisieren ist, versteht es sich von selbst, daß alle Formen von gerichtsförmig repressiven Drohungen und Maßnahmen gegen die Veröffentlichung des Mescalero-Artikels und seine Nachdrucker kompromißlos bekämpft werden müssen, daß die repressiv Betroffenen uneingeschränkte Solidarität erwarten können. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, das die Herausgeber demonstrieren wollten, darf nicht einen Augenblick infrage stehen.
Dieser Beitrag zur Kritik und Selbstkritik der Linken beschäftigt sich jedoch nicht mit der rechtlichen, sondern mit der politischen Problematik, die darin liegt, daß die Herausgeber die Geltung des Grundrechts zu abstrakt demonstriert haben. Gerade Linke müssen für bürgerliche Freiheitsrechte unbedingt eintreten, zugleich aber auf deren inhaltlich-spezifische Verwirklichung achten, dürfen es also somit nicht mit der Betonung der bloßen Geltung eines Grundrechts genug sein lassen. Deswegen sind das Bekenntnis und die bloße Geste des Unterstützens nicht genug. Deswegen muß auch je nach der Situation gesagt werden, wogegen sich die Freiheitsrechte richten und welche Interessen sie wahrnehmen:
Das Eintreten für die Rechtsform freier Meinungsäußerung muß aus diesem Grunde mit dem Eintreten für eine inhaltliche Auseinandersetzung gekoppelt werden. Im gegebenen Falle heißt dies, daß es nicht angeht, nur für das Recht der freien Meinungsäußerung einzutreten, aber in der gleichen Publikation den individuellen Terror nur mit einer Ablehnungsgeste zu bedenken.
Außerdem muß versucht werden, klar zu machen, wie die Interessen der Arbeiter und der angesprochenen Öffentlichkeit von der Unterdrückung der Freiheitsrechte beeinträchtigt werden. Schließlich muß deutlich gemacht werden, warum eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Mescalero-Artikel geboten ist und nicht eine repressive Unterdrückung desselben und seines Verfassers, bzw. derjenigen, die ihn publiziert haben.

3. Was am Druck und am unkommentierten Nachdruck des Mescalero-Artikels vor allem so bestürzt, ist die mangelnde politische Überlegung. Die Herausgeber handelten wie in einem politisch luftleeren Raum, bestenfalls bezogen auf einen studentischen Adressaten.

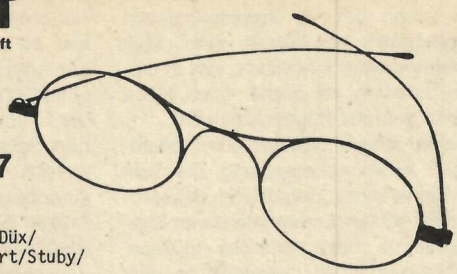
Diese politische Unbedachtheit kommt vor allem in einer doppelten Weise zum Ausdruck. Auf der einen Seite setzt die Publikation und insbesondere ihr Nachdruck auf die Öffentlichkeit. Diese Öffentlichkeit wird aber offenkundig in einem merkwürdig abstrakten Rechtspositivismus nicht mehr in ihrer aktuellen sozialen und politischen Gestalt wahrgenommen, sondern nur noch postuliert. Gewiß darf man sich nicht, beispielsweise den herrschenden Parteien gleich, an die Wirklichkeit der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit anpassen und sie in ihren undemokratischen Formen noch verstärken. Insofern ist ein Grundrechtspositivismus ein linkes politisches Gebot. Jedoch muß dieser Grundrechtspositivismus (z. B. Meinungsfreiheit) verbunden werden mit einer entsprechenden interpretierten Vermittlung. Anders bleibt er unpolitisch und verkümmert zum bloßen Bekenntnis.
Die politische Unbedachtheit des Nachdrucks besteht aber zum zweiten auch darin, daß die im Mescalero-Artikel zum Ausdruck kommenden bedenklichen, ja gefährlichen Einstellungen, gerade auch linker

Der alltägliche Notstand

Ausgehend von der "Traube-Affäre" und dem Stammheimer Abhörskandal beschäftigt sich diese Broschüre mit einer gefährlichen Entwicklung, die durch die Anwendung des § 34 Strafgesetzbuch ("Rechtfertigender Notstand") als Rechtfertigungsgrund für die staatliche Verletzung von Grundrechten angezeigt wird.
Wer glauben mag, die Anwendung dieser Bestimmung bliebe auf wenige Fälle in der Vergangenheit beschränkt, der irrt. Gerade jetzt wieder wurde im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung den Rechtsanwälten der RAF-Gefangenen der Besuch bei ihren Mandanten mit dem Hinweis auf § 34 Strafgesetzbuch verboten. Bereits daran wird schon deutlich – was auch vorauszusehen war –, daß diese Bestimmung aus dem Strafgesetzbuch (!) unterhalb der Schwelle der eigentlichen "Notstandsgesetze" zum Hebel für die Exekutive wird, um wesentliche Grundrechte aus der Angel zu heben.
Die Abhandlung zeigt auf, wie sich der Staatsschutz gemäß einer inneren Logik mit Unterstützung der regierenden Parteien sein eigenes, dem Staatsschutzalltag angemessenes Notstandsrecht schafft und die Grundrechte im Konfliktfall leerlaufen.
Wir empfehlen die Lektüre besonders denen, die sich mit dem Problemkreis "Sozialisten und Verfassung" und der Antirepressionsarbeit befassen.
Die Broschüre ist erhältlich (gegen Vorausbezahlung, DM 3,--, ab 10 Exemplare DM 2,-- pro Stück) bei Initiative Sozialistisches Zentrum, Sofienstr. 7 a, 6900 Heidelberg.

★

Syndikat
Autoren- und Verlagsgesellschaft



2. Halbjahr 1977

Abendroth/Blanke/Däubler/Düx/
Perels/Ridder/Römer/Seifert/Stuby/
Wagner/Wahsner/Wiethölter
DER KAMPF UM DAS GRUNDGESETZ
Über die politische Bedeutung
der Verfassungsinterpretation
Referate und Diskussionen eines
Kolloquiums aus Anlaß des 70. Ge-
burtstages von Wolfgang Abendroth
Herausgegeben von Peter Römer
Etwa 240 Seiten. Großformat.
Kartoniert, ca. DM 20,-

Cora Stephan
"GENOSSEN, WIR DORFEN UNS NICHT
VON DER GEDULD HINREISSEN LASSEN!"
Aus der Urgeschichte der
Sozialdemokratie, 1862 - 1878
Etwa 320 Seiten. Kleinformat.
Kartoniert, ca. DM 18,-

Ludwig Quidde
CALIGULA
Schriften über Militarismus
und Pazifismus
Mit einer Einleitung herausgegeben
von Hans-Ulrich Wehler
Etwa 170 Seiten. Großformat.
Kartoniert, ca. DM 20,-

Stefan Breuer
DIE KRISE DER REVOLUTIONSTHEORIE
Negative Vergesellschaftung
und Arbeitsmetaphysik bei
Herbert Marcuse
Etwa 300 Seiten. Kleinformat.
Kartoniert, ca. DM 18,-

Manfred Schneider
DIE ANGST UND DAS PARADIES
DES NÖRGLERS
Versuch über Karl Kraus
Etwa 160 Seiten. Großformat.
Kartoniert, ca. DM 24,-

Fritz Kramer
Verkehrte Welten
Zur imaginären Ethnographie
des 19. Jahrhunderts
Etwa 160 Seiten. Großformat.
Kartoniert, ca. DM 24,-

Jurij M. Lotman
PROBLEME DER KINOÄSTHETIK
Eine Einführung in die
Semiotik des Films
Aus dem Russischen von
Christiane Böhler-Auras
Etwa 150 Seiten mit 13 Abbil-
dungen. Kleinformat.
Kartoniert, ca. DM 14,-

Als SYNDIKAT-REPRISE
wieder zugänglich:

BILDERSTURM.
DIE ZERSTÖRUNG DES KUNSTWERKS
Herausgegeben von Martin Warnke
196 Seiten mit 14 Abbildungen.
Großformat. Kartoniert,
ca. DM 28,-

SYNDIKAT AUTOREN- UND VERLAGSGESELLSCHAFT POSTFACH 174003 6000 Frankfurt

oder sich links fühlender Studenten nicht analysiert und als politische Verhaltensweisen auch zurückgewiesen werden. Selbstverständlich hätte eine solche Auseinandersetzung mit dem Mescalero-Artikel nicht denunziatorisch oder herablassend-besserwisserisch zu erfolgen. Doch wären u.a. folgende Eigenarten des Artikels herauszuarbeiten gewesen und hätten entsprechend politisch qualifiziert werden müssen:

- der starke Antiintellektualismus, der sich insbesondere am Eingang des Artikels zeigt, aber denselben doch insgesamt durchzieht. Politische Praxis soll nicht mehr analytisch-theoretisch angeleitet werden, sondern wird wenigsten im Ansatz als eine Art spontane Aktion begriffen. Dieser Antiintellektualismus, der der herrschenden Verweigerung und Diskriminierung von Kritik merkwürdig entspricht, stellt keinen Einzelfall dar. Er ist unter Studenten und Schülern heute weit verbreitet und unterscheidet diese Studenten grundsätzlich von dem Anspruch der Studentenbewegung, Theorie und Praxis strikt miteinander zu verbinden. So kann der Verfasser des Artikels schreiben: "Ausgewogenheit, stringente Argumentation, Dialektik und Widerspruch – das ist mir alles piepegal." Mit dieser Aussage ist der Verfasser, sind Studenten gerade unseres Einzugsbereichs von sozialistischer Politik und ihren notwendigen Bedingungen erschreckend weit entfernt. Dazu müssen wir uns verhalten;
- die spielerische, fast z.T. kindlich anmutende Geste der Argumentation. Diese Geste mag einen, wie z.B. der Schluß, "Ein bißchen klobig, wie? Aber ehrlich gemeint ...", sympathisch berühren. Sie macht aber mehr noch erschrecken. Der Verfasser drückt nicht nur seine "klammheimliche Freude" über einen Mord aus, er wägt auch in einem Gutteil des Artikels Für und Wider des Mordes ab, als handele es sich um Sandburgen, die man aufbaut oder zerstört und nicht um Menschenleben und die Frage nach der Qualität einer Politik, die aus angeblich sozialistischen Gründen Repräsentanten des Systems als Menschen (und eben nicht als Charaktermasken!) sinnlos opfern. So kommt es auch nicht von ungefähr, daß der Verfasser die beiden Beamten, die auch im Wagen Bubacks umkamen, begleitend mitermordet wurden, nicht einmal zu erwähnen die Gelegenheit findet. Der Verfasser argumentiert hier noch elitärer als diese elitär-hierarchische Gesellschaft. In dieser spielerisch-abgehobenen Argumentationshaltung kommt zum Ausdruck, daß offenkundig kein Fundament der Beurteilung mehr gegeben ist. Wie sollte dies auch bei solcher Theorieverachtung sein. Es fehlen Urteilskriterien, es fehlt jeder konkrete Bezug zur Verantwortung. Die Verantwortung und schließlich die eindeutige Ablehnung terroristischen Mords gilt nicht gegenüber einer historisch faßbaren Arbeiterbewegung, sondern geschieht in einem sozial luftleeren Raum und besitzt einen abstrakt revolutionären Bezug;
- die Sprache, die in ihrer bedenkenlosen Begrifflichkeit, vielmehr in ihrem Begriffsmangel, den Mangel eines sozialistischen, eines sozial gegründeten Konzepts umso stärker offenbart. Da ist von "Typen" die Rede, ein Ausdruck, den die Studentenbewegung zu Recht empört von sich wies, als der seinerzeitige Regierende Bürgermeister des Landes Berlin sagte: "Seht Euch diese Typen an". Der Mescalero-Artikel gebraucht so sprachlich ähnliche Waffen wie die Bildzeitung. Da wird, als ob man ein linkes Bundeskriminalamt gründen wollte, vom "rotschwarzen Verbrecheralbum" gesprochen. In diese Sprache könnte man rechte und reaktionäre Inhalte ebenso gießen, ohne deren Form ändern zu müssen. Diese Form bestimmt aber den Inhalt weit mehr, als dem Verfasser und denen, die auch "klammheimliche Freude" empfinden, die auch von "Typen" spechen, die den analytischen Begriff der Charaktermaske nicht mehr von Personen trennen können, bewußt zu werden scheint. Diese "Stadtindianer" benützen ein inhumanes Vokabular, sie belehnen das Wörterbuch des Unmenschen und merken gar nicht, daß dies nicht ihre Spontaneität als "Stadtindianer" ist, die darin hervorkommt, sondern das verdrängte Ergebnis dieser herrschaftlich schottendicht machenden Gesellschaft.

Es versteht sich wieder von selbst, daß eine Auseinandersetzung dieser Art mit dem Mescalero-Artikel nicht den Autor desselben diskriminieren, denunzieren oder gar – wie seitens der Staatsorgane geschehen – kriminalisieren darf. Vielmehr müßte eine Analyse herausarbeiten, wie es zu einer solchen Haltung, einem solchen Sprachverhalten, kommt, welche Gründe dafür verantwortlich sind. In dieser Analyse der Gründe könnte und müßte eine eindeutige Auseinandersetzung erneut gesellschaftskritisch offensiv werden. Denn es ist diese Gesellschaft, die an den Bildungsinstitutionen keine Mitbestimmung zuläßt, die Kritik und Äußerung verengt und bestraft, die keine Berufsperspektive zuläßt u.ä.m., und die so genau die abstrakte Situation schafft, in der sich ein Student z.B., wenn er sich nicht anpaßt und unterkriecht, nur noch im feindlichen Gegenüber zu einer Gesellschaft, die ihn einordnet und zugleich abstößt, erfahren kann.

4. Nicht nur die Alternative Solidarität oder Distanzierung ist falsch. In gleicher Weise falsch ist die Alternative: aus Opportunismus umfallen oder "endlich Farbe zu bekennen" (vgl. J. Bischoff und SB-Hochschulgruppe Göttingen).

Was heißt denn hier "Opportunismus" und was "Farbe"? Heißt Farbe bekennen vor allem, daß man auf Selbstkritik verzichtet und – viel Feind viel Ehr – auf einer Position beharren bleibt, die grundfalsch ist. Wird eine von Anfang an problematische (Erstpublikation des Mescalero-Artikels) und später falsche (unkommentierter Nachdruck) Handlung dadurch richtig, daß sich die herrschenden Gruppen dagegen zusammenrotten? Wohl kaum.

Die Linke muß sich aus ihren eigenen Handlungen und Positionen heraus rechtfertigen, nicht am Antimaßstab herrschender Reaktionen und Reaktionäre legitimieren wollen. Und Opportunismus ist es doch nicht, wenn man begreift, daß man nicht im Niemandsland Politik treibt – wenn man sich überhaupt politisch und das heißt zugleich sozial reflektiert verhält – daß der richtige politische Inhalt auch richtig vermittelt werden muß, daß aber die vermittelnde Form, die Sprache, nicht bloß etwas Äußerliches darstellen.

Wenn politisch Farbe bekennen nicht ein selbstbezogenes ("autistisches") Bekennertum meint, dann kann es in diesem Falle doch nur heißen, im Hinblick auf terroristische Aktionen unmißverständlich Stellung zu beziehen. Diese Stellungnahme darf nicht verwechselt werden mit dem öffentlich abverlangten Staatsbekenntnis, sondern muß vor dem Hintergrund einer offensiven Kritik und einer fundierten Analyse erfolgen. Denn es ist diese Gesellschaft, vielmehr es sind die herrschenden Gruppen und Interessen, die spalten und ins Abseits drängen, indem sie u.a. terroristische Aktionen durch einen sich totalisierenden Polizeistaat zu bekämpfen suchen, indem sie terroristische Aktionen zum Anlaß nehmen, den Linken insgesamt den politischen Aktionsraum zu entziehen und darüber hinaus bewußt versäumen, eine Ursachenanalyse im Hinblick auf die herrschenden gesellschaftlichen Strukturen und ihre Träger anzustellen. Im Gegenteil. Wer heute noch eine Ursachenanalyse anzustellen vor hat, wird schon als "Sympathisant" verdächtigt.

Wenn die Auseinandersetzungen um den Mescalero-Artikel und seinen Nachdruck wenigstens dazu führten, daß die folgenverantwortliche Reflexion unter den Linken zunähme, hätten Publikationen und Nachdruck wenigstens doch noch einen positiven Effekt. Dazu aber sind erforderlich: eine Zunahme an selbstbewußter Selbstkritik und ein Abschied von der Annahme, die Bundesrepublik stelle eine pädagogische Provinz dar, um linke Verhaltensweisen lernen zu können.

Diese m. E. notwendige kritische Distanzierung läßt nun aber Solidarität nicht nur zu, sie macht sie dort, wo Disziplinarverfahren eingeleitet, wo Repressionen aller Art in Gang gesetzt werden, notwendig. Wer die Asten und das politische Mandat abschaffen will, geht nicht nur den Asten an den Kragen, schmälert nicht nur die schon schmale demokratische Grundlage der Hochschulen, er leistet auch indirekt der Gewalt Vorschub. Wer den Herausgebern etwas am Zeug flicken, die Hochschullehrer in verfassungswidriger Weise dienstrechtlich belangen will, zeigt nur, daß es ihm um die Disziplinierung von Grundrechten und ihrer Verwirklichung zu tun ist. Wie sagte doch Filbinger: "Wenn alle Studenten und Professoren der CDU angehörten oder allenfalls der rechten SPD ..."

★

Weder Kotau noch Trotzreaktion

Zur Kritik des universitären Unterschriftenkarussells

Detlev Claussen

"Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt", war die wirksamste Parole unseres Pfingstkongresses 1976; aber das Wehren muß gelernt sein. Der Privatkrieg der RAF wird von den interessierten Kreisen dazu benutzt, diese Gesellschaft in eine allgemeine Kriegsstimmung zu versetzen, um nicht nur jeder Form sozialistischer Praxis, sondern auch bloßen Meinungsäußerungen das alte Etikett des "vaterlandslosen Gesellentums" anzuhängen. Diese Machenschaften müssen Widerspruch in Wort und Tat hervorrufen: das Wehren gegen Arbeitslosigkeit, Berufsverbot und kapitalistische Wirtschaftsplanung ist nicht nur die Wahrnehmung legitimer Einzelinteressen, sondern eine praktische Notwendigkeit, um das Überleben gesellschaftsverändernder, demokratischer und sozialistischer Kräfte zu ermöglichen. Die reaktionären Kräfte um Strauß und Dregger wollen durch die Errichtung eines **allgemeinen Gesinnungszwangs** endgültig die Sozialdemokratie zum Anhängsel ihrer eigenen Politik machen, mit der sie die Bundesrepublik zum autoritärsten Bollwerk in Europa gegen jede Veränderungsmöglichkeit ausbauen wollen. Die Sozialdemokratie, die jahrelang durch immer stärkere Rechtswendung ihrer Politik und autoritäres Krisenmanagement glaubte mit den Reaktionären konkurrieren zu können, womit sie ihre Basis in die totale Apathie trieb, gerät durch diese Politik täglich in eine schiefere Stellung. Jedes politische Wehren links von ihr benutzt sie, um sich als die Partei der "wehrhaften", sprich: autoritären Demokratie zu profilieren. Die Bomben und Salven der RAF sind für die etablierten politischen Parteien der Anlaß, die außerparlamentarische Linke von den Kämpfen gegen die autoritäre Entwicklung der Bundesrepublik abzulenken und sie in die **Pflicht der Staatserhaltung** zu nehmen. Sie provozieren den Widerstand und warten auf das sich verkehrte Wehren, um draufschlagen zu können. Aus diesem Grund kommt für sie dem **Verhalten sozialistischer Intellektueller**, die vor allem an den Hochschulen sitzen, besondere Bedeutung zu.

Für uns hat das Verhalten sozialistischer Intellektueller aus anderen Gründen eine wesentliche Bedeutung. Die linken Intellektuellen gelten in der Öffentlichkeit als Erben der Protestbewegung, sie werden stellvertretend für ein links von der Sozialdemokratie stehendes gesellschaftliches Potential genommen. Die Mobilisierung antiintellektueller Vorurteile gehört deshalb zum festen Arsenal der etablierten politischen Parteien. Die bürgerliche Öffentlichkeit prügelt auf der allgemein bekannten Tatsache herum, daß sozialistische Intellektuelle nicht unter gleichen Lebensbedingungen leben wie die Arbeiterklasse und versucht den Eindruck zu erwecken, daß letztlich diesen Intellektuellen ihre privilegierte Stellung wichtiger ist als ihr Sozialismus. Die Universität scheint der geeignete Ort zu sein, an dem dieser Widerspruch demonstriert werden kann. Das ganze Geschrei um die Herausgabe des "Buback-Nachrufs" hatte nur die Funktion, die sozialistischen Hochschullehrer in die Situation zu bringen, endlich "einmal Farbe zu bekennen", um sie entweder als Duckmäuser lächerlich machen zu können, wofür bei stellungslosen Akademikern und Studenten ohne Berufsperspektive ein dankbares Publikum besteht, oder aber sie zu Trotzreaktionen zu provozieren, die zu öffentlich legitimierter Handhabe werden kann, sie disziplinarrechtlich zu bedrohen.

Jeder neue RAF-Anschlag setzt diesen Mechanismus von neuem in Gang: sie ködern die Sozialisten mit der **linken Vergangenheit** einiger RAF-Mitglieder, um sie vor die Alternative von Solidarität und Distanzierung zu stellen. Die maßlose Reaktion auf die Mescalero-Zeilen, die dieses Provokationsmuster nur bestätigen, hat ein Klima der Verunsicherung geschaffen, daß manche Genossen schon ohne direkte existentielle Bedrohung Erklärungen unterzeichnen, die einem Schuldbekenntnis gleichkommen (siehe Kasten).

Wir haben in dieser Zeitung mehrfach betont, daß wir uns den von den Herrschenden hingehaltenen Schuh der Alternative von Solidarität oder Distanzierung nicht anziehen, weil die Mordanschläge auf Drenkmann, Buback und Ponto – mit dem einkalkulierten Risiko des Massakers von Köln – nichts, aber auch gar nichts, mit sozialistischer Praxis zu tun haben. Betroffen an der von "Politologen des Otto-Suhr-Instituts ... initiierten Erklärung anläßlich der Entführung von Hanns-Martin Schleyer" (FR, 10.9.77) macht vor allem das Einlassen auf die herrschenden Vorurteile gegenüber der Universität. Reizvokabeln wie "geistiger Nährboden", "niederträchtige Anschläge", "verharmlosen", die zum Vokabular der herrschenden Politik gehören, werden ohne Anführungsstriche übernommen. Unter der Formulierung "Mittel des Terrors" verschleiern solche Erklärungen ungewollt den wirklichen Charakter der RAF-Anschläge, die der Form und dem Inhalt nach **barbarische Taten einer unpolitischen Kleingruppe sind, die sich nach dem Muster einer Gang organisiert hat** (anhand der Geschichte der RAF werde ich diese These in einem weiteren Beitrag in "links" belegen).

Politisch verhängnisvoller als diese Abwesenheit von kritischer Analyse wirkt die Verpflichtung auf "die politischen und moralischen Fundamentalprinzipien unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens", als ob die herrschende Klasse von ihrer faschistischen Vergangenheit und imperialistischen Gegenwart, die in der Unterstützung des Völkermords in Vietnam gipfelte, durch eine .Hochschullehrererklärung erlöst werden könnte. Alle Erfahrungen mit dem autoritären Staat, die uns zu Sozialisten gemacht haben, die uns dazu geführt haben, **eine neue Moral und eine andere Politik zu praktizieren**, werden hier durch einen Federstrich vergessen gemacht. Der Geist der Staatserhaltung, der aus dieser Erklärung spricht, die mancher SB-Hochschullehrer unterschieben hat, bringt nicht nur die Parole "Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt", sondern unsere Politik gegen die Repression, die wir nicht nur an der Hochschule, sondern in der gesamten Gesellschaft führen, in Mißkredit. Nicht nur, daß sich durch dieses naive Unterschriftenverhalten billigste Sponti-Vorurteile gegen das "Akademiker-Souterrain" bestätigt fühlen können, sondern die in unserer Erklärung "Sozialismus und Terrorismus" ("links", September 1977) beschworene "tagtägliche Arbeit" wird in den Augen der Öffentlichkeit zum risikolosen Kleinen-Brötchen-Backen herabgesetzt: geht es nicht mehr um den vorbehaltlosen, gemeinsamen Kampf gegen autoritäre Tendenzen in dieser Gesellschaft oder zerfallen unsere Interessen, nach denen wir uns organisieren, schon unter der bloßen Drohung der Reaktion in egoistische Verhaltensweisen?

Die Auseinandersetzungen um den "Buback-Nachruf" haben nur das Zentralproblem der universitären Linken **nach** der Protestbewegung der 60er Jahre verdeutlicht. Seitdem die sozialliberale Koalition ihre Kanalisierungsversuche durch Ausbau der Universitäten, Mitbestimmungsversprechen und Stellenangebote aufgegeben hat und sich seit dem Hochschulrahmengesetz ihre universitätspolitische wie innenpolitische Linie überhaupt von der CDU/CSU vorschreiben läßt, wächst die Frustration unter den Hochschulangehörigen, die bis dahin den Lehr- und Lernprozeß als "ihre" Form politischer Praxis begriffen haben. Die studentischen Bedürfnisse nach Selbstorganisation verkamen ohne gesamtgesellschaftliche Bewegung auf ein privatistisches Emanzipationsinteresse (soweit sie nicht wie bei vielen Studentinnen durch die Frauenbewegung aufgenommen wurden oder sich durch die Teilnahme an Bürgerinitiativen politisieren und vornehmlich in der Anti-

---

Eine von Politologen des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität initiierte Erklärung anläßlich der Entführung von Hanns-Martin Schleyer haben binnen weniger Stunden 42 Hochschullehrer und 24 wissenschaftliche Mitarbeiter unterschrieben. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Morde an Siegfried Buback und seinen Begleitern, an Jürgen Ponto und den Begleitern von Hanns-Martin Schleyer sowie dessen Entführung veranlassen uns, als Hochschullehrer und wissenschaftliche Mitarbeiter öffentlich Stellung zu nehmen. Wir äußern uns, weil wir glauben, daß die Hochschulen zum politischen Terrorismus zu lange geschwiegen haben und weil zunehmend der Eindruck erzeugt wird, daß die Hochschulen den geistigen Nährboden für den Terrorismus abgeben. Wir erklären deshalb:

1. Wir verurteilen die Morde und die Entführung und sehen in ihnen niederträchtige Anschläge auf die politischen und moralischen Fundamentalprinzipien unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wir lehnen Gewaltanwendung als Mittel der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik ab.

2. Wir werden uns verstärkt mit all jenen Konzeptionen politisch und wissenschaftlich auseinandersetzen, die die Notwendigkeit auch gewaltsamer gesellschaftlicher Veränderungen nicht ausschließen, sofern sie gewollt oder ungewollt für die Bundesrepublik eine revolutionäre Situation suggerieren oder die Mittel des Terrors verharmlosen.

3. Wir werden auch in Zukunft allen Bestrebungen unter den Studenten entgegenwirken, die aus beruflicher und angeblich politischer Perspektivlosigkeit zu "klammheimlicher Freude" oder erschreckender Gleichgültigkeit gegenüber diesen politisch motivierten Morden tendieren und damit jenen Kräften in die Hände arbeiten, die politische Aktivitäten von Studenten ohnehin einzuschränken versuchen.

4. Wir werden schließlich auch allen Versuchen politischer Disziplinierung entgegentreten, die unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung die Hochschulen zu Helfershelfern des Terrorismus erklären, um eine wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung über die Strukturbedingungen und Reformmöglichkeiten der Gesellschaft zu unterbinden.

(Nachdruck aus FR vom 10.9.1977; die Erklärung wurde mit 177 Unterschriften von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern erneut als Anzeige in der FR vom 17.9.1977 veröffentlicht.)

AKW-Bewegung organisieren), während die sozialistischen Lehrer sich zunehmend akademisierten. Ihre **Verwechslung von Politik und Pädagogik** liegt schon in ihrer Berufssituation begründet: Seminare **über** Probleme des Klassenkampfes zu machen, wenn man auf unmittelbare Emanzipationsinteressen oder überhaupt keine Emanzipationsinteressen der Studenten trifft, scheint schon fast, als würde man wirklich Klassenkampf machen. Der "ideologische Kampf" tobt nun schon seit Jahren an allen Seminarfronten und produziert unter den Intellektuellen einen Antiintellektualismus, den Herbert Marcuse schon auf unserem Angela-Davis-Kongreß 1972 als "intellektuellen Masochismus" treffend kritisiert hat.

In dieses universitäre Klima der Bewegungslosigkeit platzen seit 1972 die Bomben und Maschinenpistolensalven der RAF und ähnlicher Gruppen. Da die Masse der unorganisierten Studenten, die seit Semestern von einem erfolglosen "aktiven Streik" zum andern taumeln, sich oft genug damit abfindet, daß ihre Praxis nichts ändert, beschäftigt sich ein großer Teil immer mehr mit der Praxis der anderen, als ob Schelskys reaktionärer Antiintellektualismus ("Die Arbeit tun die anderen") eine unveränderbare Wahrheit wäre. Nicht die Teilnahme an einem Kampf steht zur Diskussion, sondern das Räsonieren, das Biertischgerede und unpolitische Provokationen ersetzen politische Praxis. Aus jeder Zeile des Mescalero-Artikels spricht die Regression, das Verhalten eines trotzigen indianerspielenden Kindes, das weiß, daß an der RAF-Praxis nichts zu retten ist, und trotzdem den Eltern noch einmal zeigen möchte, daß es noch nicht wie der Große Weiße Mann Anzug und Krawatte trägt. Seiner privaten "klammheimlichen Freude" entspricht seine öffentliche Dummheit. Wir befinden uns eben nicht mehr im Indianerspiel, sondern in der ernsten Wirklichkeit des Autoritären Staates, der aus der Protestbewegung gelernt hat, die Wunden der pädagogischen Provinz zu reizen, um die Fehler der Provinzler in der demagogischen Metropole auszuschlachten.

Bot der Mescalero-Artikel die Gelegenheit, den studentischen Protest gegen die reaktionäre Tendenzwende im Bildungswesen zu erledigen, so war die trotzige, unkommentierte Herausgabe des Nachrufs durch die Hochschullehrer der willkommene Anlaß, einmal zu **testen**, wie es mit der Widerstandskraft von Sozialisten bestellt ist, die den langen Marsch durch die Institutionen angetreten haben. Die professoralen Herausgeber handelten als Hochschulpädagogen: sie nutzten die Gelegenheit, den studentischen Protesten, die sich auch gegen die Apathie und das Schweigen vieler Hochschullehrer gegenüber den sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen richteten, zuvorzukommen und mit der Herausgabe nicht nur gegen die reaktionäre Kampagne zu protestieren, sondern zugleich auch sich selbst vor den Studenten zu profilieren. Die unkommentierte Herausgabe des Mescalero-Artikels, die jeden Geruch von Distanzierung vermeiden sollte, wo doch politische Kritik erfordert war, war eine **Anpassungsleistung** an das oben charakterisierte **studentische Milieu**. Ein großer Teil der Hochschullehrer, die zur Zeit der Protestbewegung noch mehr oder weniger antiautoritäre Studenten waren, leidet an dem unglücklichen Bewußtsein, daß sie durch ihre gesellschaftliche Stellung kein unmittelbares Verhältnis mehr zur studentischen Politik haben, von der sie sich noch nicht emanzipieren konnten. Sie werden mit ihrer neuen Rolle politisch nicht fertig und sehnen sich nostalgisch nach den alten Gemeinsamkeiten.

Diese Halbheit haben Herren wie Vogel und Albrecht kühl ausgenutzt, um die universitäre Linke zu spalten, gesellschaftlich lächerlich zu machen und, wie gehabt, alte antiintellektuelle Ressentiments wiederzubeleben. Die materiellen Drohungen mit Disziplinarverfahren haben auch bewirkt, daß die politischen Unklarheiten vor aller Welt dargetan wurden (siehe Spiegel-Interview mit Gerstenberger, Knieper, Preuß, Nr. 34/77) und ein Rückzieher nach dem anderen folgte. Das kritiklose Verhalten zum Micky-Maus-Geschreibe des Mescalero schlägt um in ein Maus-Verhalten gegenüber dem Autoritären Staat.

Es heißt, unbewußt dem ganzen Gerede vom "neuen Faschismus" aufsitzen, das uns irgendwelche RAF-Ideologen um die Ohren posaunen, wenn wir so tun, als ob heute ein verkehrtes sich Wehren gleich ein existenzbedrohendes Urteil nach sich zöge. Der zweifellos vorhandene Druck an den Universitäten darf nicht noch weiter hochgespielt werden, daß für den einzelnen nur noch **die unpolitische Alternative von Kotau oder Trotzreaktion** übrigbleibt. Jenseits der abstrakten Entscheidung von Solidarität oder Distanzierung, von Verbalradikalismus oder Zu-Kreuze-Kriechen müssen wir uns solidarisch wehren gegen Gesinnungszwang, Einschränkung von Kritikmöglichkeit und Bespitzelung am universitären Arbeitsplatz. Eine solche Widerstandspraxis gehört zum richtigen Leben und spricht für sich selbst.

Die sich überstürzenden und widersprechenden Erklärungen, die an allen Universitäten als eine Art Unterschriftenkarussell zirkulieren, machen doch nur das große Verwirrspiel mit, durch das die Wahrnehmung oppositioneller Interessen gegenüber Arbeitslosigkeit, Berufsverbot, kapitalistischem Wirtschaftswachstum, das unsere Lebensbedingungen zu vernichten droht, auf dem **Altar der Volksgemeinschaft** geopfert werden soll. Die Erklärung, die einige SB-Genossen in der schlechten Gesellschaft von Friedeburg, Krupp und Graf von Krockow unterzeichnet haben, schreibt in Punkt 4 (siehe Kasten) angesichts des "Terrorismus" politische Aktivitäten an der Hochschule auf die "Auseinandersetzung über die Strukturbedingungen und Reformmöglichkeiten der Gesellschaft" fest. Wir können nicht so tun, als ob wir erst am Anfang der Diskussion stünden und die letzten 10 Jahre nicht gewesen wären. Der Bankrott traditioneller Reformstrategien muß doch nicht erst noch von Schmidt per Bundesgesetzblatt erklärt werden, bevor wir beginnen können, neue Strategien zur grundsätzlichen Veränderung der spätkapitalistischen Klassengesellschaft in die Tat umzusetzen.

Man kann den Verhältnissen nicht verbrauchte Reformmelodien vorspielen, seit ein völlig anderer Marsch geblasen wird: wer Fests Hitlerfilm gesehen hat, die allgemein genüßliche Zustimmung zu Kapplers Entführung beobachtet und die Straußund Dreggerreden verfolgt hat, dem muß klar sein, daß kein "neuer Faschismus" da ist, sondern ein ganz alter wieder hervorkommt. Die Aufgabe der Stunde muß es deshalb sein, die **antifaschistische Eindeutigkeit sozialistischer Politik** wiederherzustellen, die durch die barbarischen Taten der RAF und ihre zweideutigen Ideologen wie Croissant vor den Augen der Öffentlichkeit verzerrt worden ist. Diese antifaschistische Klarheit läßt sich aber nur herstellen, wenn man nicht zweifelhafte Bündnisse abschließt und gemeinsame Erklärungen mit solchen Professoren abgibt, die z. T. – gelinde gesagt – Konflikte mit der studentischen Linken benutzt haben, um sich selbst zu profilieren und denen die Unabhängigkeit der Hochschulen vom Staat weniger am Herzen lag. Die autoritäre Tendenz kommt nicht von irgendwelchen Randfiguren, sondern sie kommt aus dem gesellschaftlichen Leben selbst, in dem die Individuen sich so ohnmächtig fühlen, daß sie eine sozialistische Veränderung für unmöglich halten. Wenn man sich im luftigsten Raum dieser Gesellschaft, der Universität, schon das Rückgrat brechen läßt, indem man ein Schuldbekenntnis nach dem anderen unterschreibt, sich selbst auf eine öffentliche Anklagebank setzt, dann bestätigt man diese Ohnmachtserfahrung und trägt wider Willen zur allgemeinen Entpolitisierung bei.

Wenn wir in "links", Juli/August 1977, die Naivität der Buback-Veröffentlichung aus Göttingen kritisiert haben, weil sie sich nur auf die Diskussion in "der" Uni-Linken bezieht, als ob die Universität im luftleeren Raum schwebte, dann erscheint es uns aber auch als linksinterne Überreaktion, wenn sozialistische Praxis durch bloße Stellungsnahmen auf die **Wirkung in der bürgerlichen Öffentlichkeit** reduziert wird. Öffentlichkeit ist doch kein neutrales Medium, mit dem man mehr oder weniger geschickt umgehen kann, sondern wird von denselben Machtstrukturen bestimmt wie die gesamte Gesellschaft. Sie kann also ebenso wie diese nur durch wirkliche Kämpfe verändert werden, nicht allein durch Erklärungen und Stellungnahmen. Die Öffentlichkeit, obwohl sie feindlich eingestellt gewesen ist, war zur Verbreitung unserer Kämpfe gezwungen, als die Protestbewegung die Gesellschaft zu verändern begann, ebenso wie sie in den großen wilden Streikbewegungen 1969 und 1973 unfreiwillig mobilisiert hat, so daß sich der damalige sozialdemokratische Kanzler zu der sicherlich übertriebenen Feststellung hinreißen ließ: "Wie in Vietnam!" Die universitäre Linke hat eine wichtige Bedeutung bei der Veränderung dieser Gesellschaft, aber Voraussetzung dafür ist, daß sie den aufrechten Gang nicht verlernt, sich nicht in die Anonymität flüchtet, sondern dafür einsteht, wofür man einstehen kann: die Taten der RAF sind weder antiimperialistisch, antikapitalistisch oder sozialistisch, sondern sie sind Bestandteile der autoritären Tendenzen der spätkapitalistischen Klassengesellschaft, die den millionenfachen Völkermord in Vietnam hervorgebracht hat ebenso wie sie sich als unfähig erweist, die republikanischen Freiheiten, die ihrem eigenen Anspruch nach unaufhebbare Rechte sein sollten, zu garantieren. Vielmehr wird jeder Anlaß benutzt, die im antifaschistischen Widerstandskampf und der jahrhundertalten, heute erneuerten sozialistischen Emanzipationsbewegung wieder angeeigneten und ausgeweiteten Errungenschaften der Französischen Revolution aus der Geschichte zu streichen. Die republikanischen Freiheiten mit dem Kampf um die Abschaffung der Lohnarbeit zu verbinden, ist die historische Aufgabe, von der uns keine von der Reaktion in ihrer Bedeutung noch so hochgespielte Wahnsinnstat und damit verbundene antiintellektuelle Pogromhetze abbringen darf Das ist die **rote Farbe, die wir bekennen können**; und zwar nicht nur dann, wenn es von uns verlangt wird. ★

oh wie schön! nr.7 2.-dm

zeitschrift der autonomie

ITALIEN
- arbeiterwissenschaft
- organisierte autonomie und aneignungskampf
- autonome und brigate rosse
- historischer kompromiss und seine opposition

STADTPLANUNG u.a.m.

Anschrift:
c/o Buchladen Aktion
Nauklerstr. 20
7400 Tübingen-1

Russell-Tribunal

Das vorläufige Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Internationalen Russell-Tribunals über die Repression und die Verletzung der Menschenrechte in der BRD hat in seinem Rundbrief 4 angekündigt, daß Mitte Oktober die Konstituierung der Jury, die öffentliche Bekanntgabe der Namen der Juroren und der Schwerpunkte der zu behandelnden Thematik erfolgen werden. Anfang 1978 soll eine erste öffentliche Sitzung des Tribunals stattfinden. Das vorläufige Sekretariat erarbeitet zur Zeit Gutachten, die zur konstituierenden Sitzung der Jury vorgelegt werden, und zwar Gutachten zur Problematik der Berufsverbote, von Zensurmaßnahmen (sowohl in den Medien als auch in Form strafrechtlich praktizierter Zensur), der Behinderung und Verfolgung von Verteidigern, der Haftbedingungen und Verteidigungsbehinderung politischer Gefangener, der Praxis der Polizei und des geplanten einheitlichen Polizeigesetzes, des Asyl- und Ausländerrechts, der bundesdeutschen Geheimdienstpraxis und der Zusammenarbeit mit solchen Diensten anderer Staaten, der Unterdrückung von Frauen und Frauengruppen sowie zur Gewerkschaftsproblematik (Maßnahmen gegen Gewerkschaften, Unvereinbarkeitsbeschlüssen u.ä.). Der Rundbrief 4, der auch Bemerkungen zur Materialaufbereitung, kurze Erläuterungen zu den Kriterien "Menschenrechtsverletzungen" und "Besonderheit der BRD" sowie die Charta der Vereinten Nationen vom 20. Juni 1945 enthält, kann gegen Voreinsendung von DM 1.-- (in Briefmarken beifügen) angefordert werden bei vorläufiges Sekretariat zur Vorbereitung des Dritten Russell-Tribunals, Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30.

Das vorläufige Sekretariat hat einen weiteren Rundbrief angekündigt, der drei Schwerpunkte haben wird:

1) Einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Bertrand Russell Peace Foundation und die beiden bisherigen Tribunale;

2) die Menschenrechte (Fortführung der Darstellungen aus Rundbrief 4);

3) Vorstellung der Mitglieder des dritten Russell-Tribunals mit jeweils einer kurzen Biografie.

Unter den wachsenden repressiven Bedingungen, vor die sich politisch engagierte und damit auch sozialistische Arbeit in der BRD gestellt sieht, kommt dem Russell-Tribunal zunehmende Bedeutung zu. Deshalb kommt es gerade jetzt, bis zum ersten öffentlichen Auftritt der Jury, darauf an, eine breite Unterstützung für das Stattfinden und die Zielsetzung des Tribunals zu erreichen. Ein besonderer Schwerpunkt sollte in diesen Wochen auf die Unterschriftensammlung zum "Aufruf der Bertrand Russell Peace Foundation" gelegt werden (benutzt den gelben Unterschriftenvordruck, der der September-Nummer von "links" beigefügt war). Das Sozialistische Büro hat beim vorläufigen Sekretariat angeregt, zu prüfen, ob es sich realisieren läßt, den Aufruf mit *sämtlichen* Unterschriften in einer Großanzeige zu veröffentlichen, da u. E. eine solche Aktion der gegenwärtigen politischen Verunsicherung entgegenwirken und die Zielsetzung des Russell-Tribunals einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen könnte.

Neben einer Fortführung und Intensivierung der Unterschriftensammlung sollten wir dazu beitragen, daß in möglichst vielen linken/radikaldemokratischen Organisationen, Gruppierungen und Arbeitszusammenhängen Unterstützungserklärungen diskutiert und dem vorläufigen Sekretariat zugeleitet werden, die das Zustandekommen eines Russell-Tribunals begrüßen, die Unterstützung des Tribunals bekunden und die eigenen Erwartungen, die wir in das Tribunal setzen, zum Ausdruck bringen (siehe Erklärung des Arbeitsausschusses des SB zum Russell-Tribunal in "links", Juli/August 1977).

Nach wie vor ist es eine wichtige Aufgabe, daß auch wir vom SB dazu beitragen, daß das Russell-Tribunal nicht an finanziellen Problemen scheitert. Das Tribunal, das sich aus Juroren verschiedener Länder zusammensetzt und das in zwei bis drei jeweils längeren öffentlichen Sitzungsperioden tagen wird, wird mindestens 200.000 DM kosten. Bezahlt werden müssen u.a. die Publizierung der Materialien, eine intensive Öffentlichkeitsarbeit, Reisekosten für die internationale zusammengesetzte Jury, Auslagenersatz für Zeugen und Gutachten, Saalmieten und nicht zuletzt Bürokosten, Telefon, Porto usw.

Das SB hat ein Sonderkonto "Russell-Tribunal"eingerichtet, dessen Spendeneingang ausschließlich für das Russell-Tribunal verwendet wird. Bisher sind auf das Russell-Spendenkonto des SB rund 12.000 DM an Spenden eingezahlt worden, wovon bereits 10.000 DM an das Sekretariat weitergeleitet wurden.

Spenden sind zu überweisen auf das SB-Sonderkonto Russell-Tribunal bei Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Konto-Nr. 17413263-12 (das Postscheckkonto der Bank lautet Frankfurt Nr. 172480-600). Wir rufen erneut zu Spenden auf! **KLAUS VACK**

Unterstützung für ein Russell-Tribunal

Auf einer gemeinsamen Sitzung am 22. September 1977 haben die Humanistische Union, die Jungdemokraten, die Jungsozialisten in der SPD, der Liberale Hochschulverband und die Sozialistische Jugend Deutschlands – die Falken –, folgende Erklärung beschlossen:

Wir orientieren uns an den Grundrechten und an den Grundprinzipien der Verfassung und haben in den vergangenen Jahren Verstöße dagegen öffentlich kritisiert. Wir sind der Auffassung, daß auch bei der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und mit erklärten Gegnern der Verfassung die Grundrechte und die Prinzipien des Grundgesetzes nicht angetastet werden dürfen.

Wir begrüßen die Absicht der Bertrand-Russell-Peace-Foundation, ein Tribunal über Grundrechtsverletzungen in der Bundesrepublik durchzuführen. Wir sind der Auffassung, daß zum Beispiel die Frage der Nichteinstellung in den öffentlichen Dienst, strafrechtliche Zensurmaßnahmen, inzwischen auch durch den außerrechtlichen Begriff des "Sympathisanten" und die Verwendung der Kategorie des übergesetzlichen Notstandes im Strafprozeßrecht und bei der Arbeit des Verfassungsschutzes eine internationale Untersuchung rechtfertigen.

Wir erwarten von der weltweit angesehenen Peace-Foundation und der von der Foundation berufenen Jury, gestützt auf die bisherigen Erfahrungen früherer Tribunale, eine vorurteilsfreie Untersuchung und damit eine Stärkung rechtsstaatlicher Positionen in der Bundesrepublik. Wir begrüßen es, daß die Friedensstiftung erklärt hat, bei der Durchführung des Tribunals ausschließlich mit Organisationen zusammenzuarbeiten, die Grundrechte als eine fundamentale Errungenschaft ansehen und die nicht nur ein taktisches Verhältnis zu den Grundrechten haben. ★

Originalgrafik als Postkarte:
edition staeck, Postfach 102063
6900 Heidelberg

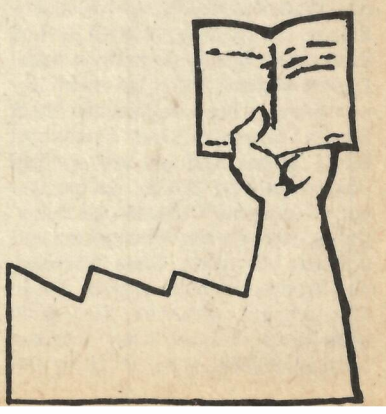
Bücher- & Papervertrieb des SB

Der Bücher- & Papervertrieb des SB wird ab 1. Oktober 1977 im Auftrag des Sozialistischen Büros/Verlag 2000 GmbH durch den Willi Münzenberg Buchversand GmbH, Bergstr. 1, 2900 Oldenburg betrieben. Der Vertrieb, der Anfang 1970 beim Sozialistischen Büro Offenbach eingerichtet und vom 1.1.1974 durch das Buchladen Kollektiv GmbH in Duisburg geführt wurde, dient auch zukünftig der Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, von Erfahrungsberichten projektbezogener Aktivitäten usw. Der Vertrieb richtet sich vor allen Dingen an Genossinnen und Genossen in der Provinz bzw. in Städten, in denen keine linken Buchhandlungen bestehen, um diesen Interessenten den Erwerb sozialistischer Literatur zu erleichtern. Außerdem soll mit dem Bücher- & Papervertrieb zur Finanzierung basisbezogener Aktivitäten im Rahmen des SB beigetragen werden. Der Willi Münzenberg Buchversand GmbH hat sich verpflichtet, von dem Bruttoumsatz aus dem Bücher- & Papervertrieb 5% abzuzweigen; dieses Geld kommt nach Absprache mit den betroffenen Gruppen dem Sozialistischen Büro im regionalen Bereich Weser/Ems zugute.

In einer der nächsten Ausgaben von "links" wird der Willi Münzenberg Buchversand sein politisches Selbstverständnis und die Kriterien für das Sortiment des Bücher- & Papervertriebs (das aus Kosten- und Arbeitsgründen begrenzt gehalten werden muß und also nicht so umfassend sortiert sein kann wie in einer Buchhandlung) erläutern.

Dieser Ausgabe von "links" ist die erste von dem Willi Münzenberg Buchversand zusammengestellte Bücher- & Paperliste beigefügt (die Liste soll halbjährig aktualisiert herausgegeben und u.a. durch Beilagen zu den Publikationen des SB verbreitet werden). Wir fordern alle Genossinnen und Genossen auf, ihre Literatur, soweit sie auf der Bücher- & Paperliste vertreten ist, über den Vertrieb zu beziehen und damit auch zur Finanzierung von SB-Praxis beizutragen.

SOZIALISTISCHES BÜRO



★

Ehefrauen der Zementwerker in Erwitte berichten

Die Frauengruppe Erwitte hat jetzt eine Broschüre herausgebracht, in der sie in verschiedenen Aufsätzen und Tonbandaufzeichnungen ihre Situation als nicht berufstätige Arbeiterfrauen darstellt. Die Frauen schreiben im Vorwort zu dieser Broschüre: „Diesen Bericht widmen wir Erwitter Frauen allen Frauen, die nicht nur die Schürze tragen wollen und deren Dasein bisher nur auf die Kindererziehung und den Haushalt beschränkt war. Unser bisheriges Leben ist die Rolle der Hausfrau gewesen, und von unseren Eltern sind wir auf die Mutterrolle fixiert worden, wie seit Generationen die Mädchen für diese Rolle erzogen wurden. Wir wollen auch teilhaben am gesellschaftlichen Leben. Wir haben auf Veranstaltungen, zu denen wir eingeladen waren, gemerkt, daß man uns immer wieder in bestimmte politische Schubladen stecken wollte. Aber wir sind keine Feministinnen, noch einer speziellen Partei zugehörig.

Bild: Mai-Kollektiv

Wieviele wir sind? Während des Arbeitskampfes trafen sich etwa 25 Frauen. Heute besteht die Frauengruppe aus 8 Frauen im Alter von 28 bis 50 Jahren. Wir treffen uns alle 14 Tage, um über aktuelle und gewerkschaftspolitische Fragen zu diskutieren. Neben unserer Hausarbeit gehen wir keiner anderen Arbeit nach.

Früher kannten wir uns kaum. Kennengelernt haben wir uns zur Zeit der Werksbesetzung auf Versammlungen, die die Gewerkschaft für uns und unsere Männer organisiert hatte. Unsere Männer hatten auf einem Zementwerk in der westfälischen Stadt Erwitte gearbeitet. Der Firmenchef F. C. Seibel warf sie wie unnütze Sklaven auf die Straße, als die Geschäfte nicht mehr so liefen wie früher. Dieses Handeln des Arbeitgebers verstanden wir nicht. Seine Millionen, den Wohlstand, hatte er doch diesen Männern zu verdanken. Sie waren stets ohne Murren ihren Pflichten nachgekommen. Viele von ihnen hatten zehn, zwanzig Jahre und mehr für ihn gearbeitet, Überstunden gemacht, geschuftet.

Wir Frauen waren gezwungen, uns mit einem Problem zu beschäftigen, das vollkommen neu für uns war. Viele Fragen, die, durch die Arbeitslosigkeit der Männer aufgeworfen, nun im Raum standen, konnten wir allein mit unseren Männern nicht klären. Keiner wußte, wie es weitergehen sollte. So ergab es sich, daß wir uns zusammenschlossen und gemeinsame Ideen entwickelten. Wir stellten fest, daß wir von Arbeitskämpfen und Gewerkschaftsarbeit keine Ahnung hatten.

An den Rand der Gesellschaft hatten wir uns drücken lassen, dadurch, daß wir unsere Hausfrauenpflicht jahrelang zu wichtig genommen hatten. Wir hatten es nicht anders gelernt. Die Männer wußten es auch nicht besser. Jetzt wollten wir mehr wissen und uns auch beteiligen. Unsere Hemmungen zu reden und Fragen zu stellen, waren anfangs sehr groß und kosteten einigen von uns Überwindung. Als wir aber merkten, daß wir uns alle mit den gleichen Problemen herumschlagen mußten, wurden wir uns vertrauter. Wir nahmen aktiv am Arbeitskampf teil. Dabei haben wir viel gelernt, allem voran, was hinter dem Wort Solidarität steckt.

Unsere Lage hat sich inzwischen geändert. Diese Änderungen haben sich nicht ohne Schwierigkeiten vollzogen. Das neu erworbene Selbstbewußtsein bringt auch den Männern einige Probleme. Das ging in den einzelnen Familien unterschiedlich vor sich. Viele Männer sind hier noch der Meinung: "Die Frauleut gehören an den Kochtopf!"

Diese Befreiung hat in uns Frauen eine veränderte Haltung gegenüber den gesellschaftlichen Einrichtungen bewirkt. Wir wollen nicht mehr, daß die Erziehung z. B. alleinige Aufgabe der Frau bleibt. Die soziale Isolierung wollen wir durchbrechen.

Fazit aus allen bisherigen Erfahrungen: Wir brauchen Schicksalsschläge nicht einfach als von Gott gegeben hinzunehmen, sondern wir müssen uns ganz energisch dagegen zur Wehr setzen!

Einiges von unseren Erfahrungen, von unseren Veränderungen und aus unserem bisherigen Leben haben wir niedergeschrieben. Es sind ja nicht allein unsere Probleme, von denen hier berichtet wird.

Allen wollen wir sagen: Haltet zusammen und wehrt Euch, wenn Ihr glaubt, daß Euch Unrecht geschieht! Helft auch den Männern, mit der Befreiung der Frauen fertig zu werden!"

Die einzelnen Beiträge der Broschüre: • Tag für Tag • Wir haben alle unter der Arbeit bei Seibel gelitten • Die Frauengruppe • Ich habe mit 13 angefangen zu arbeiten • Kurse, Weiterbildung, das würde uns interessieren • Öffentlichkeit, etwas neues für uns • Man lernt andere Leben kennen • Die Frauengruppe ruft zu einer Demonstration auf • Nebenbei arbeiten, was das für eine Doppelbelastung ist • V., 46 Jahre, 23 Jahre verheiratet, Hausfrau, 5 Kinder • A., 51 Jahre, 24 Jahre verheiratet, Hausfrau, 8 Kinder • Schichtarbeit , Überstunden ..., da ist keine Zeit für Kinder • Lohn für Hausarbeit? • Die Gewerkschaften und die Frauen • Chronologie des Arbeitskampfes der Zementwerker bei Seibel und Söhne in Erwitte.

Die Broschüre (108 Seiten) ist zum Preis von DM 4,-- erhältlich über Mai-Kollektiv, 6 Frankfurt, Fürstenbergerstr. 177, Tel. 0611/554910.

Zur Situation der ESG Hannover

Für die Arbeit der ESG Hannover hat das LKA (Landeskirchenamt) die Ampeln nach wie vor auf rot gestellt. Seit vier Monaten ist das Thomas Müntzer-Haus verschlossen (siehe "links" Juli/August '77, Nr. 90). Die Zusage des LKA, es zum 1. August zu öffnen, wurde nicht eingehalten, obwohl inzwischen drei Pfarrer ihre offizielle Bestallung als Studentenpfarrer erhalten haben – zwei in Nebentätigkeit. Ihrer Aufgabe gehen sie in kirchlichen Jugendzentren u.a. Räumen nach. Über die weitere Verwendung des Thomas Müntzer-Hauses werden Überlegungen angestellt, z. B. Verwendung für das Schulpfarramt. Das Haus wurde inzwischen mit entsprechenden Kosten "chemisch gereinigt".

Dieser Konzeptionslosigkeit stehen studentische Gruppen und andere Hochschulangehörige gegenüber, die sich auf die Arbeit der ESG im Wintersemester 77/78 vorbereiten, wie bisher, bereichert durch die "kirchlichen Erfahrungen" des Sommersemesters, die der Mitarbeiterkreis der ESG in zwei Dokumentationen bereits würdigte und weiterdiskutiert. Neu ist dabei die sich schärfer stellende Frage nach christlicher Gemeinde einerseits und ihrem Verhältnis zur verfaßten Kirche andererseits.

Zunächst hatte es den Anschein, die "neuen Studentenpfarrer" würden ihre Arbeit im Thomas Müntzer-Haus aufnehmen, sobald ihr "neuer Anfang" personell durch Zulauf politisch gemäßigterer oder rechts stehender Studenten gesichert wäre. Nun hat es den Anschein, daß eine solche Absicherung sich schwieriger gestaltet als erwartet, die Wiedereröffnung des Hauses ist nicht mehr terminiert, Rückzug auf die formale LKA-Linie: Wir können erst wiedereröffnen, wenn die ständige Aufsicht des Hauses gewährleistet ist – aber der Umzug des einen "neuen Studentenpfarrers" läßt auf sich warten.

Das LKA schätzt die Möglichkeit der Eleminierung der ESG-Arbeit zur Zeit zu Recht gering ein. Die ESG hatte in den 1 1/2 Wochen Wiedereröffnung des Thomas Müntzer-Hauses gezeigt, welche Unterstützung sie im Hochschulbereich erfährt, der Protest gegen die erneute Schließung war in der Nacht des 21./22. Juni sichtbar geworden, als es viele rote Hähne auf kirchliche Gebäude in Hannover "regnete"; das LKA dürfte auch die Unterstützung der anderen ESGs der Region nicht unterschätzen, was deutlich wird in dem mehrfach unternommenen Versuch, die ESG Hannover von denen in Göttingen, Clausthal, Osnabrück zu isolieren, mit der Behauptung, überall gings gut, nur nicht in Hannover.

Auf der Ebene ideologischen Streites beharrt das LKA auf der Position, Thomas Müntzer nicht "hinnehmen zu können", weil er die Gottlosen auszurotten als Gottes Absicht vertreten hätte – 1. Sam. 2,9: "Er wird behüten die Füße der Heiligen, aber die Gottlosen sollen zunichte werden in Finsternis; denn viel Macht

1. Alternative Buchmesse
10.-16. Oktober in Frankfurt – Theater am Turm

Die in der Arbeitsgemeinschaft Alternativverlage (AGAV) zusammenarbeitenden 40 Kleinverlage und Literaturzeitschriften rufen zur Teilnahme an der 1. Gegenbuchmesse auf.

Neben der Verkaufsausstellung im Foyer des Theaters, die täglich ab 15 Uhr geöffnet ist, einer Reihe von Straßenaktionen in der Innenstadt, finden im großen und kleinen Saal des Theaters am Turm regelmäßige Lesungen, Diskussionen und Darbietungen der Folk- und Politliedermacher statt.

Themenschwerpunkte, die behandelt werden: Politische Justiz, Rechtsruck in der BRD, Mundartliteratur, Neue Sensibilität, Satire, Männer-Frauenliteratur etc.

Mit diesem alternativen Programm soll ein deutliches Gegengewicht gegenüber dem offiziellen Buchmesserummel vom 12.-17.10. und eine weiteres Stück Gegenöffentlichkeit geschaffen werden.

Eröffnet wird die 1. Gegenbuchmesse am Montag, den 10. Oktober, 20.00 Uhr; es spielen die Rockgruppen Missus Beastly (sie spielte auch auf dem Antirepressionskongreß) und Check Point Charly, Klaus der Geiger u.a. – über Frauen- und Männerliteratur diskutieren u.a. Anette Dröge und Volker Pilgrim – dazwischen wird der Alternative Friedenspreis verliehen.

Nähere Informationen bei Rainer Breuer, Postfach 1401, 55 Trier G.P.

Ein ganz gewöhnlicher Mordprozess?

Zum Prozeß gegen K.H. Roth und Roland Otto und der Erschießung Philipp Werner Saubers

aufgenommen in der GRUGA in Essen am 27.11.1976

mit KOLNER STRASSENMUSIK Gmbh&Co KG - KLAUS DER GEIGER - NORBERT, WALTER u.v.a. - FRANK BAIER - WALTER MOSSMANN - ECK - DAVE CORNER - WOLF BIERMANN - ANDRES CARMONA - ALFONSO MAESTRE - ADOLFO CELDRAN - QUINTIN CABRERA - MARCOS VELASQUEZ - FRANCO TRINCALE u.v.a.

Doppel-LP mit Textheft, Adressen von beteiligten Bürgerinitiativen und Redebeiträgen DM 22,—

Bestellungen bei

Spanischer Kulturkreis
Kibbelstr. 12
43 Essen
Tel. 0202/236602

Unterstützungsbüro für Roland Otto und Karl-Heinz Roth
Glasstr. 80 5 Köln 30
Tel. 0221/520579

Stellenangebot: Schulversuch Glocksee

In der nächsten Zeit ist am "Schulversuch Glocksee" die Stelle für eine(n) Grund- und Hauptschullehrer(in) (A 12) zu besetzen.

Der Schulversuch Glocksee ist ein staatlicher Schulversuch und umfaßt einzügig die Klassen 1-6. Die politisch-pädagogische Grundkonzeption geht von einer konsequenten Entschulung der Lernprozesse und der gesamten Lernorganisation sowie von der Notwendigkeit aus, die Kinder in ihren Potentialen zu selbstreguliertem Verhalten zu unterstützen.

Der Lehrer sollte neben seinem Engagement für eine radikale Erziehungsform auch Interesse an entsprechender sozialwissenschaftlicher Theoriearbeit mitbringen.

Aus verwaltungstechnischen Gründen müssen die Bewerber aus dem Land Niedersachsen kommen sowie die 2. Staatsprüfung absolviert haben. Die Bewerbung läuft zunächst intern über den Schulversuch. Anfragen und Bewerbungen bitte möglichst umgehend an:

Schulversuch Glocksee, Glockseestr. 35, 3 Hannover 1.

hilft doch niemandem" – der alte Sprung positiver Wissenschaften, die eine idealisierte Fortschrittsgläubigkeit auf den großen Schritt vom Alten zum Neuen Testament übertragen, aber den verhängnisvollen Schritt praktizierter Gottlosigkeit nicht bemerken!

Die Aktionsgemeinschaft Kirche in der Gesellschaft wird Ende Oktober eine öffentliche Diskussion zum Thema Luther/Müntzer veranstalten, die Fragestellung findet sich in den Programmen aller regionalen ESGs im Wintersemester. Vom LKA war bislang nur vom Interesse an solcher Diskussion zu hören.

Um die Strategie des LKA zu würdigen, empfiehlt es sich, das "Rotbuch Kirche" zur Hand zu nehmen. Danach sind Evangelische Akademien, Katechetische Ämter, ESGs, der Ökumenische Rat der Kirchen, Evangelische Pressedienste, Junge Kirche u.a. nicht als Äußerungen der Kirche ernstzunehmen, weil sonst Gottes Wort nicht mehr rein und lauter ...

Umso notwendiger müssen wir die Frage stellen, ob sich Luthers Ethik nicht gerade davor drückt, daß Gottes Wort "Fleisch" wird: "das konkrete gebotene Werk ist also für die einen (Untertanen) der selbstlose Gehorsam, für die anderen (Herren) die selbstlose Herrschaft" (Ekkard Brösch in "Geber Gabe Aufgabe", Kaiser 1958). Das hat auch so zu bleiben, die Verantwortlichen der Kirche verhindern, Luther in der Weise an Thomas Müntzer zu messen, daß trotz seiner Glorifizierung reformatorische Alternativen sichtbar werden können. Die ESG jedenfalls vermutet wohl nicht zu Unrecht, daß mit dem Versuch, sie auf Thomas Müntzer ideologisch festzulegen, der Menschen (Gottlose!) zu töten befiehlt, ihre Frage nach ständiger Klärung ihrer Parteilichkeit getroffen werden soll.

HERMANN BERGENGRUEN

Internationale Jugend-Begegnungsstätte bei Auschwitz

"Nach mehr als 30 Jahren ist noch nicht alles vergessen", so kommentiert in diesen Tagen die Zeitung 'Davar' (Tel Aviv) die Stimmung in der Bevölkerung Israels zu der Flucht des ehemaligen SS-Offiziers Kappler aus italienischer Haft. Im Ausland wird die Bundesrepublik Deutschland mit zunehmender Skepsis beobachtet.

In dieser Situation kommt dem Bemühen engagierter Deutscher, die nicht vergessen und verdrängt haben, sondern die Völker, die unter den Verbrechen des Nationalsozialismus gelitten haben, um Versöhnung bitten, besondere Bedeutung zu. Eine Organisation, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, 'Versöhnung sichtbar zu machen' ist die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste. Junge Menschen arbeiten freiwillig für 12 oder 18 Monate in sozialen Aufgabenfeldern in verschiedenen Staaten. So hat die Aktion Sühnezeichen in den sechziger Jahren durch den Bau der Internationalen Begegnungsstätte Coventry für die deutsch-englische, durch den Bau der Versöhnungskirche in Taizé für die deutsch-französische und durch den Bau der Internationalen Sozialakademie in Rotterdam für die deutsch-niederländische Aussöhnung wesentliche Schrittmacherdienste geleistet.

In diesem Geist plant die Aktion Sühnezeichen nun in Zusammenarbeit mit dem polnischen Verband ehemaliger Widerstandskämpfer die Errichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte bei Auschwitz.

In Auschwitz, diesem Tiefstpunkt der deutschen Geschichte, soll für die Jugend ein Zeichen der Hoffnung und des Neubeginns entstehen. Auschwitz ist überall wieder möglich, wenn Menschen nicht lernen, menschlich miteinander umzugehen. Jugendliche können dort aus der Geschichte lernen, damit sie befähigt werdern, zu verhindern, daß es jemals wieder ein Auschwitz gebe.

Die Jugendbegegnungsstätte bei Auschwitz ist als Seminargebäude mit 60 - 100 Betten geplant. Die Kosten für das Projekt liegen bei 1,7 Mio. DM. Unterstützung erhielt die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste von der Evangelischen Kirche, der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend und vielen einzelnen namhaften Förderern wie Gustav Heinemann. Die Bundesregierung sagte anfangs ihre Unterstützung durch einen Zuschuß in Höhe von 1,2 Mio. DM zu. Im Juni 1975 äußerte das Auswärtige Amt jedoch Bedenken. Die Vermutung wurde ausgesprochen, daß eine Internationale Jugendbegegnungsstätte bei Auschwitz "zu sehr im Banne der Vergangenheit" stehe. Wie aktuell diese Vergangenheit aber weiterhin ist, wird in diesen Tagen wieder in Vorgängen bei uns in der Bundesrepublik Deutschland und in den Reaktionen des Auslandes deutlich. Inzwischen hat die Bundesregierung eine erneute Prüfung zugesagt und eine Förderung in Aussicht gestellt.

Während des 17. Deutschen Evangelischen Kirchentages im Juni dieses Jahres in Berlin (West) wandte sich die Aktion Sühnezeichen an die Öffentlichkeit mit der Bitte um Unterstützung. Die Resonanz, die dem Vorhaben Jugendbegegnungsstätte Auschwitz entgegen gebracht wurde, war ermutigend. Nahezu 11.000 Teilnehmer des Kirchentages riefen mit ihrer Unterschrift zur Realisierung der Jugendbegegnungsstätte auf.

Bisher konnten aus Spenden und Kollektenmitteln 420.000.-- DM für die Jugendbegegnungsstätte aufgebracht werden. Der internationalen symbolhaften Bedeutung von Auschwitz ist es angemessen, wenn die Finanzierung durch eine breite Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland getragen wird. Das Ausland wird u. a. an einem solchen Vorhaben sehen können, wie sich das Verhältnis des deutschen Volkes zu seiner Vergangenheit heute zeigt. Eine große öffentliche Unterstützung würde 'Umkehr' symbolisieren. Informationen: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e. V., Jebensstr. 1, 1000 Berlin 12.

DETLEF GARBE

"Wir müssen raus aus der Defensive" Heimerziehertreffen in Köln

Erzieher und Sozialarbeiter aus den verschiedensten Heimen der BRD und West-Berlin trafen sich zu einer offenen Arbeitstagung am 25./26. Juni in Köln. Neben dem Erfahrungsaustausch und der Diskussion der brennendsten gemeinsamen Probleme wurden nicht zuletzt organisierende Anstrengungen in die Wege geleitet, die eine kollektive Handlungsfähigkeit auch längerfristig ermöglichen sollen. Damit ist ein ermutigender Schritt zur Entwicklung von Widerstandsformen gegen die Repression im Bereich der öffentlichen Erziehung gemacht worden.

Das Redaktionskollektiv "Info Sozialarbeit" und der Arbeitskreis Sozialarbeit (AKS) Köln hatten zu dem Treffen eingeladen. Der Andrang übertraf alle Erwartungen. Für die 120 Heimerzieher-Kolleg(inn)en war das Kölner Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum zu klein, so daß auf eine Uni-Mensa ausgewichen werden mußte. Bei dieser Tagung ging es nicht um irgendeine abgehobene Fachlichkeit, die Zusammenkunft war vielmehr Ausdruck der unmittelbaren Bedürfnisse der Kollegen.

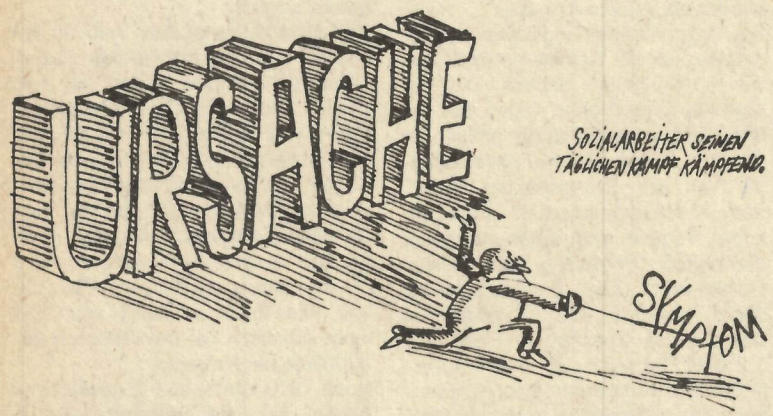
Noch 1970 konnte die "Sozialistische Aktion" auf dem Jugendhilfetag in Nürnberg mit ihren offensiven Forderungen nach Abschaffung reaktionärer Zwangserziehung und der Verwirklichung einer umfassenden Demokratisierung in den Heimen die etablierten Verbände und staatlichen Behörden verunsichern und eine breite Öffentlichkeit für die Interessen der Kinder und Jugendlichen in den Heimen mobilisieren (siehe Info Sozialarbeit, Heft 6). Heute wird die Situation durch das krisenbedingte Geflecht von Sparmaßnahmen, Stellenkürzungen und politischer Disziplinierung geprägt. Die offen propagierte Wiedereinführung geschlossener Heime ist der konsequenteste Ausdruck dieser Entwicklung (vgl. Manfred Rabatsch, "Gefesselte Jugend '77", in: päd. extra Sozialarbeit 7/77).

Um sich über Möglichkeiten der Gegenwehr zu verständigen, steht den fortschrittlichen Kolleg(inn)en aus Ämtern und Heimen heute kein institutioneller Rahmen zur Verfügung wie z. B. früher die Victor-Gollantz-Stiftung. Die meisten arbeiten isoliert und zunehmend resigniert vor sich hin. Vor diesem Hintergrund kam es vorrangig darauf an, mit der Tagung wieder einen Kommunikationszusammenhang zu schaffen.

Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsarbeit

In den Plena und Arbeitskreisen war ein breites Spektrum von Einrichtungen vertreten, von der Kollegin aus einem Mädchenauffangheim, die nur unter Stocken über die Hand-

habung der Isolierzellen sprechen konnte, bis zum pädagogischen Team eines "Reformheimes", in dem 12 Erzieher 20 Kinder betreuen und über eine kollegiale Leitung verfügen. Verständlich, daß der Erfahrungsaustausch über diese unterschiedlichen Arbeitsbedingungen der Erzieher an erster Stelle stand. Daß gerade Heimerzieher zu den Lohnabhängigen gehören, denen nach wie vor kostenlose Mehrarbeit und permanenter Schicht- und Nachtdienst abverlangt wird, hängt mit der mangelhaften Interessenvertretung zusammen. Nur 8% sind gewerkschaftlich organisiert. Hier in Köln waren allerdings fast alle in der ÖTV.
Deshalb stieß der Austausch über Möglichkeiten von ÖTV-Betriebsgruppen auf ein zentrales Interesse. Freilich muß sich eine gewerkschaftliche Strategie an den konkreten Besonderheiten im Heim orientieren und kann nicht einfach gängige Muster aus dem industriellen Sektor übernehmen.



Das Verhältnis zu den Kindern und Jugendlichen

Zu diesen Besonderheiten gehört wohl vor allem das problematische institutionelle Verhältnis, in dem die Erzieher zu den Kindern und Jugendlichen stehen. Alle Berichte verdeutlichten, wie illusionär es ist, von einer einfachen Interessenidentität zu sprechen. Von "bezahlten Gefühlen", von "Beziehungsarbeit als Job" reden stattdessen die Jugendlichen und bezeichnen damit den Widerspruch, den realen Bruch zwischen den Lebensbedingungen der Erzieher und der Betroffenen.
Plastisch schilderten anwesende ehemalige Fürsorgezöglinge, wie sie diesen Zustand des permanent Verwaltet-Seins am eigenen Leib gespürt haben, als sich durchziehende Entmündigung, fehlende Anerkennung, fehlende Zuwendung und fehlende emotionale Wärme. Die Folgen: Minderwertigkeitsgefühle und Lebensuntauglichkeit. Hier war die Betroffenheit der Kollegen direkt angesprochen, die Einsicht greifbar, daß es sinnlos ist, sich um dieses Problem idealistisch herumreden zu wollen.
Erst die strukturelle Erkenntnis dieser Widersprüche kann den Blick schärfen für die wirklich ehrlichen Berührungspunkte zwischen Erziehern und Heimkindern, die fern ab von den rein pädagogischen Bezügen dort liegen, wo man zusammen Spaß haben kann und voneinander lernt.
Inwieweit solche Berührungspunkte überhaupt aufzugreifen und zu entfalten sind, hängt aber in entscheidendem Maße von den objektiven Arbeitsbedingungen ab. Alleine in einer Gruppe von 20 Kindern ist da nichts drin.

Alternativen zur Heimerziehung

Das gemeinsam hergestellte klarere Begreifen der Grenzen, die durch die Strukturen der Situation und durch das Lohnerzieherdasein gesetzt sind, unterstrich die Notwendigkeit, gerade für linke Heimerzieher, über Heimerziehung im System der Jugendhilfe nachzudenken und die Diskussion um mögliche Alternativen voranzutreiben. Diese Alternativen können nur in den Lebenszusammenhängen der Familien in den Stadtteilen ansetzen, wenn sie verhindern wollen, daß die Kinder herausgerissen und sozial entfremdet in abgelegenen Einrichtungen zusammengefaßt werden.
Die eigenen Lohnerzieherinteressen mit den Bedürfnissen der Heimkinder vermitteln und zugleich gesellschaftspolitisch an der Abschaffung herkömmlicher Heimerziehung arbeiten, – das ist der Spannungsbogen, der die Aufgabe für fortschrittliche Kollegen in den Heimen und Ämtern absteckt.
Eine wichtige Voraussetzung zu ihrer Bewältigung ist das Aufbrechen der Isolation, in der die Heimerzieher stecken. In den Gesprächen mit Bewohnern des selbstorganisierten Jugendhofes "Kollektiv" aus Odenthal (vgl. "Polizeiüberfall auf Jugendwohnkollektiv", in: Info Sozialarbeit, Heft 17) wurde von den Teilnehmern die Erfahrung gemacht, daß es möglich ist, die Barriere des Mißtrauens

abzubauen. In der Herstellung einer solidarischen Zusammenarbeit zwischen alternativen Projekten (hierzu gehören vor allem auch Initiativen wie z.B. das Kinderschutzzentrum in Berlin, das bei Kindesmißhandlungen interveniert und Familienarbeit leistet) und Kolleg(inn)en in den Institutionen liegt ein noch weitgehend unbeackertes Feld.

Lokale/regionale Zusammenarbeit – weitere Treffen

Bei der Tagung ging es nicht nur um diese angerissenen Themenkomplexe. Es sollte zugleich sichergestellt werden, daß es nicht bei diesem einmaligen Treffen bleibt. Das war das einmütige Interesse aller Beteiligten. Nach den Adressenlisten wurden regionale Gruppierungen vorgenommen. Einzelne Kollegen wollen sich als Kontaktadressen darum bemühen, daß die weitere Zusammenarbeit regional/lokal organisiert wird. Für das Wochenende 10./11. Dezember 1977 ist wieder eine überregionale Tagung verabredet, die voraussichtlich in Berlin stattfinden wird. Rechtzeitig im November soll der "Info Sozialarbeit, Heft 18", mit dem Schwerpunktthema "Heimerziehung" erscheinen, und als Vorbereitungsmaterial dienen. Verschiedene Teilnehmer haben Beiträge zugesagt. Der Informationsdienst Sozialarbeit (Umfang 96 S.) kann gegen Voreinsendung von DM 5,-- in Briefmarken bezogen werden.
Am Ende der Tagung war bei den versammelten Kollegen der Eindruck vorherrschend: Ein erster Schritt aus der Defensive zum offensiven und selbstorganisierten Widerstand gegen Repression und Resignation ist gemacht.
Ich glaube, es ist nicht nur die übliche Tagungseuphorie gewesen. Aber das wird sich gerade in der anstehenden Auseinandersetzung, im Widerstand gegen die Wiedereinführung geschlossener Heime zeigen müssen.
Wer mitarbeiten möchte, schreibt an: Redaktionskollektiv "Info Sozialarbeit" im Sozialistischen Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

ERHARD WEDEKIND

Rede bei einer Kundgebung zum Anti-Atom-Dorf in Grohnde

Am 24. August dieses Jahres wurden die 210 Bewohner des Anti-Atom-Dorfes in der Nachbarschaft des in Bau befindlichen Atomkraftwerkes Grohnde durch den massiven Einsatz von 1.100 Polizisten vertrieben. Da wenige Tage vor der Räumung das Baustopp-Urteil in Kraft trat und die Arbeiten am Kernkraftwerk vorerst eingestellt werden mußten – vom Anti-Atom-Dorf aktuell also keine Besetzung des Baugeländes zu erwarten war –, ging es der niedersächsischen Landesregierung darum, diesen beispielhaften und

MERVE

Neue Erfahrungen brauchen ein anderes Denken

Merve Lowien
Weibliche Produktivkraft
Gibt es eine andere Ökonomie?
Erfahrungen mit einem linken Projekt
216 Seiten DM 10.–

Gilles Deleuze/Felix Guattari
Rhizom
72 Seiten DM 6.–

„Findet die Stellen in einem Buch, mit denen ihr etwas anfangen könnt. Wir lesen und schreiben nicht mehr in der herkömmlichen Weise."

Gilles Deleuze/Michel Foucault
Der Faden ist gerissen
144 Seiten DM 9.–

RADIO ALICE (Bologna)
Praxis einer subversiven Kommunikation
144 Seiten DM 8.–

Jean-Francois Lyotard
Im Patchwork der Minderheiten
Für eine herrenlose Politik
120 Seiten DM 8.–

„Es gibt keinen Tod des Buches, sondern eine neue Art zu lesen. In einem Buch gibt's nichts zu verstehen, aber viel, dessen man sich bedienen kann."

Helene Cixous
Die unendliche Zirkulation des Begehrens
Weiblichkeit in der Schrift
64 Seiten DM 4.–

Luce Irigaray
Unbewußtes, Frauen, Psychoanalyse
112 Seiten DM 9.–

Luce Irigaray
Waren, Körper, Sprache
Der ver-rückte Diskurs der Frauen
80 Seiten DM 7.–

E. Boucquey, J. Kristeva, B. Pelzer u.a.
Essen vom Baum der Erkenntnis
80 Seiten DM 6.–

„Ein Buch muß mit etwas anderem ‚Maschine machen', es muß ein kleines Werkzeug für ein Außen sein. Keine Repräsentation der Welt, auch keine Welt als Bedeutungsstruktur. Das Buch ist kein Wurzelbaum, sondern Teil eines Rhizoms"

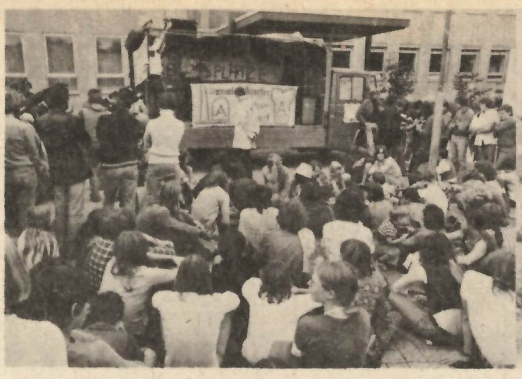
Felix Guattari
Mikro-Politik des Wunsches
112 Seiten DM 7.–

Antonio Negri
Staat in der Krise
64 Seiten DM 5.–

Michel Foucault
Mikrophysik der Macht
120 Seiten DM 9.–

Gesamtprospekt bitte anfordern
1000 Berlin 15
Postfach 327

MERVE



Drei Bilder vom Anti-Atom-Dorf Grohnde. Anfragen wegen Bildern, Materialien, Informationen an Anti-AKW-Fotogruppe und BI-Kontakt, Burckhard Kretschmann, c/o Lindenmeyer, Karl-Metz-Str. 3, 6900 Heidelberg, Telefon 06221/13269.

wirksamen Versuch, Gegenöffentlichkeit herzustellen, zu beseitigen. Der Polizeieinsatz wurde durch eine langfristig angelegte Diffamierungs- und Isolierungsstrategie gegen die Bewohner des Anti-Atom-Dorfes vorbereitet, zu der eine mit bisher unbekannter Unverschämtheit geführte Pressekampagne und die Entlassung von solidarischen Bauarbeitern ebenso gehörte wie die Formierung einer "Bürgerwehr" gegen die Atom-Dorf-Bewohner.

Nachfolgend dokumentieren wir die Rede des Pastors Bretzke auf einer Solidaritätsveranstaltung am 13. August, die gleichzeitig ein Beispiel des breiten Spektrums, der vielfältigen Motive und der gemeinsamen Ansatzpunkte der Atomgegner darstellt.

Liebe Freunde, ich freue mich, daß ich heute wieder unter Ihnen bin. Wir müssen unseren Einsatz im Kampf für das Leben aller Menschen und für das Leben zukünftiger Generationen verstärkt fortsetzen, bis er gewonnen ist. Denn zum Leben gibt es nur die Alternative Tod.

Ein Teil unseres Volkes hält sich aus dem Streit um die Atomenergie noch heraus. Woran liegt das?

Bei dem Streit um die Atomenergie gibt es zwei unterschiedliche Lager. Die eine Gruppe von Naturwissenschaftlern, es sind weit über 2000, warnen uns eindringlich vor den Gefahren. Die andere Gruppe, es sind knapp 700, tritt für die Nutzung der Atomenergie ein.

Manche meinen nun, wenn schon die Wissenschaftler beide Meinungen vertreten, dann müsse man das Atomprogramm der Bundes- und Landesregierungen wohl verantworten können. Aber, Freunde, gucken wir uns die Befürworter doch einmal an: Ihr Arbeitsplatz ist häufig direkt abhängig von den EVU's. Die Naturwissenschaftler arbeiten doch nicht wertfrei. Sie müssen nachdenken über die Interessen ihrer Arbeitgeber, und sie müssen über die Interessen Auskunft geben, die sie leiten. Die Natur darf doch nicht einfach Objekt der Naturwissenschaftler und Techniker sein, die sie solange ausbeuten, bis sich der Mensch zusammen mit der Natur zugrunderichtet. Wir müssen wieder lernen, uns selbst in den Naturzusammenhang eingebettet zu sehen. Darum können wir nicht tatenlos zusehen, wie immer mehr Atommüll und Plutonium hergestellt werden, der giftigste Stoff, den wir überhaupt kennen. Hier wird die Natur zur Un-Natur verwandelt, das Leben vom Tod erstickt. Wir können nicht tatenlos zusehen, wie die Lebensmöglichkeiten unserer Kinder und Kindeskinder bedroht werden.

Unsere Väter haben zugesehen, wie Millionen in den Tod getrieben wurden. Das Verbrechen, das dieses Mal vorbereitet wird, ist noch schlimmer, weil es nicht nach 12 Jahren gebremst werden kann, sonder alle nach uns kommenden Menschen in gleicher Weise mit der Ausrottung bedroht.

Hier wird Widerstand zur Pflicht, zur allgemeinen Menschenpflicht, insbesondere zur Pflicht der Christen unter uns: "Du mußt Gott mehr gehorchen als den Menschen." Wir sind dem, dem wir unser Leben verdanken, mehr verpflichtet als Herrn Schmidt oder Herrn Albrecht oder wie die jeweiligen Machthaber auch heißen mögen. Wir treten für das Leben ein mit dem Wort und mit unseren Taten. Darum kann keine staatliche Gewalt unseren Widerstand gegen die atomare Todesmaschinerie stoppen.

Es gibt viele Möglichkeiten, unser Widerstandsrecht auszuüben. Eine von vielen ist das Anti-AKW-Dorf in Grohnde. Es ist mir unverständlich, warum die niedersächsische Landesregierung eine Räumung zu diesem Zeitpunkt fordert. Einmal hat das Verwaltungsgericht Hannover einen vorläufigen Baustopp angekündigt, zum anderen liegt bisher keine Genehmigung zur Errichtung der Kühltürme vor.

Von jeder Regierung müßte man erwarten, daß sie für das Wohl der Menschen, für Gerechtigkeit und Frieden sorgt. Davon haben sich Herr Albrecht und Herr Groß weit entfernt. Was soll denn die Ankündigung des Innenministers, das Anti-AKW-Dorf werde geräumt, mit oder ohne Polizei? So erzeugt man eine Pogromstimmung in der Bevölkerung.

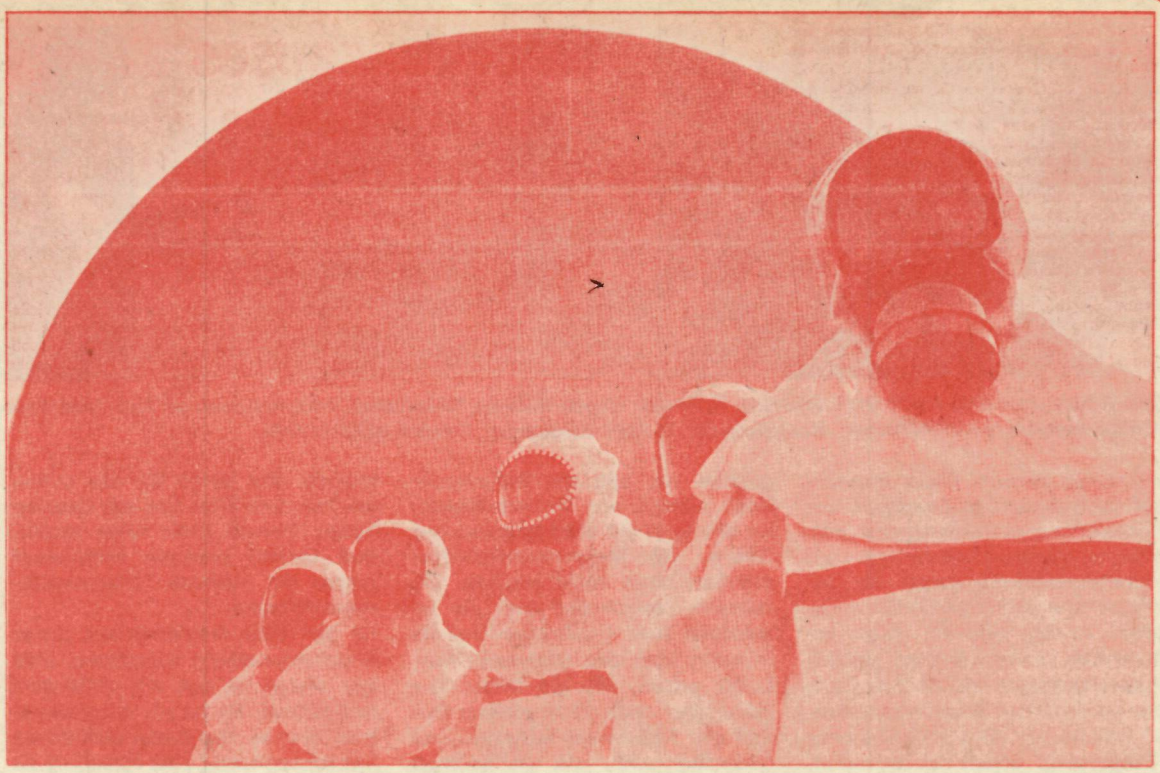
Aber über Recht setzt man sich einfach hinweg. Ministerpräsident Albrecht kündigt an: Das AKW werde weiter gebaut und auch in Betrieb genommen, und das, obwohl das Gerichtsurteil den Baustopp verfügt hat. Wie lange soll das Volk sich das gefallen lassen? Die Leute, die das Recht mißachten, sitzen bei uns längst in der Regierung.

Das Atomprogramm führt uns immer mehr in den Polizeistaat. Atomgegner werden systematisch bespitzelt und kontrolliert, vor Pfarrhäusern wird auch kein Halt gemacht. Die Menschen, die mit den Atomanlagen zu tun haben, müssen ständig überprüft und überwacht werden. Schon heute können Angehörige von EVU's, vom TÜV u.a. Gesellschaften ihre Meinung nicht mehr frei äußern, weil sie um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. Auch von Wesertal wissen wir, auf welch perfide Weise dieses EVU versucht, Leute einzuschüchtern. In Bund und Ländern werden gesetzeswidrige Lauschaktionen gebilligt.

So verbreitet man in unserem Lande Angst und Schrecken und versucht, die Umweltschützer einzuschüchtern. Es gibt ein Fremdwort für dieses Einschüchtern und Erschrecken, es kommt aus dem Lateinischen und lautet: Terror. In diesem Sinne kann man sagen: Terroristen sitzen mit in den Regierungen, die doch gerade vorgeben, den Terror zu bekämpfen. Um das AKW Esensham in Betrieb zu nehmen, kündigt die niedersächsische Landesregierung den Wärmelastplan der Weser einfach auf. Gesetze oder Verwaltungsvorschriften werden entsprechend geändert, so soll Unrecht legalisiert werden. Das ist genau die Methode, die wir aus Diktaturen kennen. Die Opposition im niedersächsischen Landtag und im Bund schweigt weitgehend dazu. Darum müssen wir Bürger selbst auf die Straße gehen und Widerstand leisten. – Wir haben nur ein Leben, aber dieses Leben wollen wir einsetzen, um auch noch künftiges Leben zu ermöglichen. Wir wollen dabei kein anderes Leben gefährden, weil das Leben unser höchstes Gut ist.

Darum: Kein AKW in Grohnde und anderswo! Keine Wiederaufbereitungsanlage!

Noch einmal: Sozialistischer Umweltkongreß 28.-30. Oktober 4.-6. November 1977 in Frankfurt



Wir schon in der September-"links" berichtet, veranstaltet das Sozialistische Büro zusammen mit den Frankfurter Jusos einen Kongreß "Sozialistische Umweltpolitik?" Was dort versehentlich nicht wiedergegeben wurde, ist das Fragezeichen. Das aber scheint uns (der Vorbereitungsgruppe) gerade wichtig. Denn ob man bisher von einer spezifisch sozialistischen Umweltpolitik reden kann oder wie eine solche auszusehen hätte, ist u.a. Gegenstand des Kongresses: Eine (zu diskutierende) Erfahrungstatsache scheint zu sein, daß die bloße Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse noch keinen langfristig vernünftigen Umgang mit der Natur garantiert. Es scheint auch, daß die marxistische Theorie bisher außer der ganz allgemeinen Analyse kapitalistischer Naturaneignung – Wert- statt Gebrauchswertorientierung – wenig zur Entwicklung von konkreten Alternativen beigetragen hat. Trotz der von der bürgerlichen Umweltforschung immer wieder begierig aufgegriffenen ökologischen Probleme in den Ländern des "realen Sozialismus" ist jedoch Umweltpolitik von Sozialisten aller Couleur bis vor kurzem bestenfalls als Randproblem gesehen worden, das sich schon von selber, sprich durch die gesamtgesellschaftliche Umwälzung, lösen werde.

Hat sich diese Einschätzung des Problems durch die Linke eigentlich nach der "Wende von Wyhl" (als sie plötzlich die strategische Bedeutung der Anti-Atomkraftbewegung begriff) grundlegend geändert? Wir vermuten: nein. Zwar ist es so gut wie allen Linken, die inzwischen aktiv in der AKW-Bewegung arbeiten, ernst mit ihrem Engagement. Aber man hat noch immer den Eindruck, daß dieses Engagement in erster Linie aus der Hoffnung gespeist ist, an dieser Stelle endlich den so oft schon vergeblich versuchten Ausbruch aus dem linken Getto zu schaffen und wegen der kapitalistischen Widersprüche, auf die man beim Kampf gegen die Atompolitik unweigerlich stößt, breitere Gesellschaftsschichten für die Zielsetzungen des Sozialismus gewinnen zu können. Diese Hoffnung ist nicht verwerflich. Aber wie weit trägt sie? Können wir wirklich davon ausgehen, daß unsere Ziel- und Mittel-Vorstellungen von der Beteiligung an und den Erfahrungen in dieser Bewegung unberührt bleiben werden?

Es schien deshalb notwendig zu sein, endlich die Diskussion darüber in Gang zu bringen, welche Konsequenzen – abgesehen von dem konkreten Ziel "Kein AKW hier oder anderswo" – aus der Entwicklung des Mensch-Umwelt-Verhältnisses für sozialistische Politik im kapitalistischen Umfeld zu ziehen sind. Die für Jahrtausende irreversiblen Entscheidungen in der Atomfrage sind zwar ein Springpunkt in diesem Verhältnis. Aber eben nur ein Punkt: Auch in anderen ökonomischen Bereichen werden möglicherweise heute ökologische Fehlentscheidungen getroffen, die nach einer wann immer stattfindenden sozialistischen Umgestaltung der Weltgesellschaft gar nicht oder nur mit ungeheurem Aufwand und in großen Zeiträumen rückgängig gemacht werden können und die dann die gegebenen gesellschaftlichen Möglichkeiten vielleicht entscheidend verengen. Wenn das zutrifft, sind neue Strategien für sozialistische Politik hier und heute erforderlich. Dabei kommt dem Verhältnis der Gewerkschaften zu diesem Problemkomplex (z. B. auf der Ebene Rationalisierung/Arbeitsplätze/Energiepolitik) ein besonders hoher Stellenwert zu. Das sind indessen völlig offene Fragen – wenn der Kongreß zu einer gegenteiligen Einschätzung führt, um so besser! Natürlich spielen bei diesem Kongreß noch andere, damit zusammenhängende Fragen eine Rolle, z. B.: welche Veränderungen in der Entwicklung des Alltagsbewußtseins müssen stattfinden, damit die neue Sensibilität gegenüber der Naturzerstörung nicht in unpolitische Gesellschaftsflucht abgleitet – wie gehabt?

Welche Konsequenzen ergeben sich eigentlich aus den hiesigen Erfahrungen mit der Umweltzerstörung für unsere Dritte-Welt- und Internationalismuspolitik? Müssen da nicht unter diesem Aspekt noch andere Akzente gesetzt werden? Oder sind "Abkoppelung vom Weltmarkt", "autozentrierte" und sozialistisch orientierte Entwicklung usw. von vornherein identisch mit einer vernünftigen Umweltpolitik in der Dritten Welt, die ja auch für die Industrienationen Bedeutung hätte? Was können wir von Europa aus zu den Voraussetzungen einer solchen Politik beisteuern?

Wir sind uns darüber im Klaren, daß es nach allen, teilweise schlimmen Erfahrungen der letzten Jahre mit der Intoleranz von Genossen gegenüber Genossen ein Wagnis ist, einen solchen problemorientierten Kongreß als offenen Massenkongreß zu organisieren. Das ist aber von der Sache her geboten: es geht um Fragen, die **alle** betreffen, die heute unter einem sozialistischen Anspruch politisch arbeiten.

Die bisherigen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den Frankfurter Jungsozialisten in dieser Sache sind im übrigen ermutigend. Und wie immer der Kongreß verlaufen wird: erst wenn wir wieder lernen, miteinander ernsthaft zu fragen und zu diskutieren, statt bloß konkurrenzhaft Positionskämpfe auszutragen, wird die Linke wieder zu einer politischen Kraft werden.

Zur Vorbereitung auf den Kongreß dient eine **Kongreßbroschüre**: sie enthält neben dem detaillierten Programm der 11 Arbeitsgruppen Thesenpapiere u.a. von H. E. Brand, Buro, Claus, Conrad, Erp, A. G. Frank, Galland, Glaeser, Hallerbach, Hassenpflug, Heinsohn, Hickel, Hirsch, Hülsmann, Jänicke, Kleist, Krusewitz, Mez, Rauter, Ronge, Stiller, Strasser. (Ihre Teilnahme haben ferner zugesagt Heinz Brandt, Hans Immler, Robert Jungk, Gerhard Kade, Jakob Moneta). Die Kongreßbroschüre kann gegen Voreinsendung von DM 3,50 (und wenn irgend möglich einer großzügigen zusätzlichen Spende) bezogen werden über das Kongreßbüro. Die Zahlungen sind zu richten an das Postscheckkonto Wolfgang Spindler – Sonderkonto – Frankfurt, Postscheckamt Hannover, Konto-Nr. 321.690-301.

Kongreßbüro: Sozialistischer Umweltkongreß, Kleine Hochstr. 5, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/285281 (montags-freitags von 15.00-18.30 Uhr). Zusätzliche Kontaktadressen: Manfred Zieran/Jens Matthaes, Neuhofstr. 42, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/599270

REINER STEINWEG/HORST LULEY

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Egbert Jahn, Jan Kuhnert, Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe) • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,80, Jahresabonnement DM 20,-- zuzüglich DM 5,-- Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express": Prospektkarte "jetzt abonnieren!"; Prospekt Bücher- & Papervertrieb des SB; Prospekt des Campus Verlag Frankfurt.